



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

DOKUMENTATION NR. 1

DOCUMENTAZIONE N. 1

---

LANDESGESETZENTWURF

DISEGNO DI LEGGE

Nr. 13/19

N. 13/19

---

**Anpassung der Wohnsitzerfordernisse an den staatlichen Standard**

vorgelegt am 27.2.2019 von den Landtagsabgeordneten Andreas Leiter Reber und Ulli Mair

dem 4. Gesetzgebungsausschuss **zugewiesen**

**Adeguamento del requisito della residenza agli standard statali**

presentato in data 27/2/2019 dai consiglieri provinciali Andreas Leiter Reber und Ulli Mair

**assegnato** alla IV commissione legislativa

Erstellt vom Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten

(Vervielfältigung und Verbreitung für den internen Gebrauch)

a cura dell'ufficio affari legislativi e legali

(riproduzione e diffusione ad uso interno)

## INHALTSVERZEICHNIS

- |    |  |       |
|----|--|-------|
| 1) | L.G. vom 17. Dezember 1998, Nr. 13<br>Art. 45 und 97                 | S. 1  |
| 2) | Dekret des Landeshauptmanns<br>vom 11. August 2000 Nr. 30<br>Art. 17 | S. 7  |
| 3) | Beschlusses der Landesregierung vom<br>29. August 2017 Nr. 943       | S. 9  |
| 4) | Gesetzesvertretendes Dekret<br>vom 28. Jänner 2019, Nr. 4            | S. 27 |

## INDICE

- |    |  |         |
|----|--|---------|
| 1) | L.P. 17 dicembre 1998, n. 13<br>artt. 45 e 97                              | pag. 4  |
| 2) | decreto del Presidente della<br>Provincia 11 agosto 2000, n. 30<br>art. 17 | Pag. 8  |
| 3) | delibera della Giunta provinciale<br>29 agosto 2017, n. 943                | pag. 18 |
| 4) | decreto legislativo<br>28 gennaio 2019, n. 4                               | Pag. 27 |

## b) Landesgesetz vom 17. Dezember 1998, Nr. 13 <sup>1)</sup> Wohnbauförderungsgesetz <sup>2)</sup>

1)Kundgemacht im Beibl. Nr. 1 zum A.Bl. vom 12. Jänner 1999, Nr. 3.

2)Für das gesamte [L.G. vom 17. Dezember 1998, Nr. 13](#) gilt es, den Art. 8 des [L.G. vom 18. März 2016, Nr. 5](#), zu beachten.

### ABSCHNITT 6

### Beiträge für Bau, Kauf und Wiedergewinnung von Wohnungen für den Grundwohnbedarf

---

#### Art. 45 (Allgemeine Voraussetzungen für die Zulassung zur Wohnbauförderung des Landes für den Bau, den Kauf und die Wiedergewinnung von Wohnungen)

---

**(1)** Um zur Wohnbauförderung des Landes für den Bau, den Kauf und die Wiedergewinnung von Wohnungen für den Grundwohnbedarf zugelassen zu werden, müssen die Gesuchsteller folgende allgemeine Voraussetzungen erfüllen:

- a) sie müssen ihren Wohnsitz oder ihren Arbeitsplatz seit mindestens fünf Jahren im Lande haben,
- b) sie dürfen nicht Eigentümer einer dem Bedarf ihrer Familie angemessenen und leicht erreichbaren Wohnung sein, das Fruchtgenuß-, Gebrauchs- oder Wohnungsrecht an einer solchen Wohnung haben, oder in den fünf Jahren vor Einreichen des Gesuches das Eigentum, das Fruchtgenuß-, Gebrauchs- oder Wohnungsrecht an einer solchen Wohnung veräußert haben; dasselbe gilt für den nicht getrennten Ehegatten und für die in eheähnlicher Beziehung lebende Person,
- c) sie dürfen nicht Mitglieder von Familien sein, die zu einem öffentlichen Beitrag für den Bau, den Kauf oder die Wiedergewinnung einer Wohnung zugelassen worden sind; dies gilt nicht für den Fall, daß eine neue Familie gegründet wird,
- d) sie dürfen nicht über ein Gesamteinkommen verfügen, welches die Einkommenshöchstgrenzen übersteigt, die je nach den verschiedenen Förderungsarten von Artikel 58 unterschiedlich festgelegt werden,
- e) sie müssen über ein Nettogesamteinkommen verfügen, das nicht geringer ist als das gemäß [Landesgesetz vom 26. Oktober 1973, Nr. 69](#), berechnete Lebensminimum. [69\)](#)

**(2)** Die Voraussetzung laut Absatz 1 Buchstabe a) findet nicht auf die ins Ausland Abgewanderten Anwendung, die vor der Abwanderung für mindestens fünf Jahre im Lande ansässig waren und beabsichtigen, ihren Wohnsitz wieder im Lande aufzuschlagen. Dasselbe gilt für deren nicht getrennten Ehepartner.

**(3)** Im Falle der Wiedergewinnung kommt der in Absatz 1 Buchstabe b) enthaltene Ausschlußgrund für die Wohnung, die dem Grundwohnbedarf des Eigentümers dient, nicht zur Anwendung, auch nicht, wenn der Eigentümer im selben Gebäude, in dem sich die wiederzugewinnende Wohnung befindet, andere Wohnungen an Verwandte in gerader Linie veräußert hat.

**(4)** Wird ein Wohnbauförderungsgesuch abgelehnt und innerhalb von 60 Tagen nach der Mitteilung des Ablehnungsbescheides erneuert, kommt die Voraussetzung laut Absatz 1 Buchstabe b), beschränkt auf die Wohnung, die Gegenstand des ersten Gesuches ist, nicht zur Anwendung, wenn zum Zeitpunkt des Einreichens des ersten Gesuches die Voraussetzungen bestanden haben, um zur Wohnbauförderung zugelassen zu werden.

**(5)** Die Voraussetzung laut Absatz 1 Buchstabe c) findet auf die Wiedergewinnung nicht Anwendung, falls seit der Gewährung der ersten Förderung für dieselbe Wohnung mindestens 25 Jahre vergangen sind und, im Falle eines Darlehens, dieses gänzlich getilgt worden ist.

**(6)** Der in Absatz 1 Buchstabe b) vorgesehene Ausschlußgrund kommt nicht zur Anwendung, wenn Gegenstand der Baumaßnahme eine sanierungsbedürftige Wohnung ist, die eine Wohnfläche von weniger als 110 Quadratmeter hat und die durch die geplanten Baumaßnahmen bis auf das Ausmaß einer Volkswohnung gemäß Artikel 41 erweitert werden soll. [70\)](#)

**(7)** Der in Absatz 1 Buchstabe b) vorgesehene Ausschlussgrund kommt nicht zur Anwendung, wenn die Wohnung aus Gründen der Gemeinnützigkeit enteignet wird, oder wenn die Wohnung in den Fällen, in denen die Enteignung aus Gründen der Gemeinnützigkeit vom Gesetz vorgesehen ist, in einvernehmlicher Weise an die enteignende Körperschaft abgetreten wird. Der genannte Ausschlussgrund kommt ebenso wenig zur Anwendung, wenn das genehmigte Projekt den Abbruch der bestehenden Wohnung vorsieht. [71\)](#)

**(8)** Bei der Berechnung der Mindestdauer der Ansässigkeit im Lande laut Absatz 1 Buchstabe a) wird auch die historische Ansässigkeit berücksichtigt. [72\)](#)

**(9)** Der in Absatz 1 Buchstabe c) vorgesehene Ausschlussgrund kommt nicht zur Anwendung, wenn der Gesuchsteller, der bereits eine Wohnbauförderung erhalten hat, auf diese mit Wirkung vom Tag der Gewährung derselben verzichtet und alle erhaltenen Beträge einschließlich der gesetzlichen Zinsen, berechnet vom Tag der Auszahlung, zurückbezahlt. [73\)](#)

**(10)** Für die Rechtswirkungen von Absatz 1 Buchstabe b) werden auch die Wohnungen berücksichtigt, die Eigentum von Personengesellschaften oder von Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind, an denen der Gesuchsteller oder sein Ehegatte beteiligt ist. [73\)](#)

**(11)** Die Voraussetzung laut Absatz 1 Buchstabe e) findet für jene Bürger, welche eine Wohnung anmieten, die mit der Sozialbindung belastet ist oder auf gefördertem Baugrund realisiert wurde oder im Sinne der Artikel 71 und 71/bis konventioniert wurde, keine Anwendung. [74\)](#)

69)Der Buchstabe e) des Art. 45 Absatz 1 wurde hinzugefügt durch Art. 4 Absatz 1 des [L.G. vom 18. März 2016, Nr. 5](#).  
Siehe auch Art. 14 Absatz 1 des [L.G. vom 18. März 2016, Nr. 5](#).  
70)Absatz 6 wurde angefügt durch Art. 41 Absatz 3 des [L.G. vom 31. Jänner 2001, Nr. 2](#).  
71)Absatz 7 wurde angefügt durch Art. 6 des [L.G. vom 10. August 2001, Nr. 8](#).  
72)Absatz 8 wurde angefügt durch Art. 6 des [L.G. vom 10. August 2001, Nr. 8](#).  
73)Die Absätze 9 und 10 des Art. 45 wurden angefügt durch Art. 1 Absatz 7 des [L.G. vom 22. Jänner 2010, Nr. 1](#).  
74)Art. 45 Absatz 11 wurde hinzugefügt durch Art. 23 Absatz 1 des [L.G. vom 6. Juli 2017, Nr. 8](#).

## ABSCHNITT 13

### Zuweisung der Mietwohnungen des sozialen Wohnbaues

---

#### Art. 97 (Voraussetzungen für die Zuweisung von Mietwohnungen)

---

**(1)** Für die Zuweisung der in Artikel 94 Absatz 1 genannten Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaues müssen die Bewerber folgende Voraussetzungen haben:

- a) sie müssen ihren Wohnsitz oder ihren Arbeitsplatz seit mindestens fünf Jahren im Lande und seit mindestens zwei Jahren in der Gemeinde, in der die Wohnungen liegen, haben,
- b) sie dürfen nicht Inhaber des Eigentums-, Fruchtgenuß-, Gebrauchs- oder Wohnungsrechtes an einer für den Bedarf der Familie angemessenen Wohnung sein; auch dürfen sie in den letzten fünf Jahren vor der Gesuchseinreichung kein solches Recht veräußert haben; dasselbe gilt für den nicht getrennten Ehegatten,
- c) sie dürfen nicht Mitglieder einer Familie sein, die zu einem öffentlichen Beitrag für den Bau, den Kauf oder die Wiedergewinnung einer Wohnung, die für den Bedarf der Familie geeignet ist, zugelassen worden ist; dies gilt nicht für den Fall, daß eine neue Familie gegründet werden soll,
- d) sie dürfen den „Faktor wirtschaftliche Lage“ (FWL) von 2,36 nicht überschreiten, [229\)](#)
- e) es darf gegen sie in den vorausgehenden fünf Jahren nicht der Widerruf einer Wohnungszuweisung verfügt worden sein, mit Ausnahme des laut Artikel 22 Absatz 5 verfügten Widerrufs,
- f) es darf gegen sie in den vorausgehenden fünf Jahren nicht seitens des Wohnbauinstitutes die Räumung wegen Säumigkeit verfügt worden sein,
- g) es darf ihnen gegenüber nicht der Ausschlussgrund laut Artikel 46 Absatz 2 vorliegen, [230\)](#)
- h) sie dürfen nicht bereits Zuweisungsempfänger einer geeigneten Wohnung des Wohnbauinstitutes sein, außer es handelt sich um eine Anfrage um Wohnungstausch gemäß Artikel 104. [231\)](#)

**(1.1)** Die Landesregierung kann, bei besonderen und begründeten Erfordernissen, die notwendigen Anpassungen des in Absatz 1 Buchstabe d) vorgesehenen FWL vornehmen. [232\)](#)

**(1/bis)** Bei der Berechnung der Mindestdauer der Ansässigkeit im Lande gemäß Absatz 1 Buchstabe a) wird der in Artikel 45 vorgesehene historische Wohnsitz berücksichtigt. [233\)](#)

**(1/ter)** Solange die Gesuchsteller die im Absatz 1 Buchstabe a) vorgesehene Mindestdauer der Ansässigkeit oder des Arbeitsplatzes für die Zuweisung einer Wohnung nicht erreichen, sind sie berechtigt, in der Ursprungsgemeinde um Zuweisung einer Mietwohnung anzusuchen. [234\)](#)

**(2)** Befinden sich die Wohnungen, an denen der Bewerber oder sein gesetzlich nicht getrennter Ehegatte die in Absatz 1 Buchstabe b) angegebenen Rechte besitzt, außerhalb des Landesgebietes, ist der Bewerber von der Zuweisung von Mietwohnungen nur ausgeschlossen, wenn der Konventionalwert dieser Wohnungen, der nach den jeweiligen regionalen Bestimmungen ermittelt wird, dem Konventionalwert einer Wohnung entspricht, die nach den landesgesetzlichen Bestimmungen für die Familie des Bewerbers angemessen ist.

**(3)** Die in Absatz 1 Buchstaben b) und c) vorgesehenen Ausschlußgründe finden nicht in den in Artikeln 29 und 39 vorgesehenen Fällen Anwendung.

**(4)** Ist der Bewerber Eigentümer einer nicht angemessenen Wohnung in einer Gemeinde des Landes oder hat er an einer solchen Wohnung das Fruchtgenussrecht, kann er eine Mietwohnung nur zugewiesen erhalten, wenn er seine Wohnung dem Wohnbauinstitut zur Miete anbietet. [235\)](#)

**(5)** Für die Anwendung der Absätze 1, 2 und 3 gilt für den Begriff "Familie" Artikel 44.

**(6)** Für den Begriff "angemessene Wohnung" gilt Artikel 43 Absatz 1.

**(7)** Für die Berechnung des Familiengesamteinkommens gilt Artikel 58. Bei der Berechnung des Familiengesamteinkommens wird auch das Einkommen der mit dem Bewerber in eheähnlicher Beziehung lebenden Person gerechnet.

**(8)** Die Voraussetzungen für die Zuweisung von Mietwohnungen müssen vom Bewerber und seinen Familienmitgliedern zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung und bis zum Zeitpunkt der Zuweisung der Mietwohnung gegeben sein.

**(9)** In Abweichung von der Bestimmung laut Absatz 1 Buchstabe a) können die ins Ausland Abgewanderten, die vor der Auswanderung fünf Jahre im Lande ansässig waren und sich verpflichten, wieder im Lande ansässig zu werden, das Gesuch um Wohnungszuweisung in jener Gemeinde vorlegen, in der sie den letzten Wohnsitz hatten oder in der sie nachweislich ihrem Beruf oder ihrer Arbeit nachgehen können.

**(10)** Werden in der Landeshauptstadt oder in den vom Landesentwicklungs- und Raumordnungsplan festgelegten zentralen Orten Sonderwohnbauprogramme vorgesehen, kann die Landesregierung in Abweichung von der Bestimmung laut Absatz 1 Buchstabe a) bestimmen, daß für die Zuweisung dieser Wohnungen auch Bewerber ansuchen können, die in einer Gemeinde des Verflechtungsbereiches ihren Wohnsitz oder ihren Arbeitsplatz haben.

**(11)** [236\)](#)

229)Der Buchstabe d) des Art. 97 Absatz 1 wurde ersetzt durch Art. 1 Absatz 14 des [L.G. vom 17. September 2013, Nr. 14](#). Siehe auch LRB vom 12.12.2017, Nr. 1366. Der Buchstabe d) des Art. 97 Absatz 1 wurde später geändert durch LRB vom 12. Juni 2018, Nr. 552.

230)Buchstabe g) wurde angefügt durch Art. 27 des [L.G. vom 10. August 2001, Nr. 8](#).

231)Art. 97 Absatz 1 Buchstabe h) wurde angefügt durch Art. 1 Absatz 27 des [L.G. vom 22. Jänner 2010, Nr. 1](#).

232)Art. 97 Absatz 1.1 wurde eingefügt durch Art. 1 Absatz 8 des [L.G. vom 22. Dezember 2016, Nr. 27](#).

233)Absatz 1/bis wurde eingefügt durch Art. 27 des [L.G. vom 10. August 2001, Nr. 8](#).

234)Absatz 1/ter wurde eingefügt durch Art. 27 des [L.G. vom 10. August 2001, Nr. 8](#).

235)Absatz 4 wurde ersetzt durch Art. 27 des [L.G. vom 10. August 2001, Nr. 8](#).

236)Art. 97 Absatz 11 wurde aufgehoben durch Art. 1 Absatz 15 des [L.G. vom 17. September 2013, Nr. 14](#).

## b) Legge provinciale 17 dicembre 1998, n. 13 <sup>1)</sup> Ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata <sup>2)</sup>

1) Pubblicata nel Supp. n. 1 al B.U. 12 gennaio 1999, n. 3.

2) Per l'intera [L.P. 17 dicembre 1998, n. 13](#), bisogna considerare l'art. 8 della [L.P. 18 marzo 2016, n. 5](#).

### CAPO 6

#### Contributi per costruzione, acquisto e recupero di abitazioni per fabbisogno abitativo primario

---

#### Art. 45 (Requisiti generali per l'ammissione alle agevolazioni edilizie provinciali per la costruzione, l'acquisto e il recupero di abitazioni)

---

**(1)** Per essere ammessi alle agevolazioni edilizie provinciali per la costruzione, l'acquisto e il recupero di abitazioni destinate al fabbisogno abitativo primario i richiedenti devono essere in possesso dei seguenti requisiti generali:

- a) avere da almeno cinque anni la propria residenza o il posto di lavoro nella provincia;
- b) non essere proprietari, titolari del diritto di usufrutto, uso o abitazione di un alloggio adeguato al fabbisogno della propria famiglia e facilmente raggiungibile, o avere ceduto nei cinque anni antecedenti la presentazione della domanda la proprietà, il diritto di usufrutto, uso o abitazione di un tale alloggio; lo stesso vale per il coniuge non separato e per il convivente more uxorio;
- c) non essere componenti di famiglia che sia stata ammessa ad un contributo pubblico per la costruzione, l'acquisto o il recupero di un'abitazione, salvo il caso di costituzione di nuova famiglia;
- d) non avere un reddito complessivamente superiore ai limiti massimi di reddito fissati in misura differenziata dall'articolo 58 in relazione ai diversi tipi di agevolazione edilizia;
- e) avere un reddito complessivo non inferiore al minimo vitale calcolato ai sensi della [legge provinciale 26 ottobre 1973, n. 69](#).

**(2)** Il requisito di cui alla comma 1, lettera a), non si applica ai richiedenti emigrati all'estero già residenti in provincia prima dell'emigrazione per almeno cinque anni, i quali intendano ristabilire la loro residenza in provincia. Lo stesso vale per il loro coniuge non separato.

**(3)** In caso di recupero per l'abitazione destinata al fabbisogno abitativo primario del proprietario non si applica la causa di esclusione contenuta al comma 1, lettera b), neppure nel caso che il proprietario abbia alienato nello stesso edificio in cui si trova l'abitazione da recuperare altre abitazioni a parenti in linea retta.

**(4)** Il requisito di cui alla comma 1, lettera b), limitatamente all'alloggio oggetto della prima richiesta, non si applica in caso di rigetto della domanda di agevolazione edilizia, purché la domanda sia ripresentata entro 60 giorni dalla comunicazione del rigetto e purché al momento della presentazione della prima domanda sussistessero i requisiti per essere ammessi all'agevolazione edilizia.

**(5)** Il requisito di cui alla comma 1, lettera c), non si applica per il recupero, qualora dalla concessione della precedente agevolazione per il medesimo alloggio siano passati almeno 25 anni e in caso di mutuo questo sia stato interamente rimborsato.

**(6)** La causa di esclusione di cui al comma 1, lettera b), non si applica qualora oggetto dell'intervento edilizio sia un'abitazione con una superficie abitabile inferiore ai 110 metri quadro che necessiti di interventi di recupero e che mediante l'intervento edilizio progettato viene ampliata fino al limite previsto per un'abitazione popolare ai sensi dell'articolo 41. [70](#)

**(7)** La causa di esclusione di cui al comma 1, lettera b), non si applica, qualora l'abitazione venga espropriata per causa di pubblica utilità o venga ceduta bonariamente all'ente espropriante nei casi in cui è prevista dalla legge l'espropriazione per causa di pubblica utilità. La menzionata causa di esclusione non si applica neppure qualora il progetto approvato preveda la demolizione dell'abitazione esistente. [71](#)

**(8)** Per il calcolo della durata minima della residenza in provincia ai sensi del comma 1, lettera a), è considerata anche la residenza storica. [72\)](#)

**(9)** La causa di esclusione di cui al comma 1, lettera c), non trova applicazione se il richiedente, già beneficiario di un'agevolazione edilizia, rinuncia a tale agevolazione con effetto dalla data dell'ammissione all'agevolazione e restituisce tutti gli importi ottenuti, compresi gli interessi legali decorrenti dalla data dell'erogazione. [73\)](#)

**(10)** Agli effetti del comma 1, lettera b), sono considerate anche le abitazioni di proprietà di società di persone o di società a responsabilità limitata delle quali faccia parte il richiedente o il coniuge. [73\)](#)

**(11)** Il requisito di cui al comma 1, lettera e), non si applica ai cittadini che prendono in locazione un alloggio gravato dal vincolo sociale o realizzato su terreno agevolato o convenzionato ai sensi degli articoli 71 e 71/bis. [74\)](#)

69)La lettera e) dell'art. 45, comma 1, è stata inserita dall'art. 4, comma 1, della [L.P. 18 marzo 2016, n. 5](#). Vedi anche l'art. 14, comma 1, della [L.P. 18 marzo 2016, n. 5](#).

70)Il comma 6 è stato aggiunto dall'art. 41, comma 3, della [L.P. 31 gennaio 2001, n. 2](#).

71)Il comma 7 è stato aggiunto dall'art. 6 della [L.P. 10 agosto 2001, n. 8](#).

72)Il comma 8 è stato aggiunto dall'art. 6 della [L.P. 10 agosto 2001, n. 8](#).

73)I commi 9 e 10 dell'art. 45, sono stati aggiunti dall'art. 1, comma 7, della [L.P. 22 gennaio 2010, n. 1](#).

74)L'art. 45, comma 11, è stato aggiunto dall'art. 23, comma 1, della [L.P. 6 luglio 2017, n. 8](#).

## CAPO 13

### Assegnazione in locazione di alloggi di edilizia sociale

---

#### Art. 97 (Requisiti per l'assegnazione di abitazioni in locazione)

---

**(1)** Per l'assegnazione in locazione delle abitazioni di edilizia sociale di cui all'articolo 94, comma 1, i richiedenti devono essere in possesso dei seguenti requisiti:

- a) devono avere da almeno 5 anni la residenza o il posto di lavoro in provincia e da almeno due anni nel comune in cui sono situate le abitazioni;
- b) non possono essere titolari del diritto di proprietà, usufrutto, uso o abitazione di un alloggio adeguato al fabbisogno della famiglia, nè aver ceduto negli ultimi cinque anni prima della presentazione della domanda un tale diritto; lo stesso vale per il coniuge non separato;
- c) non possono essere componenti di una famiglia ammessa ad un contributo pubblico per la costruzione, l'acquisto o il recupero di un'abitazione adeguata al fabbisogno della famiglia, salvo che venga costituita una nuova famiglia;
- d) non possono superare il "valore della situazione economica" (VSE) di 2,36; [229\)](#)
- e) non deve essere stata disposta nei loro confronti la revoca dell'assegnazione di un alloggio negli ultimi cinque anni, eccezion fatta per le revoche di assegnazione di alloggi disposte ai sensi del comma 5 dell'articolo 22;
- f) non può essere stato pronunciato nei loro confronti da parte dell'IPES nei precedenti cinque anni lo sfratto per morosità;
- g) nei loro confronti non deve sussistere la causa di esclusione di cui all'articolo 46, comma 2; [230\)](#)
- h) non possono essere già assegnatari di alloggi IPES adeguati, salvo che non si tratti di richiesta di cambio alloggio di cui all'articolo 104. [231\)](#)

**(1.1)** La Giunta provinciale, per particolari e motivate ragioni, può apportare i necessari adeguamenti al VSE previsto alla lettera d) del comma 1. [232\)](#)

**(1/bis)** Per il calcolo della durata minima della residenza in provincia ai sensi del comma 1, lettera a), è considerata la residenza storica prevista all'articolo 45. [233\)](#)

**(1/ter)** Fino a quando i richiedenti non avranno conseguito la durata minima della residenza o del posto di lavoro prevista nel comma 1, lettera a), per l'assegnazione di un'abitazione, possono richiedere l'assegnazione in locazione di un'abitazione nel comune di provenienza. [234\)](#)

**(2)** Qualora le abitazioni su cui il richiedente o il coniuge non legalmente separato possiedono i diritti di cui al comma 1, lettera b), si trovino fuori provincia, il richiedente è escluso dall'assegnazione di abitazioni in locazione soltanto se il valore convenzionale di tali abitazioni, accertato in base alle rispettive disposizioni regionali, corrisponda al valore convenzionale di un'abitazione adeguata alla famiglia del richiedente in base alle disposizioni di legge provinciali.

**(3)** Le cause di esclusione di cui al comma 1, lettere b) e c), non trovano applicazione nei casi di cui agli articoli 29 e 39.

**(4)** Qualora il richiedente sia proprietario di un'abitazione non adeguata in un comune della provincia, ovvero abbia il diritto di usufrutto di una tale abitazione, può ottenere in assegnazione un'abitazione in locazione soltanto se offre in locazione la propria abitazione all'IPES. [235\)](#)

**(5)** Per l'applicazione dei commi 1, 2 e 3 vale per il concetto di famiglia l'articolo 44.

**(6)** Per il concetto di abitazione adeguata vale l'articolo 43, comma 1.

**(7)** Per il calcolo del reddito familiare complessivo vale l'articolo 58. Nel calcolo del reddito familiare complessivo viene contato anche il reddito della persona convivente "more uxorio" con il richiedente.

**(8)** I requisiti per l'assegnazione di abitazioni in locazione devono essere posseduti dal richiedente e dai componenti della sua famiglia al momento della presentazione della domanda e fino al momento dell'assegnazione dell'abitazione in locazione.

**(9)** In deroga a quanto previsto dal comma 1, lettera a), gli emigrati all'estero, già residenti prima dell'emigrazione per almeno cinque anni in provincia e che si obbligano a ristabilire la loro residenza in provincia, possono presentare la domanda di assegnazione di un alloggio in quel comune nel quale avevano l'ultima residenza o nel quale è dimostrato che possano esercitare la loro professione o il loro lavoro.

**(10)** Qualora nel capoluogo della provincia o nelle località centrali stabilite dal piano provinciale di sviluppo e di coordinamento territoriale siano previsti programmi abitativi straordinari, la Giunta provinciale può disporre in deroga alla disposizione di cui al comma 1, lettera a), che possano richiedere l'assegnazione di queste abitazioni anche richiedenti che hanno la loro residenza o il loro posto di lavoro in un comune dell'ambito di integrazione.

**(11)** [236\)](#)

229)La lettera d), dell'art. 97, comma 1, è stata così sostituita dall'art. 1, comma 14, della [L.P. 17 settembre 2013, n. 14](#). Vedi anche la deliberazione della Giunta provinciale 12.12.2017, n. 1366. La lettera d) dell'art. 97, comma 1, è stata successivamente modificata dalla deliberazione della Giunta provinciale 12 giugno 2018, n. 552.

230)La lettera g) è stata aggiunta dall'art. 27 della [L.P. 10 agosto 2001, n. 8](#).

231)La lettera h) dell'art. 97, comma 1, è stata aggiunta dall'art. 1, comma 27, della [L.P. 22 gennaio 2010, n. 1](#).

232)L'art. 97, comma 1.1, è stato inserito dall'art. 1, comma 8, della [L.P. 22 dicembre 2016, n. 27](#).

233)Il comma 1/bis è stato inserito dall'art. 27 della [L.P. 10 agosto 2001, n. 8](#).

234)Il comma 1/ter è stato inserito dall'art. 27 della [L.P. 10 agosto 2001, n. 8](#).

235)Il comma 4 è stato sostituito dall'art. 27 della [L.P. 10 agosto 2001, n. 8](#).

236)L'art. 97, comma 11, è stato abrogato dall'art. 1, comma 15, della [L.P. 17 settembre 2013, n. 14](#).



## c) Dekret des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30 <sup>1)</sup> Durchführungsverordnung zu den Maßnahmen der finanziellen Sozialhilfe und zur Zahlung der Tarife der Sozialdienste

1)Kundgemacht im A.Bl. vom 19. September 2000, N. 39.

### ABSCHNITT III Leistungen der finanziellen Sozialhilfe

---

#### Art. 17 (Zielgruppe)

---

**(1)** Folgende Personen haben Anspruch auf die Leistungen der finanziellen Sozialhilfe, wenn sie vor Einreichung eines jeden Gesuchs seit mindestens zwölf Monaten durchgehend ihren ständigen Aufenthalt in Südtirol haben:

- a) italienische Staatsbürger,
- b) Bürger der Staaten der EU,
- c) Drittstaatsangehörige, welche Inhaber einer in Italien ausgestellten langfristigen EU-Aufenthaltsberechtigung sind,
- d) Personen mit Flüchtlingsstatus,
- e) Personen mit dem Status subsidiären Schutzes. [29\)](#)

**(2)** Nach fünfjährigem ständigem Aufenthalt und ununterbrochenem Wohnsitz in Südtirol haben ebenfalls Anspruch auf die Leistungen der finanziellen Sozialhilfe unter denselben Bedingungen wie die Personen laut Absatz 1 folgende Personen, sofern sie sich legal im Staatsgebiet aufhalten:

- a) Drittstaatsangehörige,
- b) Staatenlose. [30\)](#)

**(3)** [31\)](#)

**(4)** [32\)](#)

**(5)** Von den unter den Absätzen 1 und 2 genannten Voraussetzungen kann nur im Falle einer außerordentlichen persönlichen oder familiären Situation, die dringende und nicht aufschiebbare Maßnahmen erfordert, abgesehen werden. [33\)](#) [34\)](#)

29)Art. 17 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 2 Absatz 1 des [D.L.H. vom 8. August 2016, Nr. 25.](#)

30)Art. 17 Absatz 2 wurde so ersetzt durch Art. 2 Absatz 1 des [D.L.H. vom 8. August 2016, Nr. 25.](#)

31)Art. 17 Absatz 3 wurde aufgehoben durch Art. 17 Absatz 1 Buchstabe a) des [D.L.H. vom 8. August 2016, Nr. 25.](#)

32)Art. 17 Absatz 4 wurde aufgehoben durch Art. 17 Absatz 1 Buchstabe a) des [D.L.H. vom 8. August 2016, Nr. 25.](#)

33)Art. 17 wurde so ersetzt durch Art. 9 Absatz 1 des [D.L.H. vom 20. Juli 2011, Nr. 28.](#)

34)Art. 17 Absatz 5 wurde so ersetzt durch Art. 2 Absatz 2 des [D.L.H. vom 8. August 2016, Nr. 25.](#)

## c) Decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30 <sup>1)</sup>

### Regolamento relativo agli interventi di assistenza economica sociale ed al pagamento delle tariffe nei servizi sociali

1)Pubblicato nel B.U. 19 settembre 2000, n. 39.

## CAPO III Prestazioni di assistenza economica sociale

---

### Art. 17 (Destinatari)

---

**(1)** Hanno accesso alle prestazioni di assistenza economica sociale le seguenti persone, purché aventi dimora stabile e ininterrotta da almeno dodici mesi in provincia di Bolzano prima della presentazione di ogni domanda:

- a) i cittadini italiani;
- b) i cittadini di Stati appartenenti all'Unione europea;
- c) i cittadini di Paesi terzi, titolari di un permesso di soggiorno UE per soggiornanti di lungo periodo, rilasciato in Italia;
- d) i titolari dello status di rifugiato;
- e) i titolari dello status di protezione sussidiaria. [29\)](#)

**(2)** Dopo cinque anni di dimora stabile e ininterrotta residenza in provincia di Bolzano hanno altresì accesso alle prestazioni di assistenza economica sociale, alle stesse condizioni delle persone di cui al comma 1, le seguenti persone, qualora legalmente soggiornanti sul territorio nazionale:

- a) i cittadini di Paesi terzi;
- b) gli apolidi. [30\)](#)

**(3)** [31\)](#)

**(4)** [32\)](#)

**(5)** Si può prescindere dal possesso dei requisiti di cui ai commi 1 e 2 solo in caso di eccezionali situazioni personali o familiari che richiedano interventi urgenti ed indifferibili. [33\)](#) [34\)](#)

29)L'art. 17, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 2, comma 1, del [D.P.P. 8 agosto 2016, n. 25](#).

30)L'art. 17, comma 2, è stato così sostituito dall'art. 2, comma 1, del [D.P.P. 8 agosto 2016, n. 25](#).

31)L'art. 17, comma 3, è stato abrogato dall'art. 17, comma 1, lettera a), del [D.P.P. 8 agosto 2016, n. 25](#).

32)L'art. 17, comma 4, è stato abrogato dall'art. 17, comma 1, lettera a), del [D.P.P. 8 agosto 2016, n. 25](#).

33)L'art. 17 è stato così sostituito dall'art. 9, comma 1, del [D.P.P. 20 luglio 2011, n. 28](#).

34)L'art. 17, comma 5, è stato così sostituito dall'art. 2, comma 2, del [D.P.P. 8 agosto 2016, n. 25](#).

## Beschluss vom 29. August 2017, Nr. 943

# Zugangsvoraussetzungen und Richtlinien zur Auszahlung und Verwaltung des Landesfamiliengeldes und des Landeskindergeldes (abgeändert mit Beschluss Nr. 1388 vom 18.12.2018) (siehe auch Beschluss Nr. 1179 del 31.10.2017)

## ANLAGE A

---

Zugangsvoraussetzungen und Richtlinien zur Auszahlung und Verwaltung des Landesfamiliengeldes und des Landeskindergeldes

### 1. Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

---

#### Art. 1 Anwendungsbereich

---

1. Diese Richtlinien regeln gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a) des [Landesgesetzes vom 17. Mai 2013, Nr. 8](#), in geltender Fassung, die Zugangsvoraussetzungen sowie die Auszahlung und Verwaltung der in die Zuständigkeit des Landes Südtirol fallenden finanziellen Leistungen für Familien.

#### Art. 2 Begriffsbestimmungen

---

1. Für die Leistungen laut 2. und 3. Abschnitt

a) gilt als alleinerziehender Elternteil die antragstellende Person, die in Abwesenheit des anderen Elternteils mit den Kindern zusammenlebt, vorbehaltlich der Bestimmungen laut Artikel 16 Absatz 2. Bei Ehetrennung oder Scheidung bleiben die Bestimmungen laut Artikel 21 Absatz 1 aufrecht,

b) gelten Eheleute als getrennt

1) im Falle einer gerichtlichen Ehetrennung: ab dem Zeitpunkt, zu dem der Präsident des Landesgerichts mit Beschluss die vorläufigen und dringenden Maßnahmen im Interesse der Kinder und der Eheleute getroffen hat,

2) im Falle einer einverständlichen Ehetrennung: ab dem Erlass des Dekrets des Landesgerichts, mit welchem die Ehetrennung bestätigt wird, oder ab dem beglaubigten Datum laut der durch Verhandlung mit Rechtsbeistand abgeschlossenen Trennungsvereinbarung oder ab dem Datum der vor dem Standesbeamten/der Standesbeamtin abgeschlossenen Trennungsvereinbarung,

3) im Falle eines Antrags auf Nichtigkeit der Ehe: sobald das Landesgericht die zeitweilige Trennung verfügt hat.

2. Für die Leistung laut 3. Abschnitt

a) gelten als gleichgestellte Personen die in Artikel 16 Absatz 1 angeführten Personen,

b) gelten als behindert Zivilinvaliden mit einem Invaliditätsgrad von mindestens 74 Prozent sowie Zivilblinde und Gehörlose.

#### Art. 3 Finanzielle Leistungen

---

1. Es können folgende finanzielle Leistungen gewährt werden:

- a) ein Beitrag für Familien mit Kleinkindern im Alter von null bis drei Jahren, in der Folge als Landesfamiliengeld oder Familiengeld bezeichnet,
- b) ein Zusatzbeitrag zum Landesfamiliengeld,
- c) ein Beitrag für Familien mit minderjährigen Kindern oder gleichgestellten Personen, in der Folge als Landeskindergeld oder Kindergeld bezeichnet.

## **2. Abschnitt**

### **Landesfamiliengeld**

---

#### **Art. 4**

##### **Beschreibung der Leistung**

---

1. Das Familiengeld ist ein Beitrag für die Betreuung und Pflege der Kinder im Alter von null bis drei Jahren sowohl zu Hause als auch in den Kleinkinderbetreuungsdiensten.

#### **Art. 5**

##### **Anspruchsberechtigte und Voraussetzungen**

---

- 1. Anspruch auf das Familiengeld hat der Elternteil oder die Betreuungsperson, der bzw. die bei Antragstellung seit mindestens 5 Jahren in Südtirol ununterbrochen wohnhaft ist.
- 2. Alternativ zum fünfjährigen Wohnsitz wird der historische meldeamtliche Wohnsitz von fünfzehn Jahren anerkannt, sofern mindestens ein Jahr davon der Antragstellung unmittelbar vorausgeht.
- 3. Das Familiengeld steht für jedes Kind von Geburt an bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres zu, vorausgesetzt, es ist in Südtirol wohnhaft, es lebt im gemeinsamen Haushalt mit der antragstellenden Person und es scheint auf ihrem Familienbogen auf. Im Falle einer Adoption beginnt der dreijährige Bezugszeitraum ab dem in der Verfügung des Jugendgerichts angegebenen Adoptionsdatum.
- 4. Das Familiengeld steht auch für die auf Vollzeit zur Betreuung überlassenen Kinder zu, auch wenn sie nicht auf dem Familienbogen der antragstellenden Person aufscheinen, sofern die anderen Voraussetzungen laut Absatz 3 erfüllt sind. Im Falle einer Überlassung zur Betreuung beginnt der Bezugszeitraum von drei Jahren ab dem Tag, an dem laut der entsprechenden Verfügung die Betreuung beginnt.

#### **Art. 6**

##### **Höhe des Familiengeldes**

---

1. Das Familiengeld beträgt 200,00 Euro monatlich pro Kind.

#### **Art. 7**

##### **Antragstellung**

---

1. Der Antrag auf Familiengeld wird über die Patronate oder telematisch bei der Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung (ASWE) innerhalb der ersten drei Lebensjahre des Kindes oder innerhalb von drei Jahren ab dem Datum der Adoptions- oder Betreuungsverfügung eingereicht. Der Antrag auf Familiengeld gilt bis zum dritten Lebensjahr des Kindes oder bis zu drei Jahre ab dem Datum der Adoptions- oder Betreuungsverfügung und auf jeden Fall höchstens bis zum achtzehnten Lebensjahr des Kindes.

## Art. 8 Auszahlungszeiträume

---

1. Wird der Antrag innerhalb des ersten Jahres ab der Geburt des Kindes oder innerhalb eines Jahres ab dem Datum der Adoptions- oder Betreuungsverfügung eingereicht, so wird das Familiengeld ab dem Geburtsdatum bzw. ab dem Datum der Adoptions- oder Betreuungsverfügung ausgezahlt, sofern zu diesem Zeitpunkt bereits die vorgesehenen Voraussetzungen gegeben waren. Wird der Antrag nach der genannten Frist gestellt, so wird das Familiengeld ab dem Monat ausgezahlt, der auf den Monat der Antragstellung folgt, und zwar für die restliche Zeit bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes oder bis zum Ablauf des dritten Jahres ab dem Datum der Adoptions- oder Betreuungsverfügung.

## Art. 9 Wirtschaftliche Lage und Zusammensetzung der Familiengemeinschaft

---

1. Das Familiengeld steht zu, falls die wirtschaftliche Lage der Familiengemeinschaft bei Antragstellung einen Betrag von jährlich 80.000 Euro nicht übersteigt.

2. Zur Erhebung der wirtschaftlichen Lage wird die Kernfamilie laut Artikel 12 des [Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. Jänner 2011, Nr. 2](#), in geltender Fassung, in Betracht gezogen.

## 2/bis. Abschnitt Zusatzbeitrag zum Landesfamiliengeld („Landesfamiliengeld +“)

---

### Art. 9/bis Beschreibung der Leistung

---

1. Der Zusatzbeitrag zum Landesfamiliengeld „Landesfamiliengeld +“ im Folgenden „Zusatzbeitrag“ genannt, ist eine Ergänzung des Landesfamiliengeldes für jene Familien mit Kleinkindern im Alter von null bis drei Jahren, in denen die im Privatsektor berufstätigen Väter die Elternzeit laut Artikel 32 des Gesetzes-vertretenden Dekretes vom 26. März 2001, Nr. 151, in geltender Fassung, in Anspruch nehmen.

2. Der Zusatzbeitrag bildet kein steuer-pflichtiges Einkommen im Sinne von Artikel 34 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 29. September 1973, Nr. 601, in geltender Fassung, da es sich nur um eine Ergänzung des Familieneinkommens handelt.

### Art. 9/ter Anspruchsberechtigte und Voraussetzungen

---

1. Anspruchsberechtigt sind Familiengemeinschaften, in denen der Vater in Südtirol im Privatsektor arbeitstätig ist und in den ersten 18 Lebensmonaten des Kindes für einen Zeitraum von mindestens zwei aufeinanderfolgenden vollen Monaten die Elternzeit laut Artikel 32 des Gesetzesvertretenden Dekretes vom 26. März 2001, Nr. 151, in geltender Fassung, in Anspruch nimmt.

2. Für diese Richtlinien ist ein voller Monat der Zeitraum ab einem bestimmten Tag eines Monats bis zum Tag vor dem entsprechenden Tag des darauffolgenden Monats.

3. Der Zusatzbeitrag steht auch jenen Familiengemeinschaften zu, in denen Adoptiv- oder Pflegeväter in den ersten 18 Monaten ab dem Eintritt des minderjährigen Kindes in die Familiengemeinschaft die Elternzeit in Anspruch nehmen.

4. Wer den Zusatzbeitrag beantragt, muss den Antrag für das Familiengeld für den Zeitraum gestellt haben, in dem die Elternzeit in Anspruch genommen wird und es müssen sämtliche Voraussetzungen für den Zugang zum Landesfamiliengeld laut 2. Abschnitt erfüllt werden.

5. Falls der Vater, der die Elternzeit in Anspruch nimmt, nicht dieselbe Person ist, die den Zusatzbeitrag beantragt, muss er in der im Antrag auf Landesfamiliengeld erklärten Familiengemeinschaft aufscheinen.

6. Der Zusatzbeitrag steht dem Vater nicht zu, wenn das Kind im Zeitraum, in dem er die Elternzeit in Anspruch genommen hat, für die er den Zusatzbeitrag beantragt, einen Kleinkinderbetreuungsdienst besucht hat.

## **Art. 9/quater Antrag**

---

1. Den Antrag auf Gewährung des Zusatzbeitrags stellt der Elternteil, der auch das Landesfamiliengeld beantragt hat, bei der Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung (ASWE).
2. Der Antrag kann ab dem Tag gestellt werden, an dem der Vater die Elternzeit beendet hat, für die er den Zusatzbeitrag beantragt, nicht jedoch später als 90 Tage ab diesem Zeitpunkt.
3. Der Antrag kann auch bei den Patronaten der Provinz Bozen gestellt werden, die ihn innerhalb der Frist laut Absatz 2 an die ASWE weiterleiten.

## **Art. 9/quinques Frist für den Abschluss des Verfahrens**

---

1. Die Frist für den Abschluss des Verfahrens beträgt 180 Tage; sie läuft ab dem Datum der Antragstellung.

## **Art. 9/sexies Höhe des Zusatzbeitrags und Gewährungszeitraum**

---

1. Der Zusatzbeitrag wird für einen Zeitraum von mindestens zwei und höchstens drei aufeinanderfolgenden vollen Monaten gewährt, in denen die Väter die Elternzeit in Anspruch nehmen.
2. Der Zusatzbeitrag beträgt:
  - a) 400,00 Euro monatlich für Väter, die im Zeitraum laut Absatz 1 30 Prozent ihrer Entlohnung beziehen,
  - b) 800,00 Euro monatlich für Väter, die keine Entlohnung erhalten,
  - c) 600,00 Euro monatlich für Väter, die im Zeitraum laut Absatz 1 die Entlohnung von 30 Prozent nur teilweise erhalten.
3. Bei Zwillings- oder Mehrlingsgeburten sowie bei Adoption oder Anvertrauung mehrerer Kinder wird der Zusatzbeitrag für jedes zusätzliche Kind, für einen wie in Absatz 1 festgelegten zusätzlichen Zeitraum gewährt. Der monatliche Beitrag bleibt weiterhin jener laut Absatz 2.“.

## **3. Abschnitt Landeskindergeld**

---

### **Art. 10 Beschreibung der Leistung**

---

1. Das Kindergeld ist ein Beitrag zur Deckung der Lebenshaltungskosten der minderjährigen Kinder oder der gleichgestellten Personen.

### **Art. 11**

1. Anspruch auf das Kindergeld hat der Elternteil oder die Betreuungsperson, der bzw. die bei Antragstellung seit mindestens 5 Jahren in Südtirol ununterbrochen wohnhaft ist oder der Elternteil oder die Betreuungsperson, der bzw. die mit einer Person verheiratet ist, die diese Voraussetzung erfüllt.
2. Alternativ zum fünfjährigen Wohnsitz wird der historische meldeamtliche Wohnsitz von fünfzehn Jahren anerkannt, sofern mindestens ein Jahr davon der Antragstellung unmittelbar vorausgeht.
3. Das Kindergeld steht für minderjährige Kinder oder gleichgestellte Personen, welche die in diesem Abschnitt vorgesehenen Voraussetzungen besitzen, zu.

### **Art. 12** **Höhe des Kindergeldes**

---

1. Bei Familien mit beiden Eltern wird das Kindergeld gemäß der beiliegenden Tabelle A entrichtet.
2. Bei Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil wird das Kindergeld gemäß der beiliegenden Tabelle B entrichtet.
3. Bei Familien mit mindestens einem Kind oder einer gleichgestellten Person mit Behinderung wird das Kindergeld gemäß der beiliegenden Tabelle C entrichtet.

### **Art. 13** **Antragstellung**

---

1. Der Antrag auf Kindergeld wird über die Patronate oder telematisch bei der Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung (ASWE) eingereicht und ist nur für das Jahr der Antragstellung gültig.

### **Art. 14** **Auszahlungszeiträume**

---

1. Für die Gewährung des Kindergeldes wird alljährlich auf den Zeitraum vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember Bezug genommen. Das Kindergeld wird ab dem ersten Tag des Monats nach der Antragstellung oder ab dem ersten Monat des Bezugsjahres entrichtet, wenn der Antrag vor Beginn des Bezugsjahres gestellt wurde. Wird der Antrag binnen neunzig Tagen nach der Geburt des Kindes oder ab dem Datum der Adoptions- oder Betreuungsverfügung eingereicht, so steht das Kindergeld ab dem ersten Monat nach dem genannten Zeitpunkt zu, sofern die vorgesehenen Voraussetzungen zu diesem Zeitpunkt bereits gegeben waren.
2. Lebt in der Familie nur ein Kind oder eine gleichgestellte Person ohne Behinderung, so steht das Kindergeld gemäß den Tabellen A und B bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes oder bis zum Ablauf des siebten Jahres ab dem Datum der Adoptions- oder Betreuungsverfügung und auf jeden Fall höchstens bis zum achtzehnten Lebensjahr zu.
3. Im Fall laut Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe e) steht das Kindergeld bis zur Vollendung des achtzehnten Lebensjahres des Kindes in dem Ausmaß zu, das aus der Spalte „2 o/oder 1“ der Tabellen A, B und C hervorgeht. Für diesen Zweck wird auch die wirtschaftliche Lage des jüngsten volljährigen Kindes oder der gleichgestellten Person berücksichtigt. Ist das Kind oder die gleichgestellte Person minderjährig und behindert, so steht das Kindergeld bis zur Vollendung des achtzehnten Lebensjahres in dem Ausmaß zu, das aus der Spalte „2 o/oder 1“ der Tabelle C hervorgeht.

### **Art. 15** **Zusammensetzung der Familiengemeinschaft**

---

1. Für die Gewährung des Kindergeldes besteht die Familie aus:

- a) der antragstellenden Person,
- b) dem Ehegatten/der Ehegattin, der/die nicht gerichtlich und tatsächlich getrennt ist,
- c) der Person, mit der die antragstellende Person in eheähnlicher Gemeinschaft lebt, in der Folge „in eheähnlicher Gemeinschaft lebende Person“ genannt,
- d) den minderjährigen Kindern der antragstellenden Person, des Ehegatten/der Ehegattin oder der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Person oder den gleichgestellten Personen, wenn sie in Südtirol wohnhaft sind, mit der antragstellenden Person im gemeinsamen Haushalt leben und aus ihrem Familienbogen hervorgehen und wenn im Falle von Ehetrennung oder Scheidung in der gerichtlichen Maßnahme nicht anders verfügt wird,
- e) bei mehreren Kindern oder gleichgestellten Personen, von denen nur eines bzw. eine minderjährig ist, dem jüngsten volljährigen Kind – oder der gleichgestellten Person – der antragstellenden Person, des Ehegatten/der Ehegattin oder der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Person, sofern es bzw. sie mit der antragstellenden Person im gemeinsamen Haushalt lebt und in ihrem Familienbogen aufscheint.

## **Art. 16**

### **Gleichstellungen**

---

1. Für die Gewährung des Kindergeldes werden nachstehende Personen den minderjährigen Kindern gleichgestellt:

- a) die volljährigen Kinder mit Behinderung,
- b) die volljährigen Geschwister, Enkelkinder, Nichten und Neffen mit Behinderung,
- c) die vom Gericht oder mit Verwaltungsmaßnahme auf Vollzeit gemäß Artikel 9 des Gesetzes vom 4. Mai 1983, Nr. 184, in geltender Fassung, zur Betreuung überlassenen minderjährigen Kinder, auch wenn sie nicht auf dem Familienbogen der antragstellenden Person aufscheinen, die minderjährigen Kinder unter Vormundschaft der antragstellenden Person sowie behinderte Volljährige unter Vormund-, Pfleg-, oder Sachwalterschaft oder anderem Rechtsschutz der antragstellenden Person.

2. Eine Familie, in der einer der Eheleute oder eine der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Person nicht Elternteil der Kinder ist, für die das Kindergeld zusteht, wird einer aus zwei Elternteilen bestehenden Familie gleichgestellt. In diesem Fall werden zur Bewertung der wirtschaftlichen Lage der Familie 50 Prozent des Einkommens und des Vermögens des Ehegatten/der Ehegattin oder der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Person berücksichtigt.

## **Art. 17**

### **Aufenthalt von Personen mit Behinderung in Fürsorgeeinrichtungen**

---

1. Die Voraussetzung des Zusammenlebens der minderjährigen Kinder und gleichgestellten Personen mit der antragstellenden Person ist auch dann erfüllt, wenn sich das behinderte Familienmitglied in einer stationären Fürsorgeeinrichtung nicht mehr als insgesamt 90 Tage im Kalenderjahr aufhält. Die Überschreitung des Zeitraums von 90 Tagen muss von der antragstellenden Personen der ASWE unverzüglich mitgeteilt werden und hat den Widerruf des Kindergeldes für das gesamte Bezugsjahr zur Folge.

## **Art. 18**

### **Fortsetzung der Leistung**

---

1. Um das Kindergeld im folgenden Jahr weiter beziehen zu können, muss der/die Begünstigte jeweils vom 1. September bis zum 31. Dezember einen neuen Antrag stellen und darin erklären, wie die Familiengemeinschaft zusammengesetzt ist.

## **4. Abschnitt**

### **Gemeinsame Bestimmungen**

---



## Art. 19 Wohnsitz

---

1. Für die Überprüfung der Wohnsitzvoraussetzung laut Artikel 5 Absatz 1 und Artikel 11 Absatz 1 sind nicht allein die Meldeamtsregister der Gemeinden ausschlaggebend, sondern auch andere Unterlagen, aus denen der andauernde Aufenthalt in Südtirol hervorgeht. Diese Unterlagen müssen geeignet sein, den Wohnsitz der antragstellenden Person für den gesamten Zeitraum, für welchen keine Eintragung in den Meldeamtsregistern vorliegt, nachzuweisen. Der historische Wohnsitz von 15 Jahren laut Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 11 Absatz 2 wird ausschließlich anhand der Meldeamtsregister der Gemeinde berechnet.
2. Zeitabschnitte von bis zu 14 Tagen, für welche die antragstellende Person keine Unterlagen zum Nachweis ihres andauernden Aufenthaltes im Landesgebiet erbringen kann, zählen nicht als Unterbrechung des andauernden Aufenthalts laut Absatz 1.

## Art. 20 EU-Bürger

---

1. Das Familiengeld und das Kindergeld stehen den EU-Bürgern und -Bürgerinnen im Rahmen und nach den Kriterien laut den europäischen Vorschriften zur Koordinierung der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit zu.

## Art. 21 Ehetrennung und Scheidung

---

1. Die Person, die den Antrag auf Familien- oder Kindergeld gestellt hat, gilt bei Ehetrennung oder Scheidung als alleinerziehender Elternteil, wenn der Ehegatte/die Ehegattin bzw. der ehemalige Ehegatte/die ehemalige Ehegattin nicht mehr mit ihr im gemeinsamen Haushalt lebt und spätestens sechs Monate nach der Ehetrennung oder Scheidung nicht mehr auf ihrem Familienbogen aufscheint.
2. Ist bei Ehetrennung oder Scheidung der Elternteil, der aufgrund der Verfügungen betreffend die Kinder Anrecht auf das Familien- oder Kindergeld hat, nicht dieselbe Person, die bereits den laufenden Antrag auf genannte Leistungen gestellt hat, so muss der anspruchsberechtigte Elternteil einen neuen Antrag auf Familien- oder Kindergeld stellen. Die vom anderen Elternteil bis zur Antragstellung durch den anspruchsberechtigten Elternteil bezogenen Leistungen bleiben unberührt.

## Art. 22 Vereinbarungen mit den Patronaten

---

1. Die ASWE kann mit den Patronaten im Rahmen der Aufgaben, die diesen gemäß Gesetz vom 30. März 2001, Nr. 152, in geltender Fassung, übertragen sind, Vereinbarungen zur telematischen Übermittlung der Anträge und zur Aufbewahrung der Papierunterlagen treffen.

## Art. 23 Unvollständige Anträge

---

1. Unvollständige Anträge müssen binnen 30 Tagen nach Erhalt der entsprechenden Aufforderung der ASWE vervollständigt werden, sofern dies zulässig ist. Verstreicht diese Frist ungeachtet, werden die Anträge archiviert. Der antragstellenden Person wird die erfolgte Archivierung mitgeteilt.

## Art. 24 Anträge mehrerer Personen

---

1. Wird der Antrag auf Familien- oder Kindergeld von mehreren Personen gestellt, so wird die entsprechende Leistung chronologisch nach Eingang der Anträge gewährt.

2. Im Fall der Beanstandung durch eine der antragstellenden Personen steht die Leistung jener Person zu, die laut dem gebietsmäßig zuständigen Sozialdienst die Kinder oder die gleichgestellten Personen vorwiegend betreut; die Bestimmungen laut Artikel 5 Absatz 3 und Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe d) bleiben unberührt.

## **Art. 25**

### **Wirtschaftliche Lage**

---

1. Zur Erhebung der wirtschaftlichen Lage für die Gewährung des Familien- oder Kindergeldes wird, vorbehaltlich der Bestimmungen laut Artikel 15 dieser Richtlinien, das [Dekret des Landeshauptmanns vom 11. Jänner 2011, Nr. 2](#), in geltender Fassung, angewandt.

2. Die Gewichtungsskala laut Dekret des Landeshauptmanns vom 11. Jänner 2011 , Nr. 2, in geltender Fassung, gilt nicht für das Familiengeld und das Kindergeld.

## **Art. 26**

### **Auszahlung der Leistungen**

---

1. Das Familiengeld und das Kindergeld werden in nachträglichen Monatsraten ausgezahlt.

2. Der Zusatzbeitrag laut Abschnitt 2/bis wird in Form einer einmaligen Zahlung zusammen mit dem Landesfamiliengeld ausgezahlt, nach denselben Modalitäten.

3. Die Anträge auf Gewährung des Zusatzbeitrags werden in der chronologischen Reihenfolge ihres Eingangs überprüft und bearbeitet, bis die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erschöpft sind.

## **Art. 27**

### **Ableben der antragstellenden Person**

---

1. Bei Ableben der antragstellenden Person bezieht weiterhin der überlebende Ehegatte/die überlebende Ehegattin oder die überlebende in eheähnlicher Gemeinschaft lebende Person, die Person, der die Kinder oder die gleichgestellten Personen zur Betreuung überlassen sind, oder der/die Verwandte, der bzw. die den Unterhalt für sie übernimmt, das Familien- oder Kindergeld, sofern im Besitz der vorgesehenen Voraussetzungen.

## **Art. 28**

### **Änderung der erklärten Daten**

---

1. Jede Änderung der im Antrag auf Familien- oder Kindergeld oder Zusatzbeitrag erklärten Daten, die nach Antragstellung eintritt, muss der ASWE unverzüglich mitgeteilt werden. Die fehlende Mitteilung hat den Widerruf der Leistung zur Folge.

2. Die Umstände, die den Widerruf des Familien- oder Kindergeldes oder des Zusatzbeitrages oder die Neufestsetzung des entsprechenden Betrags mit sich bringen, wirken ab dem ersten Tag des Monats nach jenem, in dem sie eingetreten sind.

## **Art. 29**

### **Selbstschutz**

---

1. Wird im Laufe der Bearbeitung einer Aufsichtsbeschwerde an die Landesregierung festgestellt, dass sämtliche für die jeweilige Leistung vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt sind, so wird im Selbstschutzwege die Auszahlung der beantragten Leistung verfügt.

## **Tabella A**

---

**Tabella B**

---

**Tabella C**

---

## **Delibera 29 agosto 2017, n. 943**

# **Requisiti di accesso e criteri di erogazione e gestione dell'assegno provinciale al nucleo familiare e dell'assegno provinciale per i figli (modificata con delibera n. 1388 del 18.12.2018) (vedi anche delibera n. 1179 del 31.10.2017)**

## **ALLEGATO A**

---

Requisiti di accesso e criteri di erogazione e gestione dell'assegno provinciale al nucleo familiare e dell'assegno provinciale per i figli

### **Capo I**

#### **Disposizioni generali**

---

#### **Art. 1**

##### **Ambito di applicazione**

---

1. I presenti criteri disciplinano i requisiti di accesso nonché l'erogazione e la gestione delle prestazioni economiche di competenza della Provincia Autonoma di Bolzano a favore delle famiglie, ai sensi dell'articolo 9, comma 2, lettera a), della [legge provinciale 17 maggio 2013, n. 8](#), e successive modifiche.

#### **Art. 2**

##### **Definizioni**

---

1. Ai fini delle prestazioni di cui ai capi II e III:

a) per unico genitore si intende il/la richiedente che convive con i figli in assenza dell'altro genitore, salvo quanto previsto dall'articolo 16, comma 2. Resta fermo quanto previsto dall'articolo 21, comma 1, in caso di separazione o divorzio;

b) i coniugi sono considerati separati:

1) in caso di separazione giudiziale, dal momento in cui il presidente del tribunale ha disposto con ordinanza i provvedimenti temporanei e urgenti nell'interesse della prole e dei coniugi;

2) in caso di separazione consensuale, quando il tribunale ha emesso il decreto di omologa della separazione, oppure dalla data certificata nell'accordo di separazione raggiunto a seguito di negoziazione assistita da un avvocato, ovvero dalla data dell'atto contenente l'accordo di separazione concluso davanti all'ufficiale dello stato civile;

3) in caso di domanda di nullità del matrimonio, quando il tribunale ha ordinato la separazione temporanea.

2. Ai fini della prestazione di cui al capo III:

a) per soggetti equiparati si intendono le persone di cui all'articolo 16 comma 1;

b) sono considerati disabili i soggetti riconosciuti invalidi civili con grado di invalidità pari o superiore al 74 per cento, nonché i ciechi civili e i sordi.

#### **Art. 3**

##### **Prestazioni economiche**

---

- a) contributo per famiglie con figli di età compresa fra zero e tre anni, di seguito denominato assegno provinciale al nucleo familiare o assegno familiare;
- b) contributo integrativo dell'assegno provinciale al nucleo familiare;
- c) contributo per famiglie con figli minorenni o soggetti equiparati, di seguito denominato assegno provinciale per i figli o assegno per i figli.

## Capo II

### Assegno provinciale al nucleo familiare

---

#### Art. 4

##### Descrizione della prestazione

---

1. L'assegno al nucleo familiare costituisce un contributo per la cura e l'assistenza dei figli di età compresa fra zero e tre anni, sia a casa, sia presso i servizi per la prima infanzia.

#### Art. 5

##### Beneficiari e requisiti

---

1. Ha diritto all'assegno al nucleo familiare il genitore o la persona affidataria con residenza ininterrotta da almeno 5 anni in provincia di Bolzano, maturata al momento della presentazione della domanda.
2. In alternativa ai cinque anni di residenza è riconosciuta la residenza storica anagrafica di quindici anni, di cui almeno uno immediatamente antecedente la domanda.
3. L'assegno al nucleo familiare spetta per ogni figlio dalla nascita fino al compimento del terzo anno di età, a condizione che il figlio risieda in provincia di Bolzano, sia convivente con la persona richiedente la prestazione e risulti sullo stato di famiglia della stessa. In caso di adozione, il periodo di spettanza di tre anni decorre dalla data di adozione riportata nel relativo provvedimento dell'autorità giudiziaria minorile.
4. L'assegno al nucleo familiare spetta altresì per i minori in affidamento a tempo pieno, anche se non risultanti sullo stato di famiglia della persona richiedente, purché siano soddisfatte le altre condizioni di cui al comma 3. In caso di affidamento, il periodo di spettanza di tre anni decorre dalla data di inizio dell'affidamento stesso, indicata nel relativo provvedimento.

#### Art. 6

##### Ammontare dell'assegno al nucleo familiare

---

1. L'assegno al nucleo familiare ammonta a 200,00 euro mensili per singolo figlio.

#### Art. 7

##### Presentazione della domanda

---

1. La domanda volta ad ottenere l'assegno al nucleo familiare va presentata all'Agenzia per lo sviluppo sociale ed economico (ASSE), tramite gli enti di patronato o per via telematica, entro il terzo anno di vita del/della minore ovvero entro tre anni dalla data del provvedimento di adozione o affidamento. La domanda di assegno al nucleo familiare ha validità fino al terzo anno di vita del/della minore, ovvero, in caso di adozione o affidamento, fino a tre anni dalla data del relativo provvedimento e comunque non oltre il diciottesimo anno d'età.

#### Art. 8

## Periodi di erogazione

---

1. In caso di presentazione della domanda entro un anno dalla data di nascita del/della minore, ovvero dalla data del provvedimento di adozione o affidamento, l'assegno al nucleo familiare è erogato con decorrenza dalla data di nascita, ovvero dalla data del provvedimento di adozione o affidamento, a condizione che a tale data sussistessero già i requisiti previsti. In caso di presentazione della domanda dopo il suddetto termine, l'assegno al nucleo familiare è erogato con decorrenza dal mese successivo a quello della presentazione della domanda ed è corrisposto per il periodo residuo, fino al compimento del terzo anno di vita del/della minore o fino allo scadere del terzo anno dalla data del provvedimento di adozione o affidamento.

## Art. 9 Situazione economica e composizione del nucleo familiare

---

1. L'assegno al nucleo familiare spetta qualora la situazione economica del nucleo familiare non superi, al momento della presentazione della domanda, l'importo di 80.000 euro l'anno.

2. Ai fini della rilevazione della situazione economica si considera il nucleo familiare di base di cui all'articolo 12 del [decreto del Presidente della Provincia 11 gennaio 2011, n. 2](#), e successive modifiche.

## Capo II/bis Contributo integrativo dell'assegno provinciale al nucleo familiare ("Assegno provinciale al nucleo familiare +")

---

### Art. 9/bis Descrizione della prestazione

---

1. Il contributo integrativo dell'assegno provinciale al nucleo familiare, "Assegno provinciale al nucleo familiare +", di seguito indicato come "contributo integrativo", costituisce un'integrazione dell'assegno provinciale al nucleo familiare spettante a famiglie con figli di età compresa fra zero e tre anni, nelle quali i padri lavoratori nel settore privato usufruiscano del congedo parentale di cui all'articolo 32 del decreto legislativo 26 marzo 2001, n. 151, e successive modifiche.

2. Il contributo integrativo si configura come non imponibile ai sensi dell'articolo 34 del decreto del Presidente della Repubblica 29 settembre 1973, n. 601, e successive modifiche, in quanto finalizzato all'integrazione del reddito familiare.

### Art. 9/ter Beneficiari e requisiti

---

1. Hanno diritto al contributo integrativo i nuclei familiari in cui i padri svolgono un'attività lavorativa nel settore privato in provincia di Bolzano e, nei primi 18 mesi di vita del proprio figlio/della propria figlia, usufruiscono del congedo parentale di cui all'articolo 32 del decreto legislativo 26 marzo 2001, n. 151, e successive modifiche, per un periodo minimo di due mesi interi continuativi.

2. Ai fini dei presenti criteri per mese intero si intende il periodo di tempo intercorrente tra un dato giorno del mese e il giorno antecedente il corrispondente giorno del mese successivo.

3. Il contributo integrativo spetta anche ai nuclei familiari, nei quali i padri adottivi o affidatari usufruiscono del congedo parentale nei primi 18 mesi dall'ingresso del/della minore nel nucleo familiare.

4. I richiedenti il contributo integrativo devono aver presentato domanda di assegno provinciale al nucleo familiare per il periodo in cui usufruiscono del congedo parentale, e devono essere in possesso di tutti i requisiti di accesso all'assegno provinciale al nucleo familiare di cui al Capo II.

5. Il padre che fruisce del congedo parentale, se persona diversa dal richiedente il contributo integrativo, deve far parte del nucleo familiare dichiarato nella domanda di assegno provinciale al nucleo familiare.

6. Il contributo integrativo non spetta nel caso in cui il figlio/la figlia abbia frequentato un servizio per la prima infanzia nel periodo in cui il padre ha usufruito del congedo parentale per il quale ha richiesto il contributo integrativo.

## **Art. 9/quater**

### **Domanda**

---

1. La domanda di concessione del contributo integrativo deve essere presentata all’Agenzia per lo sviluppo sociale ed economico (ASSE) dal genitore che ha richiesto l’assegno provinciale al nucleo familiare.
2. La domanda può essere presentata a partire dalla data in cui il padre ha terminato il congedo parentale per il quale viene richiesto il contributo integrativo, ed entro e non oltre 90 giorni da tale data.
3. I richiedenti possono presentare domanda anche tramite i Patronati della provincia di Bolzano, i quali la inoltreranno all’ASSE entro la scadenza di cui al comma 2.

## **Art. 9/quinqes**

### **Termine di conclusione del procedimento**

---

1. Il termine di conclusione del procedimento è fissato in 180 giorni, che decorrono dalla data di presentazione della domanda.

## **Art. 9/sexies**

### **Ammontare e periodo di concessione del contributo integrativo**

---

1. Il contributo integrativo è concesso per un periodo minimo di due e un periodo massimo di tre mesi interi continuativi di godimento del congedo parentale.
2. Il contributo integrativo ammonta a:
  - a) 400,00 euro mensili per i padri che nel periodo di cui al comma 1 percepiscono un’indennità pari al 30 per cento della retribuzione,
  - b) 800,00 euro mensili per i padri che non percepiscono alcuna retribuzione,
  - c) 600,00 euro mensili per i padri che percepiscono un’indennità pari al 30 per cento della retribuzione solo per una parte del periodo di cui al comma 1.
3. In caso di parto gemellare o plurimo oppure di adozione o affidamento di più figli, il contributo integrativo è concesso per ogni ulteriore figlio/figlia per un ulteriore periodo come stabilito al comma 1. L’importo mensile rimane quello stabilito dal comma 2.”.

## **Capo III**

### **Assegno provinciale per i figli**

---

## **Art. 10**

### **Descrizione della prestazione**

---

1. L’assegno per i figli costituisce un contributo per la copertura delle spese di mantenimento dei figli minorenni o soggetti equiparati.

## **Art. 11**

## Beneficiari e requisiti

---

1. Ha diritto all'assegno per i figli il genitore o la persona affidataria con residenza ininterrotta da almeno 5 anni in provincia di Bolzano, maturata al momento della presentazione della domanda, o il genitore o la persona affidataria coniugato/coniugata con persona in possesso di tale requisito.
2. In alternativa ai cinque anni di residenza è riconosciuta la residenza storica anagrafica di quindici anni, di cui almeno uno immediatamente antecedente la domanda.
3. L'assegno per i figli spetta per i figli minorenni o soggetti equiparati aventi i requisiti specificati nel presente capo.

## Art. 12 Ammontare dell'assegno per i figli

---

1. In caso di nuclei familiari con entrambi i genitori, l'assegno per i figli è corrisposto secondo quanto previsto dall'allegata tabella A.
2. In caso di nuclei familiari con un unico genitore, l'assegno per i figli è corrisposto secondo quanto previsto dall'allegata tabella B.
3. Nel caso in cui nel nucleo familiare sia presente almeno un figlio/una figlia o soggetto equiparato disabile, l'assegno per i figli è corrisposto secondo quanto previsto dall'allegata tabella C.

## Art. 13 Presentazione della domanda

---

1. La domanda volta ad ottenere l'assegno per i figli va presentata all'Agenzia per lo sviluppo sociale ed economico (ASSE) tramite gli enti di patronato o per via telematica e vale solo per l'anno di presentazione della domanda.

## Art. 14 Periodi di erogazione

---

1. Il periodo di riferimento dell'assegno per i figli va dal 1° gennaio al 31 dicembre di ciascun anno. L'assegno al nucleo familiare decorre dal primo giorno del mese successivo a quello di presentazione della domanda, ovvero dal primo mese dell'anno di riferimento, qualora la domanda sia stata presentata in via anticipata prima dell'inizio dell'anno di riferimento stesso. Qualora la domanda venga presentata entro novanta giorni dalla data della nascita del bambino/della bambina o del provvedimento di adozione o affidamento, l'assegno al nucleo familiare spetta a decorrere dal primo mese successivo a tale data, a condizione che a tale data sussistessero già i requisiti previsti.
2. Nel caso in cui nel nucleo familiare sia presente un solo figlio/una sola figlia o soggetto equiparato non disabile, l'assegno per i figli spetta, nella misura prevista dalle tabelle A e B, fino al compimento del settimo anno di vita del bambino/della bambina o fino allo scadere del settimo anno dalla data del provvedimento di adozione o affidamento e comunque non oltre il diciottesimo anno di età.
3. Nel caso di cui all'articolo 15, comma 1, lettera e), l'assegno per i figli spetta fino al compimento del diciottesimo anno di età del/della minore nella misura di cui alla colonna "2 o/oder 1" delle tabelle A, B e C. A tal fine si prende in considerazione anche la situazione economica del figlio/della figlia maggiorenne o soggetto equiparato più giovane. Qualora il figlio/la figlia o il soggetto equiparato sia maggiorenne e disabile, l'assegno al nucleo familiare spetta fino al compimento del diciottesimo anno di età nella misura di cui alla colonna "2 o/oder 1" della tabella C.

## Art. 15 Composizione del nucleo familiare

---

1. Ai fini della concessione dell'assegno per i figli, il nucleo familiare è composto da:



- a) il/la richiedente;
- b) il/la coniuge non legalmente ed effettivamente separato/separata;
- c) la persona con la quale il/la richiedente intrattiene un rapporto coniugale di fatto, di seguito denominata "convivente";
- d) i figli minorenni del/della richiedente, del/della coniuge o convivente o i soggetti equiparati, se residenti in provincia di Bolzano, conviventi con il/la richiedente e risultanti dallo stato di famiglia dello stesso/della stessa, salvo quanto diversamente disposto da atto giudiziale in caso di separazione o divorzio;
- e) nel caso di più figli – o soggetti equiparati – di cui uno solo/una sola minorenni, il figlio/la figlia –o soggetto equiparato – maggiorenne più giovane del/della richiedente, del/della coniuge o convivente, se convivente con il/la richiedente e risultante dallo stato di famiglia dello stesso/della stessa.

## **Art. 16**

### **Equiparazioni**

---

1. Ai fini della concessione dell'assegno per i figli sono equiparati ai figli minori i seguenti soggetti:

- a) i figli e le figlie maggiorenni, se disabili;
- b) i fratelli, le sorelle, i nipoti e le nipoti in linea retta e in linea collaterale maggiorenni, se disabili;
- c) i minori affidati dal tribunale o con provvedimento amministrativo a tempo pieno ai sensi dell'articolo 9 della legge 4 maggio 1983, n. 184, e successive modifiche, anche se non risultanti sullo stato di famiglia della persona richiedente, i minori posti sotto tutela del/della richiedente nonché i maggiorenni disabili posti sotto la tutela, la curatela, l'amministrazione di sostegno o altra forma di protezione giuridica del/della richiedente.

2. Il nucleo familiare in cui il/la coniuge o convivente non siano genitori dei figli per i quali spetta l'assegno per i figli è equiparato al nucleo familiare composto da due genitori. In questo caso, ai fini della valutazione della situazione economica si considerano il cinquanta per cento del reddito e del patrimonio del/della coniuge o convivente.

## **Art. 17**

### **Disabili accolti in strutture assistenziali**

---

1. Il requisito della convivenza dei figli minorenni e dei soggetti equiparati con il richiedente l'assegno al nucleo familiare è soddisfatto anche nel caso in cui il componente disabile della famiglia sia accolto in una struttura assistenziale residenziale per un periodo di tempo non superiore complessivamente a 90 giorni nell'arco dell'anno solare. Il superamento del periodo di 90 giorni va tempestivamente comunicato all'ASSE da parte del richiedente e determina la revoca dell'assegno per i figli per l'intero anno di riferimento.

## **Art. 18**

### **Prosecuzione della prestazione**

---

1. Al fine della prosecuzione dell'erogazione dell'assegno per i figli nell'anno successivo è fatto obbligo alla persona beneficiaria di presentare nuova domanda a partire dal 1° settembre ed entro il 31 dicembre di ogni anno, dichiarando la composizione del nucleo familiare.

## **Capo IV**

### **Disposizioni comuni**

---

## Art. 19 Residenza

---

1. Ai fini della verifica del requisito della residenza di cui agli articoli 5, comma 1, e 11 comma 1, i registri anagrafici comunali non costituiscono unici strumenti di valutazione, bensì possono essere presi in considerazione anche altri elementi tali da far desumere comunque la permanenza stabile sul territorio provinciale. Gli elementi devono essere tali da poter sostituire le risultanze anagrafiche per l'intero periodo in cui il/la richiedente le prestazioni familiari non risulta iscritto nei registri anagrafici. Per la valutazione della residenza storica anagrafica di quindici anni di cui all'articolo 5, comma 2, e all'articolo 11, comma 2, valgono unicamente le risultanze dei registri anagrafici comunali.
2. La permanenza stabile sul territorio provinciale di cui al comma 1 non si interrompe in caso di intervalli di tempo non superiori a 14 giorni, per i quali la persona richiedente non ha elementi atti a provarla.

## Art. 20 Cittadini dell'Unione europea

---

1. L'assegno al nucleo familiare e l'assegno per i figli spettano ai cittadini e alle cittadine dell'Unione europea entro i limiti e secondo i criteri previsti dalla normativa europea in materia di coordinamento dei sistemi nazionali di sicurezza sociale.

## Art. 21 Separazione e divorzio

---

1. In caso di separazione o divorzio, la persona richiedente l'assegno al nucleo familiare o l'assegno per i figli può essere considerata unico genitore solo qualora il/la coniuge o ex coniuge non conviva con la persona stessa e, entro il termine massimo di sei mesi dalla data di separazione o divorzio, non risulti più sul suo stato di famiglia.
2. In caso di separazione o divorzio, se il genitore avente diritto, in base a quanto disposto nei provvedimenti riguardanti i figli, all'assegno al nucleo familiare o all'assegno per i figli non coincide con il soggetto che ha presentato la relativa domanda in corso, il genitore avente diritto dovrà presentare una nuova domanda di assegno al nucleo familiare o assegno al nucleo familiare. È fatto salvo quanto percepito dall'altro genitore fino alla presentazione della nuova domanda da parte del genitore avente diritto.

## Art. 22 Intese con enti di patronato

---

1. L'ASSE può concordare intese con gli enti di patronato, nei limiti dei compiti affidati agli stessi dalla legge 30 marzo 2001, n. 152, e successive modifiche, per la trasmissione telematica delle domande e per la conservazione dei documenti cartacei.

## Art. 23 Domande incomplete

---

1. Le domande incomplete devono essere integrate, ove ammissibile, entro 30 giorni dalla relativa richiesta dell'ASSE. Trascorso inutilmente tale termine, le domande sono archiviate. Alla persona richiedente è data comunicazione dell'avvenuta archiviazione.

## Art. 24 Domanda presentata da più richiedenti

---

1. Nel caso in cui la domanda di assegno al nucleo familiare o di assegno per i figli venga presentata da più richiedenti, la relativa prestazione è concessa secondo l'ordine cronologico di presentazione delle domande.
2. In caso di contestazione da parte di una delle persone richiedenti, la prestazione spetta a colui che si occupa prevalentemente dei

figli o dei soggetti equiparati, come documentato dal servizio sociale territorialmente competente, fatto salvo quanto previsto dagli articoli 5, comma 3, e 15, comma 1, lett. d).

## Art. 25

### Situazione economica

---

1. Al fine della rilevazione della situazione economica per la concessione dell'assegno al nucleo familiare o dell'assegno per i figli si applicano le disposizioni di cui al [decreto del Presidente della Provincia 11 gennaio 2011, n. 2](#), e successive modifiche, salvo quanto previsto dall'articolo 15 dei presenti criteri.
2. All'assegno al nucleo familiare e all'assegno per i figli non si applica la scala di equivalenza di cui al [decreto del Presidente della Provincia 11 gennaio 2011, n. 2](#), e successive modifiche.

## Art. 26

### Erogazione delle prestazioni economiche

---

1. L'assegno al nucleo familiare e l'assegno per i figli sono erogati in rate mensili posticipate.
2. Il contributo integrativo di cui al Capo II/bis è erogato in un'unica soluzione insieme all'assegno provinciale al nucleo familiare e con le stesse modalità.
3. Le domande di contributo integrativo sono esaminate ed evase secondo l'ordine cronologico di presentazione, fino ad esaurimento dei fondi disponibili in bilancio.

## Art. 27

### Decesso della persona richiedente

---

1. In caso di decesso del/della richiedente, il/la coniuge o convivente superstite, la persona affidataria dei figli o soggetti equiparati oppure il/la parente che assume a proprio carico il mantenimento degli stessi continua a percepire, senza soluzione di continuità, l'assegno al nucleo familiare o l'assegno per i figli, purché in possesso dei requisiti previsti.

## Art. 28

### Variazione dei dati dichiarati

---

1. Qualsiasi variazione relativa ai dati dichiarati nella domanda di assegno al nucleo familiare o di assegno per i figli o di contributo integrativo intervenuta dopo la presentazione della domanda stessa va immediatamente comunicata all'ASSE. La mancata comunicazione determina la revoca della prestazione economica.
2. Gli eventi che determinano la revoca dell'assegno al nucleo familiare, dell'assegno per i figli o del contributo integrativo o che comportano la rideterminazione dei relativi importi hanno effetto dal primo giorno del mese successivo a quello in cui si sono verificati.

## Art. 29

### Autotutela

---

1. Se nel corso dell'istruttoria di un ricorso gerarchico alla Giunta provinciale è accertata la sussistenza di tutti i requisiti richiesti per la prestazione oggetto del ricorso medesimo, si procede in autotutela all'erogazione della prestazione richiesta.

## Tabella A

---

**Tabella B**

---

**Tabella C**

---

D.L. 28-1-2019 n. 4

Disposizioni urgenti in materia di reddito di cittadinanza e di pensioni.

Pubblicato nella Gazz. Uff. 28 gennaio 2019, n. 23.

## **D.L. 28 gennaio 2019, n. 4 <sup>(1)</sup>.**

### **Disposizioni urgenti in materia di reddito di cittadinanza e di pensioni.**

---

**(1)** Pubblicato nella Gazz. Uff. 28 gennaio 2019, n. 23.

---

#### IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA

Visti gli articoli 77 e 87 della Costituzione;

Ritenuta la straordinaria necessità e urgenza di prevedere una misura di contrasto alla povertà, alla disuguaglianza e all'esclusione sociale volta a garantire il diritto al lavoro e a favorire il diritto all'informazione, all'istruzione, alla formazione, alla cultura mediante politiche finalizzate al sostegno economico e all'inserimento dei soggetti a rischio di emarginazione nella società e nel mondo del lavoro e garantire così una misura utile ad assicurare un livello minimo di sussistenza, incentivando la crescita personale e sociale dell'individuo;

Ritenuta la straordinaria necessità e urgenza di prevedere la semplificazione del sistema di assistenza sociale al fine di renderlo certo ed essenziale con l'obiettivo di una ridefinizione del modello di benessere collettivo;

Ritenuta la straordinaria necessità e urgenza di dare corso ad una generale razionalizzazione dei servizi per l'impiego, attraverso una riforma complessiva delle strutture esistenti nonché ad una più efficace gestione delle politiche attive;

Ritenuta la straordinaria necessità e urgenza di dare attuazione a interventi in materia pensionistica finalizzati alla rivisitazione del sistema vigente e all'introduzione di ulteriori modalità di pensionamento anticipato anche mediante l'immanenza nel sistema di misure già adottate;

Ritenuta la straordinaria necessità e urgenza di creare misure per incentivare l'assunzione di lavoratori giovani;

Ritenuta la straordinaria necessità e urgenza di intervenire sugli assetti organizzativi degli istituti previdenziali pubblici al fine di una più efficace e razionale redistribuzione dei compiti dei diversi organi;

Ritenuta la straordinaria necessità e urgenza di provvedere ad una verifica sistematica dei flussi di uscita per pensionamento dal mondo del lavoro anche nell'ottica di un puntuale monitoraggio della spesa previdenziale;

Vista la deliberazione del Consiglio dei ministri, adottata nella riunione del 17 gennaio 2019;

Sulla proposta del Presidente del Consiglio dei ministri e del Ministro del lavoro e delle politiche sociali, di concerto con i Ministri dell'economia e delle finanze, per la pubblica amministrazione e della giustizia;

EMANA

il seguente decreto-legge:

---

---

## Capo I

### Disposizioni urgenti in materia di reddito di cittadinanza

#### **Art. 1.** *Reddito di cittadinanza*

1. E' istituito, a decorrere dal mese di aprile 2019, il Reddito di cittadinanza, di seguito denominato «Rdc», quale misura fondamentale di politica attiva del lavoro a garanzia del diritto al lavoro, di contrasto alla povertà, alla disuguaglianza e all'esclusione sociale, nonché diretta a favorire il diritto all'informazione, all'istruzione, alla formazione e alla cultura attraverso politiche volte al sostegno economico e all'inserimento sociale dei soggetti a rischio di emarginazione nella società e nel mondo del lavoro. Il Rdc costituisce livello essenziale delle prestazioni nei limiti delle risorse disponibili.

2. Per i nuclei familiari composti esclusivamente da uno o più componenti di età pari o superiore a 67 anni, adeguata agli incrementi della speranza di vita di cui all'[articolo 12 del decreto-legge 31 maggio 2010, n. 78](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 30 luglio 2010, n. 122](#), il Rdc assume la denominazione di Pensione di cittadinanza quale misura di contrasto alla povertà delle persone anziane. I requisiti per l'accesso e le regole di definizione del beneficio economico, nonché le procedure per la gestione dello stesso, sono le medesime del Rdc, salvo dove diversamente specificato. In caso di nuclei già beneficiari del Rdc, la Pensione di cittadinanza decorre dal mese successivo a quello del compimento del sessantasettesimo anno di età del componente del nucleo più giovane, come adeguato ai sensi del primo periodo.

---

**Art. 2. Beneficiari**

1. Il Rdc è riconosciuto ai nuclei familiari in possesso cumulativamente, al momento della presentazione della domanda e per tutta la durata dell'erogazione del beneficio, dei seguenti requisiti:

a) con riferimento ai requisiti di cittadinanza, residenza e soggiorno, il componente richiedente il beneficio deve essere:

1) in possesso della cittadinanza italiana o di Paesi facenti parte dell'Unione europea, ovvero suo familiare che sia titolare del diritto di soggiorno o del diritto di soggiorno permanente, ovvero cittadino di Paesi terzi in possesso del permesso di soggiorno UE per soggiornanti di lungo periodo;

2) residente in Italia per almeno 10 anni, di cui gli ultimi due, considerati al momento della presentazione della domanda e per tutta la durata dell'erogazione del beneficio, in modo continuativo;

b) con riferimento a requisiti reddituali e patrimoniali, il nucleo familiare deve possedere:

1) un valore dell'Indicatore della situazione economica equivalente (ISEE), di cui al [decreto del Presidente del Consiglio dei ministri 5 dicembre 2013, n. 159](#), inferiore a 9.360 euro;

2) un valore del patrimonio immobiliare, come definito a fini ISEE, diverso dalla casa di abitazione, non superiore ad una soglia di euro 30.000;

3) un valore del patrimonio mobiliare, come definito a fini ISEE, non superiore a una soglia di euro 6.000, accresciuta di euro 2.000 per ogni componente il nucleo familiare successivo al primo, fino ad un massimo di euro 10.000, incrementato di ulteriori euro 1.000 per ogni figlio successivo al secondo; i predetti massimali sono ulteriormente incrementati di euro 5.000 per ogni componente con disabilità, come definita a fini ISEE, presente nel nucleo;

4) un valore del reddito familiare inferiore ad una soglia di euro 6.000 annui moltiplicata per il corrispondente parametro della scala di equivalenza di cui al comma 4. La predetta soglia è incrementata ad euro 7.560 ai fini dell'accesso alla Pensione di cittadinanza. In ogni caso la soglia è incrementata ad euro 9.360 nei casi in cui il nucleo familiare risieda in abitazione in locazione, come da dichiarazione sostitutiva unica (DSU) ai fini ISEE;

c) con riferimento al godimento di beni durevoli:

1) nessun componente il nucleo familiare deve essere intestatario a qualunque titolo o avente piena disponibilità di autoveicoli immatricolati la prima volta nei sei mesi antecedenti la richiesta, ovvero di autoveicoli di cilindrata superiore a 1.600 cc o motoveicoli di cilindrata superiore a 250 cc, immatricolati la prima volta nei due anni antecedenti, esclusi gli autoveicoli e i motoveicoli per cui è prevista una agevolazione fiscale in favore delle persone con disabilità ai sensi della disciplina vigente;

2) nessun componente deve essere intestatario a qualunque titolo o avente piena disponibilità di navi e imbarcazioni da diporto di cui all'[articolo 3, comma 1, del decreto legislativo 18 luglio 2005, n. 171](#).

2. I casi di accesso alla misura di cui al comma 1 possono essere integrati, in ipotesi di eccedenza di risorse disponibili, con regolamento emanato ai sensi dell'[articolo 17, comma 1, della legge 23 agosto 1988, n. 400](#), sulla base di indicatori di disagio socioeconomico che riflettono le caratteristiche di multidimensionalità della povertà e tengono conto, oltre che della situazione economica, anche delle condizioni di esclusione sociale, di disabilità, di deprivazione socio-sanitaria, educativa e abitativa. Possono prevedersi anche misure non monetarie ad integrazione del Rdc, quali misure agevolative per l'utilizzo di trasporti pubblici, di sostegno alla casa, all'istruzione e alla tutela della salute.

3. Non hanno diritto al Rdc i nuclei familiari che hanno tra i componenti soggetti disoccupati a seguito di dimissioni volontarie nei dodici mesi successivi alla data delle dimissioni, fatte salve le dimissioni per giusta causa.

4. Il parametro della scala di equivalenza, di cui al comma 1, lettera b), numero 4), è pari ad 1 per il primo componente del nucleo familiare ed è incrementato di 0,4 per ogni ulteriore componente di età maggiore di anni 18 e di 0,2 per ogni ulteriore componente minorenni, fino ad un massimo di 2,1.

5. Ai fini del Rdc, il nucleo familiare è definito ai sensi dell'[articolo 3 del decreto del Presidente del Consiglio dei ministri n. 159 del 2013](#). In ogni caso, anche per la richiesta di prestazioni sociali agevolate diverse dal Rdc, ai fini della definizione del nucleo familiare, valgono le seguenti disposizioni, la cui efficacia cessa dal giorno di entrata in vigore delle corrispondenti modifiche del [decreto del Presidente del Consiglio dei ministri n. 159 del 2013](#):

a) i coniugi permangono nel medesimo nucleo anche a seguito di separazione o divorzio, qualora continuino a risiedere nella stessa abitazione;

b) il figlio maggiorenne non convivente con i genitori fa parte del nucleo familiare dei genitori esclusivamente quando è di età inferiore a 26 anni, è nella condizione di essere a loro carico a fini IRPEF, non è coniugato e non ha figli.

6. Ai soli fini del Rdc, il reddito familiare, di cui al comma 1, lettera b) numero 4), è determinato ai sensi dell'[articolo 4, comma 2, del decreto del Presidente del Consiglio dei ministri n. 159 del 2013](#), al netto dei trattamenti assistenziali eventualmente inclusi nell'ISEE ed inclusivo del valore annuo dei trattamenti assistenziali in corso di godimento da parte dei componenti il nucleo familiare, fatta eccezione per le prestazioni non sottoposte alla prova dei mezzi. Nel valore dei trattamenti assistenziali non rilevano le erogazioni riferite al pagamento di arretrati, le riduzioni nella compartecipazione al costo dei servizi e le esenzioni e agevolazioni



per il pagamento di tributi, le erogazioni a fronte di rendicontazione di spese sostenute, ovvero le erogazioni in forma di buoni servizio o altri titoli che svolgono la funzione di sostituzione di servizi. Ai fini del presente decreto, non si include tra i trattamenti assistenziali l'assegno di cui all'[articolo 1, comma 125, della legge 23 dicembre 2014, n. 190](#). I trattamenti assistenziali in corso di godimento di cui al primo periodo sono comunicati dagli enti erogatori entro quindici giorni dal riconoscimento al Sistema informativo unitario dei servizi sociali (SIUSS), di cui all'[articolo 24 del decreto legislativo 15 settembre 2017, n. 147](#), secondo le modalità ivi previste.

7. Ai soli fini dell'accertamento dei requisiti per il mantenimento del Rdc, al valore dell'ISEE di cui al comma 1, lettera b), numero 1), è sottratto l'ammontare del Rdc percepito dal nucleo beneficiario eventualmente incluso nell'ISEE, rapportato al corrispondente parametro della scala di equivalenza. Per l'accesso al Rdc sono parimenti sottratti nelle medesime modalità, gli ammontari eventualmente inclusi nell'ISEE relativi alla fruizione del sostegno per l'inclusione attiva, del reddito di inclusione ovvero delle misure regionali di contrasto alla povertà oggetto d'intesa tra la regione e il Ministero del lavoro e delle politiche sociali al fine di una erogazione integrata con le citate misure nazionali.

8. Il Rdc è compatibile con il godimento della Nuova prestazione di Assicurazione Sociale per l'Impiego (NASpI), di cui all'[articolo 1 del decreto legislativo 4 marzo 2015, n. 22](#), e di altro strumento di sostegno al reddito per la disoccupazione involontaria ove ricorrano le condizioni di cui al presente articolo. Ai fini del diritto al beneficio e della definizione dell'ammontare del medesimo, gli emolumenti percepiti rilevano secondo quanto previsto dalla disciplina dell'ISEE.

---

### **Art. 3. Beneficio economico**

1. Il beneficio economico del Rdc, su base annua, si compone dei seguenti due elementi:

a) una componente ad integrazione del reddito familiare, come definito ai sensi dell'articolo 2, comma 6, fino alla soglia di euro 6.000 annui moltiplicata per il corrispondente parametro della scala di equivalenza di cui all'articolo 2, comma 4;

b) una componente, ad integrazione del reddito dei nuclei familiari residenti in abitazione in locazione, pari all'ammontare del canone annuo previsto nel contratto in locazione, come dichiarato a fini ISEE, fino ad un massimo di euro 3.360 annui.

2. Ai fini della definizione della Pensione di cittadinanza, la soglia di cui al comma 1, lettera a), è incrementata ad euro 7.560, mentre il massimo di cui al comma 1, lettera b), è pari ad euro 1.800 annui.

3. L'integrazione di cui al comma 1, lettera b), è concessa altresì nella misura della rata mensile del mutuo e fino ad un massimo di 1.800 euro annui ai nuclei familiari residenti in abitazione di proprietà per il cui acquisto o per la cui costruzione sia stato contratto un mutuo da parte di componenti il medesimo nucleo familiare.

4. Il beneficio economico di cui al comma 1 è esente dal pagamento dell'IRPEF ai sensi dell'[articolo 34, terzo comma, del decreto del Presidente della Repubblica 29 settembre 1973, n. 601](#). Il beneficio in ogni caso non può essere complessivamente superiore ad una soglia di euro 9.360 annui, moltiplicata per il corrispondente parametro della scala di equivalenza, ridotta per il valore del reddito familiare. Il beneficio economico non può essere altresì inferiore ad euro 480 annui, fatto salvo il possesso dei requisiti di cui all'articolo 2.

5. Il Rdc decorre dal mese successivo a quello della richiesta e il suo valore mensile è pari ad un dodicesimo del valore su base annua.

6. Il Rdc è riconosciuto per il periodo durante il quale il beneficiario si trova nelle condizioni previste all'articolo 2 e, comunque, per un periodo continuativo non superiore a diciotto mesi. Il Rdc può essere rinnovato, previa sospensione dell'erogazione del medesimo per un periodo di un mese prima di ciascun rinnovo. La sospensione non opera nel caso della Pensione di cittadinanza.

7. Con decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali, di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze, da adottarsi entro sei mesi dalla data di entrata in vigore del presente decreto, sono stabilite le modalità di erogazione del Rdc suddiviso per ogni singolo componente il nucleo familiare maggiorenne, a decorrere dai termini di cui all'articolo 5, comma 6, terzo periodo. La Pensione di cittadinanza è suddivisa in parti uguali tra i componenti il nucleo familiare.

8. In caso di variazione della condizione occupazionale nelle forme dell'avvio di un'attività di lavoro dipendente da parte di uno o più componenti il nucleo familiare nel corso dell'erogazione del Rdc, il maggior reddito da lavoro concorre alla determinazione del beneficio economico nella misura dell'80 per cento, a decorrere dal mese successivo a quello della variazione e fino a quando il maggior reddito non è ordinariamente recepito nell'ISEE per l'intera annualità. Il reddito da lavoro dipendente è desunto dalle comunicazioni obbligatorie, di cui all'[articolo 9-bis del decreto-legge 1 ottobre 1996, n. 510](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 28 novembre 1996, n. 608](#), che, conseguentemente, a decorrere dal mese di aprile 2019 devono contenere l'informazione relativa alla retribuzione o al compenso. L'avvio dell'attività di lavoro dipendente è comunque comunicato dal lavoratore all'INPS per il tramite della Piattaforma digitale per il Patto per il lavoro di cui all'articolo 6, comma 2, a pena di decadenza dal beneficio, entro trenta giorni dall'inizio dell'attività, ovvero di persona presso i centri per l'impiego.

9. In caso di variazione della condizione occupazionale nelle forme dell'avvio di un'attività d'impresa o di lavoro autonomo, svolta sia in forma individuale che di partecipazione, da parte di uno o più componenti il nucleo familiare nel corso dell'erogazione del Rdc, la variazione dell'attività è comunicata all'INPS entro trenta giorni dall'inizio della stessa a pena di decadenza dal beneficio, per il tramite della Piattaforma digitale per il Patto per il lavoro di cui all'articolo 6, comma 2, ovvero di persona presso i centri per l'impiego. Il reddito è individuato secondo il principio di cassa come differenza tra i ricavi e i compensi percepiti e le spese sostenute nell'esercizio dell'attività ed è comunicato entro il quindicesimo giorno successivo al termine di ciascun trimestre dell'anno. A titolo di incentivo, il beneficiario fruisce senza variazioni del Rdc per le due mensilità successive a quella di variazione della condizione occupazionale, ferma restando la durata di cui al comma 6. Il beneficio è successivamente aggiornato ogni trimestre avendo a riferimento il trimestre precedente.

10. Le medesime previsioni di cui ai commi 8 e 9 si applicano nel caso di redditi da lavoro non rilevati per l'intera annualità nell'ISEE in corso di validità utilizzato per l'accesso al beneficio. In tal caso, i redditi di cui ai commi 8 e 9 sono comunicati e resi disponibili all'atto della richiesta del beneficio secondo modalità definite nel provvedimento di cui all'articolo 5, comma 1.

11. E' fatto obbligo al beneficiario di comunicare all'en-te erogatore, nel termine di quindici giorni, ogni variazione patrimoniale che comporti la perdita dei requisiti di cui all'articolo 2, comma 1, lettere b) e c).

12. In caso di variazione del nucleo familiare in corso di fruizione del beneficio, fermi restando il mantenimento dei requisiti e la presentazione di una DSU aggiornata entro due mesi dalla variazione, a pena di decadenza dal beneficio nel caso in cui la variazione produca una riduzione del beneficio medesimo, i limiti temporali di cui al comma 6 si applicano al nucleo familiare modificato, ovvero a ciascun nucleo familiare formatosi a seguito della variazione. Con la sola eccezione delle variazioni consistenti in decessi e nascite, la prestazione decade d'ufficio dal mese successivo a quello della presentazione della dichiarazione a fini ISEE aggiornata, contestualmente alla quale i nuclei possono comunque presentare una nuova domanda di Rdc.

13. Nel caso in cui il nucleo familiare beneficiario abbia tra i suoi componenti soggetti che si trovano in stato detentivo, ovvero sono ricoverati in istituti di cura di lunga degenza o altre strutture residenziali a totale carico dello Stato o di altra amministrazione pubblica, il parametro della scala di equivalenza di cui al comma 1, lettera a), non tiene conto di tali soggetti.

14. Nell'ipotesi di interruzione della fruizione del beneficio per ragioni diverse dall'applicazione di sanzioni, il beneficio può essere richiesto nuovamente per una durata complessiva non superiore al periodo residuo non goduto. Nel caso l'interruzione sia motivata dal maggior reddito

derivato da una modificata condizione occupazionale e sia decorso almeno un anno nella nuova condizione, l'eventuale successiva richiesta del beneficio equivale a prima richiesta.

15. Il beneficio è ordinariamente fruito entro il mese successivo a quello di erogazione. A decorrere dal mese successivo alla data di entrata in vigore del decreto di cui al presente comma, l'ammontare di beneficio non speso ovvero non prelevato, ad eccezione di arretrati, è sottratto, nei limiti del 20 per cento del beneficio erogato, nella mensilità successiva a quella in cui il beneficio non è stato interamente speso. Con verifica in ciascun semestre di erogazione, è comunque decurtato dalla disponibilità della Carta Rdc di cui all'articolo 5, comma 6, l'ammontare complessivo non speso ovvero non prelevato nel semestre, fatta eccezione per una mensilità di beneficio riconosciuto. Con decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali, di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze, da adottarsi entro tre mesi dalla data di entrata in vigore del presente decreto, sono stabilite le modalità con cui, mediante il monitoraggio delle spese effettuate sulla Carta Rdc, si verifica la fruizione del beneficio secondo quanto previsto al presente comma, le possibili eccezioni, nonché le altre modalità attuative.

---

---

#### **Art. 4.** *Patto per il lavoro e Patto per l'inclusione sociale*

1. L'erogazione del beneficio è condizionata alla dichiarazione di immediata disponibilità al lavoro da parte dei componenti il nucleo familiare maggiorenni, nelle modalità di cui al presente articolo, nonché all'adesione ad un percorso personalizzato di accompagnamento all'inserimento lavorativo e all'inclusione sociale che prevede attività al servizio della comunità, di riqualificazione professionale, di completamento degli studi, nonché altri impegni individuati dai servizi competenti finalizzati all'inserimento nel mercato del lavoro e all'inclusione sociale.

2. Sono tenuti agli obblighi di cui al presente articolo tutti i componenti il nucleo familiare che siano maggiorenni, non già occupati e non frequentanti un regolare corso di studi o di formazione. Sono esclusi dai medesimi obblighi i beneficiari della Pensione di cittadinanza ovvero i beneficiari del Rdc titolari di pensione diretta o comunque di età pari o superiore a 65 anni, nonché i componenti con disabilità, come definita ai sensi della [legge 12 marzo 1999, n. 68](#), fatta salva ogni iniziativa di collocamento mirato e i conseguenti obblighi ai sensi della medesima disciplina.

3. Possono altresì essere esonerati dagli obblighi connessi alla fruizione del Rdc, i componenti con carichi di cura, valutati con riferimento alla presenza di soggetti minori di tre anni di età ovvero di componenti il nucleo familiare con disabilità grave o non autosufficienza, come definiti a

fini ISEE. Al fine di assicurare omogeneità di trattamento, sono definiti, con accordo in sede di Conferenza Unificata, principi e criteri generali da adottarsi da parte dei servizi competenti in sede di valutazione degli esoneri di cui al presente comma. I componenti con i predetti carichi di cura sono comunque esclusi dagli obblighi di cui al comma 15.

4. Il richiedente e i componenti il nucleo riconosciuti beneficiari del Rdc e non esclusi dagli obblighi connessi alla fruizione del beneficio ai sensi del comma 2 sono tenuti a rendere dichiarazione di immediata disponibilità al lavoro di persona tramite l'apposita piattaforma digitale di cui all'articolo 6, comma 2, anche per il tramite degli istituti di patronato convenzionati, ovvero presso i centri per l'impiego, entro trenta giorni dal riconoscimento del beneficio.

5. Il richiedente, entro trenta giorni dal riconoscimento del beneficio, è convocato dai centri per l'impiego nel caso in cui appartenga a un nucleo familiare in cui vi sia almeno un componente, tra quelli tenuti agli obblighi di cui al comma 2, in possesso di uno o più dei seguenti requisiti al momento della richiesta del Rdc:

- a) assenza di occupazione da non più di due anni;
- b) età inferiore a 26 anni;
- c) essere beneficiario della NASpI ovvero di altro ammortizzatore sociale per la disoccupazione involontaria o averne terminato la fruizione da non più di un anno;
- d) aver sottoscritto negli ultimi due anni un Patto di servizio in corso di validità presso i centri per l'impiego ai sensi dell'[articolo 20 del decreto legislativo 14 settembre 2015, n. 150](#).

6. Qualora il richiedente non abbia già presentato la dichiarazione di immediata disponibilità, di cui al comma 4, la rende all'atto del primo incontro presso il centro per l'impiego. In tal sede sono individuati eventuali altri componenti esonerati dagli obblighi ai sensi del comma 3, fatta salva la valutazione di bisogni sociali o socio-sanitari connessi ai compiti di cura. Nel caso in cui il richiedente sia in una delle condizioni di esclusione o esonero dagli obblighi, di cui ai commi 2 e 3, comunica tale condizione al centro per l'impiego e contestualmente individua un componente del nucleo tra quelli che non si trovino in una delle condizioni di esclusione o esonero perché si rechi al primo incontro presso il centro per l'impiego medesimo. In ogni caso, entro i trenta giorni successivi al primo incontro presso il centro per l'impiego, la dichiarazione di immediata disponibilità è resa da tutti gli altri componenti che non si trovino in una delle condizioni di esclusione o esonero dagli obblighi, di cui ai commi 2 e 3.

7. I beneficiari di cui ai commi 5 e 6, non esclusi o esonerati dagli obblighi, stipulano presso i centri per l'impiego ovvero, laddove previsto da leggi regionali, presso i soggetti accreditati ai sensi dell'[articolo 12 del decreto legislativo n. 150 del 2015](#), un Patto per il lavoro, che assume le caratteristiche del patto di servizio personalizzato di cui all'[articolo 20 del medesimo decreto legislativo n. 150 del 2015](#), integrate con le condizioni

di cui al comma 8, lettera b). Ai fini del Rdc e ad ogni altro fine, il patto di servizio assume la denominazione di Patto per il lavoro. Con decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali, sentito l'ANPAL, e previa intesa in sede di Conferenza permanente per i rapporti tra lo Stato, le Regioni e le Province autonome di Trento e Bolzano, sono definiti appositi indirizzi e modelli nazionali per la redazione del Patto per il lavoro, anche in esito al primo periodo di applicazione del Rdc.

8. I beneficiari di cui al comma 7 sono tenuti a:

a) collaborare con l'operatore addetto alla redazione del bilancio delle competenze, ai fini della definizione del Patto per il lavoro;

b) accettare espressamente gli obblighi e rispettare gli impegni previsti nel Patto per il lavoro e, in particolare:

1) registrarsi sull'apposita piattaforma digitale di cui all'articolo 6, comma 1, e consultarla quotidianamente quale supporto nella ricerca del lavoro;

2) svolgere ricerca attiva del lavoro, secondo le modalità definite nel Patto per il lavoro, che, comunque, individua il diario delle attività che devono essere svolte settimanalmente;

3) accettare di essere avviato ai corsi di formazione o riqualificazione professionale, ovvero progetti per favorire l'auto-imprenditorialità, secondo le modalità individuate nel Patto per il lavoro, tenuto conto del bilancio delle competenze, delle inclinazioni professionali o di eventuali specifiche propensioni;

4) sostenere i colloqui psicoattitudinali e le eventuali prove di selezione finalizzate all'assunzione, su indicazione dei servizi competenti e in attinenza alle competenze certificate;

5) accettare almeno una di tre offerte di lavoro congrue, ai sensi dell'[articolo 25 del decreto legislativo n. 150 del 2015](#), come integrato al comma 9; in caso di rinnovo del beneficio ai sensi dell'articolo 3, comma 6, deve essere accettata, a pena di decadenza dal beneficio, la prima offerta utile di lavoro congrua ai sensi del comma 9.

9. La congruità dell'offerta di lavoro di cui al comma 8 è definita anche con riferimento alla durata di fruizione del beneficio del Rdc e al numero di offerte rifiutate. In particolare, è definita congrua un'offerta dalle caratteristiche seguenti:

a) nei primi dodici mesi di fruizione del beneficio, è congrua un'offerta entro cento chilometri di distanza dalla residenza del beneficiario o comunque raggiungibile in cento minuti con i mezzi di trasporto pubblici, se si tratta di prima offerta, ovvero entro duecentocinquanta chilometri di distanza se si tratta di seconda offerta, ovvero, fermo quanto previsto alla lettera d), ovunque collocata nel territorio italiano se si tratta di terza offerta;

b) decorsi dodici mesi di fruizione del beneficio, è congrua un'offerta entro duecentocinquanta chilometri di distanza dalla residenza del beneficiario nel caso si tratti di prima o seconda offerta, ovvero, fermo quanto previsto alla lettera d), ovunque collocata nel territorio italiano se si tratta di terza offerta;



c) in caso di rinnovo del beneficio ai sensi dell'articolo 3, comma 6, fermo quanto previsto alla lettera d), è congrua un'offerta ovunque sia collocata nel territorio italiano anche nel caso si tratti di prima offerta;

d) esclusivamente nel caso in cui nel nucleo familiare siano presenti componenti con disabilità, come definita a fini ISEE, non operano le previsioni di cui alla lettera c) e in deroga alle previsioni di cui alle lettere a) e b), con esclusivo riferimento alla terza offerta, indipendentemente dal periodo di fruizione del beneficio, l'offerta è congrua se non eccede la distanza di duecentocinquanta chilometri dalla residenza del beneficiario.

10. Nel caso in cui sia accettata una offerta collocata oltre duecentocinquanta chilometri di distanza dalla residenza del beneficiario, il medesimo continua a percepire il beneficio economico del Rdc, a titolo di compensazione per le spese di trasferimento sostenute, per i successivi tre mesi dall'inizio del nuovo impiego, incrementati a dodici mesi nel caso siano presenti componenti di minore età ovvero componenti con disabilità, come definita a fini ISEE.

11. Il richiedente in condizioni diverse da quelle di cui al comma 5, entro trenta giorni dal riconoscimento del beneficio, è convocato dai servizi competenti per il contrasto alla povertà dei comuni. Agli interventi connessi al Rdc, incluso il percorso di accompagnamento all'inserimento lavorativo, il richiedente e il suo nucleo familiare accedono previa valutazione multidimensionale finalizzata ad identificare i bisogni del nucleo familiare, ai sensi dell'[articolo 5 del decreto legislativo n. 147 del 2017](#).

12. Nel caso in cui, in esito alla valutazione preliminare, i bisogni del nucleo familiare e dei suoi componenti siano prevalentemente connessi alla situazione lavorativa, i servizi competenti sono comunque individuati presso i centri per l'impiego e i beneficiari sottoscrivono il Patto per il lavoro, entro i successivi trenta giorni. Nel caso in cui il bisogno sia complesso e multidimensionale, i beneficiari sottoscrivono un Patto per l'inclusione sociale e i servizi si coordinano in maniera da fornire risposte unitarie nel Patto, con il coinvolgimento, oltre ai centri per l'impiego e ai servizi sociali, degli altri servizi territoriali di cui si rilevi in sede di valutazione preliminare la competenza.

13. Il Patto per l'inclusione sociale, ove non diversamente specificato, assume le caratteristiche del progetto personalizzato di cui all'[articolo 6 del decreto legislativo n. 147 del 2017](#) e, conseguentemente, ai fini del Rdc e ad ogni altro fine, il progetto personalizzato medesimo ne assume la denominazione. Nel Patto per l'inclusione sociale sono inclusi, oltre agli interventi per l'accompagnamento all'inserimento lavorativo, ove opportuni e fermo restando gli obblighi di cui al comma 8, gli interventi e i servizi sociali di contrasto alla povertà di cui all'[articolo 7 del decreto legislativo n. 147 del 2017](#), che, conseguentemente, si intendono riferiti al Rdc. Gli interventi e i servizi sociali di contrasto alla povertà sono comunque attivati, ove opportuni e richiesti, anche in favore dei beneficiari che sottoscrivono il Patto per il lavoro.

14. Il Patto per il lavoro e il Patto per l'inclusione sociale e i sostegni in essi previsti, nonché la valutazione multidimensionale che eventualmente li precede, costituiscono livelli essenziali delle prestazioni, nei limiti delle risorse disponibili a legislazione vigente.

15. In coerenza con il profilo professionale del beneficiario, con le competenze acquisite in ambito formale, non formale e informale, nonché in base agli interessi e alle propensioni emerse nel corso del colloquio sostenuto presso il centro per l'impiego ovvero presso i servizi dei comuni, il beneficiario è tenuto ad offrire nell'ambito del Patto per il lavoro e del Patto per l'inclusione sociale la propria disponibilità per la partecipazione a progetti a titolarità dei comuni, utili alla collettività, in ambito culturale, sociale, artistico, ambientale, formativo e di tutela dei beni comuni, da svolgere presso il medesimo comune di residenza, mettendo a disposizione un numero di ore compatibile con le altre attività del beneficiario e comunque non superiore al numero di otto ore settimanali. La partecipazione ai progetti è facoltativa per le persone non tenute agli obblighi connessi al Rdc. I comuni, entro sei mesi dalla data di entrata in vigore del presente decreto, predispongono le procedure amministrative utili per l'istituzione dei progetti di cui al presente comma e comunicano le informazioni sui progetti ad una apposita sezione della piattaforma dedicata al programma del Rdc del Ministero del lavoro e delle politiche sociali, di cui all'articolo 6, comma 1. L'esecuzione delle attività e l'assolvimento degli obblighi del beneficiario di cui al presente comma sono subordinati all'attivazione dei progetti. L'avvenuto assolvimento di tali obblighi viene attestato dai comuni, tramite l'aggiornamento della piattaforma dedicata.

---

#### **Art. 5.** *Richiesta, riconoscimento ed erogazione del beneficio*

1. Il Rdc è richiesto, dopo il quinto giorno di ciascun mese, presso il gestore del servizio integrato di cui all'[articolo 81, comma 35, lettera b\), del decreto-legge 25 giugno 2008 n. 112](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 6 agosto 2008, n. 133](#). Il Rdc può anche essere richiesto mediante modalità telematiche, alle medesime condizioni stabilite in esecuzione del servizio affidato. Le richieste del Rdc possono essere presentate presso i centri di assistenza fiscale di cui all'[articolo 32 del decreto legislativo 9 luglio 1997, n. 241](#), previa stipula di una convenzione con l'Istituto nazionale della previdenza sociale (INPS). Con provvedimento dell'INPS, sentito il Ministero del lavoro e delle politiche sociali, entro trenta giorni dalla data di entrata in vigore del presente decreto, è approvato il modulo di domanda, nonché il modello di comunicazione dei redditi di cui all'articolo 3, commi 8, ultimo periodo, 9 e 10. Con riferimento alle informazioni già dichiarate dal nucleo familiare a fini ISEE, il modulo di domanda rimanda alla corrispondente DSU, a cui la domanda è successivamente associata dall'INPS. Le informazioni



contenute nella domanda del Rdc sono comunicate all'INPS entro dieci giorni lavorativi dalla richiesta.

2. Con decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali possono essere individuate modalità di presentazione della richiesta del Rdc anche contestualmente alla presentazione della DSU a fini ISEE e in forma integrata, tenuto conto delle semplificazioni conseguenti all'avvio della precompilazione della DSU medesima, ai sensi dell'[articolo 10 del decreto legislativo n. 147 del 2017](#). L'INPS è autorizzato ad inviare comunicazioni informative mirate sul Rdc ai nuclei familiari che, a seguito dell'attestazione dell'ISEE, presentino valori dell'indicatore o di sue componenti compatibili con quelli di cui all'articolo 2, comma 1, lettera b).

3. Il Rdc è riconosciuto dall'INPS ove ricorrano le condizioni. Ai fini del riconoscimento del beneficio, l'INPS verifica, entro cinque giorni lavorativi dalla data di comunicazione di cui al comma 1, il possesso dei requisiti per l'accesso al Rdc sulla base delle informazioni disponibili nei propri archivi e in quelli delle amministrazioni collegate. A tal fine l'INPS acquisisce, senza nuovi o maggiori oneri per la finanza pubblica, dall'Anagrafe tributaria, dal Pubblico registro automobilistico e dalle altre amministrazioni pubbliche detentrici dei dati, le informazioni rilevanti ai fini della concessione del Rdc. In ogni caso il riconoscimento da parte dell'INPS avviene entro la fine del mese successivo alla trasmissione della domanda all'Istituto.

4. Nelle more del completamento dell'Anagrafe nazionale della popolazione residente, resta in capo ai comuni la verifica dei requisiti di residenza e di soggiorno, di cui all'articolo 2, comma 1, lettera a). L'esito delle verifiche è comunicato all'INPS per il tramite della piattaforma di cui all'articolo 6, comma 1, finalizzata al coordinamento dei comuni. L'Anagrafe nazionale di cui al primo periodo mette comunque a disposizione della medesima piattaforma le informazioni disponibili sui beneficiari del Rdc, senza nuovi o maggiori oneri per la finanza pubblica.

5. I requisiti economici di accesso al Rdc, di cui all'articolo 2, comma 1, lettera b), si considerano posseduti per la durata della attestazione ISEE in vigore al momento di presentazione della domanda e sono verificati nuovamente solo in caso di presentazione di nuova DSU, ferma restando la necessità di aggiornare l'ISEE alla scadenza del periodo di validità dell'indicatore. Gli altri requisiti si considerano posseduti sino a quando non intervenga comunicazione contraria da parte delle amministrazioni competenti alla verifica degli stessi. In tal caso, l'erogazione del beneficio è interrotta a decorrere dal mese successivo a tale comunicazione ed è disposta la revoca del beneficio, fatto salvo quanto previsto all'articolo 7. Resta salva, in capo all'INPS, la verifica dei requisiti autocertificati in domanda, ai sensi dell'[articolo 71 del decreto del Presidente della Repubblica 28 dicembre 2000, n. 445](#).

6. Il beneficio economico è erogato attraverso la Carta Rdc. In sede di prima applicazione e fino alla scadenza del termine contrattuale, l'emissione della Carta Rdc avviene in esecuzione del servizio affidato ai

sensi dell'[articolo 81, comma 35, lettera b\), del decreto-legge n. 112 del 2008](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge n. 133 del 2008](#), relativamente alla carta acquisti, alle medesime condizioni economiche e per il numero di carte elettroniche necessarie per l'erogazione del beneficio. In sede di nuovo affidamento del servizio di gestione, il numero di carte deve comunque essere tale da garantire l'erogazione del beneficio suddivisa per ogni singolo componente ai sensi dell'articolo 3, comma 7. Oltre che al soddisfacimento delle esigenze previste per la carta acquisti, la Carta Rdc permette di effettuare prelievi di contante entro un limite mensile non superiore ad euro 100 per un singolo individuo, moltiplicato per la scala di equivalenza di cui all'articolo 2, comma 4, nonché, nel caso di integrazioni di cui all'articolo 3, comma 1, lettera b), ovvero di cui all'articolo 3, comma 3, di effettuare un bonifico mensile in favore del locatore indicato nel contratto di locazione ovvero dell'intermediario che ha concesso il mutuo. Con decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali, di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze, possono essere individuati ulteriori esigenze da soddisfare attraverso la Carta Rdc, nonché diversi limiti di importo per i prelievi di contante. Al fine di contrastare fenomeni di ludopatia, è in ogni caso fatto divieto di utilizzo del beneficio economico per giochi che prevedono vincite in denaro o altre utilità. Le movimentazioni sulla Carta Rdc sono messe a disposizione delle piattaforme digitali di cui all'articolo 6, comma 1, per il tramite del Ministero dell'economia e delle finanze in quanto soggetto emittente. La consegna della Carta Rdc presso gli uffici del gestore del servizio integrato avviene esclusivamente dopo il quinto giorno di ciascun mese.

7. Ai beneficiari del Rdc sono estese le agevolazioni relative alle tariffe elettriche riconosciute alle famiglie economicamente svantaggiate, di cui all'[articolo 1, comma 375, della legge 23 dicembre 2005, n. 266](#), e quelle relative alla compensazione per la fornitura di gas naturale, estese ai medesimi soggetti dall'[articolo 3, comma 9, del decreto-legge 29 novembre 2008, n. 185](#), convertito, con modificazioni dalla [legge 28 gennaio 2009, n. 2](#).

---

#### **Art. 6. Piattaforme digitali per l'attivazione e la gestione dei Patti**

1. Al fine di consentire l'attivazione e la gestione dei Patti per il lavoro e dei Patti per l'inclusione sociale, nonché per finalità di analisi, monitoraggio, valutazione e controllo del programma del Rdc, sono istituite due apposite piattaforme digitali dedicate al Rdc, una presso l'ANPAL nell'ambito del Sistema informativo unitario delle politiche del lavoro (SIUPL) per il coordinamento dei centri per l'impiego, e l'altra presso il Ministero del lavoro e delle politiche sociali nell'ambito del Sistema informativo unitario dei servizi sociali (SIUSS), di cui all'[articolo 24 del decreto legislativo n. 147 del 2017](#), per il coordinamento dei comuni. Le piattaforme rappresentano strumenti di condivisione delle

informazioni sia tra le amministrazioni centrali e i servizi territoriali sia, nell'ambito dei servizi territoriali, tra i centri per l'impiego e i servizi sociali. A tal fine è predisposto un piano tecnico di attivazione e interoperabilità delle piattaforme da adottarsi con provvedimento congiunto dell'ANPAL e del Ministero del lavoro e delle politiche sociali.

2. All'[articolo 13, comma 2, dopo la lettera d\), del decreto legislativo n. 150 del 2015](#) è aggiunta la seguente: «d-bis) Piattaforma digitale del Reddito di cittadinanza per il Patto per il lavoro.».

3. Per le finalità di cui al comma 1, l'INPS mette a disposizione delle piattaforme di cui al comma 1 i dati identificativi dei singoli componenti i nuclei beneficiari del Rdc, le informazioni sulla condizione economica e patrimoniale, come risultanti dalla DSU in corso di validità, le informazioni sull'ammontare del beneficio economico e sulle altre prestazioni sociali erogate dall'Istituto ai componenti il nucleo familiare e ogni altra informazione relativa ai beneficiari del Rdc funzionale alla attuazione della misura, incluse quelle di cui all'articolo 4, comma 5, e altre utili alla profilazione occupazionale. Le piattaforme presso l'ANPAL e presso il Ministero del lavoro e delle politiche sociali condividono, rispettivamente, con i centri per l'impiego e con i comuni, le informazioni di cui al presente comma relativamente ai beneficiari del Rdc residenti nei territori di competenza.

4. Le piattaforme di cui al comma 1 costituiscono il portale delle comunicazioni dai centri per l'impiego, dai soggetti accreditati di cui all'[articolo 12 del decreto legislativo n. 150 del 2015](#), e dai comuni all'ANPAL e al Ministero del lavoro e delle politiche sociali e, per il loro tramite, all'INPS. In particolare, sono comunicati dai servizi competenti alle piattaforme del Rdc:

a) le disponibilità degli uffici per la creazione di una agenda degli appuntamenti in sede di riconoscimento del beneficio, compatibile con i termini di cui all'articolo 4, commi 5 e 11;

b) l'avvenuta o la mancata sottoscrizione del Patto per il lavoro o del Patto per l'inclusione sociale, entro cinque giorni dalla medesima;

c) le informazioni sui fatti suscettibili di dar luogo a sanzioni, entro cinque giorni dal momento in cui si verificano, per essere messe a disposizione dell'INPS che le irroga;

d) l'esito delle verifiche da parte dei comuni sui requisiti di residenza e di soggiorno, di cui all'articolo 5, comma 4, per essere messe a disposizione dell'INPS ai fini della verifica dell'eleggibilità;

e) l'attivazione dei progetti per la collettività da parte dei comuni ai sensi dell'articolo 4, comma 15;

f) ogni altra informazione utile a monitorare l'attuazione dei Patti per il lavoro e dei Patti per l'inclusione sociale, anche ai fini di verifica e controllo del rispetto dei livelli essenziali delle prestazioni di cui all'articolo 4, comma 14.

5. Le piattaforme di cui al comma 1 rappresentano altresì uno strumento utile al coordinamento dei servizi a livello territoriale. In particolare, le

piattaforme dialogano tra di loro al fine di svolgere le funzioni di seguito indicate:

a) comunicazione da parte dei servizi competenti dei comuni ai centri per l'impiego, in esito alla valutazione preliminare, dei beneficiari per i quali i bisogni del nucleo familiare e dei suoi componenti siano risultati prevalentemente connessi alla situazione lavorativa, al fine di consentire nei termini previsti dall'articolo 4, comma 12, la sottoscrizione dei Patti per il lavoro;

b) condivisione tra i comuni e i centri per l'impiego delle informazioni sui progetti per la collettività attivati ai sensi dell'articolo 4, comma 15, nonché quelle sui beneficiari del Rdc coinvolti;

c) coordinamento del lavoro tra gli operatori dei centri per l'impiego, i servizi sociali e gli altri servizi territoriali, con riferimento ai beneficiari per i quali il bisogno sia complesso e multidimensionale, al fine di consentire la sottoscrizione dei Patti per l'inclusione sociale, nelle modalità previste dall'articolo 4, comma 12;

d) condivisione delle informazioni sui Patti già sottoscritti, ove risulti necessario nel corso della fruizione del beneficio integrare o modificare i sostegni e gli impegni in relazione ad attività di competenza del centro per l'impiego ovvero del servizio sociale originariamente non incluso nei Patti medesimi.

6. I centri per l'impiego e i comuni segnalano alle piattaforme dedicate l'elenco dei beneficiari per cui sia stata osservata una qualsiasi anomalia nei consumi e nei comportamenti dai quali si possa dedurre una eventuale non veridicità dei requisiti economici, reddituali e patrimoniali dichiarati e la non eleggibilità al beneficio. L'elenco di cui al presente comma è comunicato dall'amministrazione responsabile della piattaforma cui è pervenuta la comunicazione all'Agenzia delle entrate e alla Guardia di finanza che ne tengono conto nella programmazione ordinaria dell'attività di controllo. Per le suddette finalità ispettive, l'Agenzia delle entrate e la Guardia di finanza accedono, senza nuovi o maggiori oneri per la finanza pubblica, al SIUSS.

7. Le attività di cui al presente articolo sono svolte dall'INPS, dal Ministero del lavoro e delle politiche sociali, dall'ANPAL, dai centri per l'impiego, dai comuni e dalle altre amministrazioni interessate nell'ambito delle risorse umane, strumentali e finanziarie disponibili a legislazione vigente, come integrate dall'articolo 12 del presente decreto, senza nuovi o maggiori oneri per la finanza pubblica. Con riferimento alle attività dei comuni di cui al presente articolo, strumentali al soddisfacimento dei livelli essenziali di cui all'articolo 4, comma 14, gli eventuali oneri sono a valere sul Fondo per la lotta alla povertà e alla esclusione sociale di cui all'[articolo 1, comma 386, della legge 28 dicembre 2015, n. 208](#).

8. Al fine di attuare il Rdc anche attraverso appropriati strumenti e piattaforme informatiche che aumentino l'efficienza del programma e l'allocazione del lavoro, il Ministero del lavoro e delle politiche sociali può avvalersi di enti controllati o vigilati da parte di amministrazioni dello

Stato o di società in house, previa convenzione approvata con decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali.

---

---

### **Art. 7. Sanzioni**

1. Salvo che il fatto costituisca più grave reato, chiunque, al fine di ottenere indebitamente il beneficio di cui all'articolo 3, rende o utilizza dichiarazioni o documenti falsi o attestanti cose non vere, ovvero omette informazioni dovute, è punito con la reclusione da due a sei anni.

2. L'omessa comunicazione delle variazioni del reddito o del patrimonio, anche se provenienti da attività irregolari, nonché di altre informazioni dovute e rilevanti ai fini della revoca o della riduzione del beneficio entro i termini di cui all'articolo 3, commi 8, ultimo periodo, 9 e 11, è punita con la reclusione da uno a tre anni.

3. Alla condanna in via definitiva per i reati di cui ai commi 1 e 2 e per quello previsto dall'articolo 640-bis del codice penale, nonché alla sentenza di applicazione della pena su richiesta delle parti per gli stessi reati, consegue di diritto l'immediata revoca del beneficio con efficacia retroattiva e il beneficiario è tenuto alla restituzione di quanto indebitamente percepito. La revoca è disposta dall'INPS ai sensi del comma 10. Il beneficio non può essere nuovamente richiesto prima che siano decorsi dieci anni dalla condanna.

4. Fermo quanto previsto dal comma 3, quando l'amministrazione erogante accerta la non corrispondenza al vero delle dichiarazioni e delle informazioni poste a fondamento dell'istanza ovvero l'omessa successiva comunicazione di qualsiasi intervenuta variazione del reddito, del patrimonio e della composizione del nucleo familiare dell'istante, la stessa amministrazione dispone l'immediata revoca del beneficio con efficacia retroattiva. A seguito della revoca, il beneficiario è tenuto alla restituzione di quanto indebitamente percepito.

5. E' disposta la decadenza dal Rdc, altresì, quando uno dei componenti il nucleo familiare:

a) non effettua la dichiarazione di immediata disponibilità al lavoro, di cui all'articolo 4, commi 4 e 6, ad eccezione dei casi di esclusione ed esonero;

b) non sottoscrive il Patto per il lavoro ovvero il Patto per l'inclusione sociale, di cui all'articolo 4, commi 7 e 12, ad eccezione dei casi di esclusione ed esonero;

c) non partecipa, in assenza di giustificato motivo, alle iniziative di carattere formativo o di riqualificazione o ad altra iniziativa di politica attiva o di attivazione, di cui all'[articolo 20, comma 3, lettera b\), del](#)

[decreto legislativo n. 150 del 2015](#) e all'articolo 9, comma 3, lettera e), del presente decreto;

d) non aderisce ai progetti di cui all'articolo 4, comma 15, nel caso in cui il comune di residenza li abbia istituiti;

e) non accetta almeno una di tre offerte congrue ai sensi dell'articolo 4, comma 8, lettera b), numero 5), ovvero, in caso di rinnovo ai sensi dell'articolo 3, comma 6, non accetta la prima offerta congrua utile;

f) non effettua le comunicazioni di cui all'articolo 3, comma 9, ovvero effettua comunicazioni mendaci producendo un beneficio economico del Rdc maggiore;

g) non presenta una DSU aggiornata in caso di variazione del nucleo familiare ai sensi dell'articolo 3, comma 12;

h) venga trovato, nel corso delle attività ispettive svolte dalle competenti autorità, intento a svolgere attività di lavoro dipendente in assenza delle comunicazioni obbligatorie di cui all'[articolo 9-bis del decreto-legge 1 ottobre 1996, n. 510](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 28 novembre 1996, n. 608](#), ovvero attività di lavoro autonomo o di impresa, in assenza delle comunicazioni di cui all'articolo 3, comma 9.

6. La decadenza dal beneficio è inoltre disposta nel caso in cui il nucleo familiare abbia percepito il beneficio economico del Rdc in misura maggiore rispetto a quanto gli sarebbe spettato, per effetto di dichiarazione mendace in sede di DSU o di altra dichiarazione nell'ambito della procedura di richiesta del beneficio, ovvero per effetto dell'omessa presentazione delle prescritte comunicazioni, ivi comprese le comunicazioni di cui all'articolo 3, comma 10, fermo restando il recupero di quanto versato in eccesso.

7. In caso di mancata presentazione, in assenza di giustificato motivo, alle convocazioni di cui all'articolo 4, commi 5 e 11, da parte anche di un solo componente il nucleo familiare, si applicano le seguenti sanzioni:

a) la decurtazione di una mensilità del beneficio economico in caso di prima mancata presentazione;

b) la decurtazione di due mensilità alla seconda mancata presentazione;

c) la decadenza dalla prestazione, in caso di ulteriore mancata presentazione.

8. Nel caso di mancata partecipazione, in assenza di giustificato motivo, alle iniziative di orientamento di cui all'[articolo 20, comma 3, lettera a\), del decreto legislativo n. 150 del 2015](#), da parte anche di un solo componente il nucleo familiare, si applicano le seguenti sanzioni:

a) la decurtazione di due mensilità, in caso di prima mancata presentazione;

b) la decadenza dalla prestazione in caso di ulteriore mancata presentazione.

9. In caso di mancato rispetto degli impegni previsti nel Patto per l'inclusione sociale relativi alla frequenza dei corsi di istruzione o di



formazione da parte di un componente minorenni ovvero impegni di prevenzione e cura volti alla tutela della salute, individuati da professionisti sanitari, si applicano le seguenti sanzioni:

- a) la decurtazione di due mensilità dopo un primo richiamo formale al rispetto degli impegni;
- b) la decurtazione di tre mensilità al secondo richiamo formale;
- c) la decurtazione di sei mensilità al terzo richiamo formale;
- d) la decadenza dal beneficio in caso di ulteriore richiamo.

10. L'irrogazione delle sanzioni diverse da quelle penali e il recupero dell'indebito, di cui al presente articolo, è effettuato dall'INPS. Gli indebiti recuperati nelle modalità di cui all'[articolo 38, comma 3, del decreto-legge n. 78 del 2010](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge n. 122 del 2010](#), al netto delle spese di recupero, sono riversate dall'INPS all'entrata del bilancio dello Stato per essere riassegnate al Fondo per il Reddito di Cittadinanza. L'INPS dispone altresì, ove prevista la decadenza dal beneficio, la disattivazione della Carta Rdc.

11. In tutti i casi diversi da quelli di cui al comma 3, il Rdc può essere richiesto dal richiedente ovvero da altro componente il nucleo familiare solo decorsi diciotto mesi dalla data del provvedimento di revoca o di decadenza, ovvero, nel caso facciano parte del nucleo familiare componenti minorenni o con disabilità, come definita a fini ISEE, decorsi sei mesi dalla medesima data.

12. I centri per l'impiego e i comuni comunicano alle piattaforme di cui all'articolo 6, al fine della messa a disposizione dell'INPS, le informazioni sui fatti suscettibili di dar luogo alle sanzioni di cui al presente articolo, ivi compresi i casi di cui all'articolo 9, comma 3, lettera e), entro e non oltre cinque giorni lavorativi dal verificarsi dell'evento da sanzionare. L'INPS, per il tramite delle piattaforme di cui all'articolo 6, mette a disposizione dei centri per l'impiego e dei comuni gli eventuali conseguenti provvedimenti di decadenza dal beneficio.

13. La mancata comunicazione dei fatti suscettibili di dar luogo alle sanzioni di decurtazione o decadenza della prestazione determina responsabilità disciplinare e contabile del soggetto responsabile, ai sensi dell'[articolo 1 della legge 14 gennaio 1994, n. 20](#).

14. Nei casi di dichiarazioni mendaci e di conseguente accertato illegittimo godimento del Rdc, i centri per l'impiego, i comuni, l'INPS, l'Agenzia delle entrate, l'Ispettorato nazionale del lavoro (INL), preposti ai controlli e alle verifiche, trasmettono, entro dieci giorni dall'accertamento, all'autorità giudiziaria la documentazione completa del fascicolo oggetto della verifica.

15. I comuni sono responsabili delle verifiche e dei controlli anagrafici, attraverso l'incrocio delle informazioni dichiarate ai fini ISEE con quelle disponibili presso gli uffici anagrafici e quelle raccolte dai servizi sociali e

ogni altra informazione utile per individuare omissioni nelle dichiarazioni o dichiarazioni mendaci al fine del riconoscimento del Rdc.

---

### **Art. 8. Incentivi per l'impresa e per il lavoratore**

1. Al datore di lavoro che comunica alla piattaforma digitale dedicata al Rdc nell'ambito del SIUPL le disponibilità dei posti vacanti, e che su tali posti assuma a tempo pieno e indeterminato soggetti beneficiari di Rdc, anche attraverso l'attività svolta da un soggetto accreditato di cui all'[articolo 12 del decreto legislativo 14 settembre 2015, n. 150](#), è riconosciuto, ferma restando l'aliquota di computo delle prestazioni previdenziali, l'esonero dal versamento dei contributi previdenziali e assistenziali a carico del datore di lavoro e del lavoratore, con esclusione dei premi e contributi dovuti all'INAIL, nel limite dell'importo mensile del Rdc percepito dal lavoratore all'atto dell'assunzione, per un periodo pari alla differenza tra 18 mensilità e quello già goduto dal beneficiario stesso e, comunque, non superiore a 780 euro mensili e non inferiore a cinque mensilità. In caso di rinnovo ai sensi dell'articolo 3, comma 6, l'esonero è concesso nella misura fissa di 5 mensilità. L'importo massimo di beneficio mensile non può comunque eccedere l'ammontare totale dei contributi previdenziali e assistenziali a carico del datore di lavoro e del lavoratore assunto per le mensilità incentivate, con esclusione dei premi e contributi dovuti all'INAIL. Nel caso di licenziamento del beneficiario di Rdc, il datore di lavoro è tenuto alla restituzione dell'incentivo fruito maggiorato delle sanzioni civili di cui all'[articolo 116, comma 8, lettera a\), della legge 23 dicembre 2000, n. 388](#), salvo che il licenziamento avvenga per giusta causa o per giustificato motivo. Il datore di lavoro, contestualmente all'assunzione del beneficiario di Rdc stipula, presso il centro per l'impiego, ove necessario, un patto di formazione, con il quale garantisce al beneficiario un percorso formativo o di riqualificazione professionale.

2. Gli enti di formazione accreditati possono stipulare presso i centri per l'impiego e presso i soggetti accreditati di cui all'[articolo 12 del decreto legislativo n. 150 del 2015](#), laddove tale possibilità sia prevista da leggi regionali, un Patto di formazione con il quale garantiscono al beneficiario un percorso formativo o di riqualificazione professionale, anche mediante il coinvolgimento di Università ed enti pubblici di ricerca, secondo i più alti standard di qualità della formazione e sulla base di indirizzi definiti con accordo in sede di Conferenza permanente per i rapporti tra lo Stato, le regioni e le province autonome di Trento e Bolzano senza nuovi o maggiori oneri a carico della finanza pubblica, utilizzando a tal fine, le risorse umane, strumentali e finanziarie disponibili a legislazione vigente. Se in seguito a questo percorso formativo il beneficiario di Rdc ottiene un lavoro, coerente con il profilo formativo sulla base di un contratto di lavoro a tempo pieno e indeterminato, al datore di lavoro che assume, ferma restando l'aliquota di computo delle prestazioni previdenziali, è



riconosciuto l'esonero dal versamento dei contributi previdenziali e assistenziali a carico del datore di lavoro e del lavoratore, con esclusione dei premi e contributi dovuti all'INAIL, nel limite della metà dell'importo mensile del Rdc percepito dal lavoratore all'atto dell'assunzione, per un periodo pari alla differenza tra 18 mensilità e quello già goduto dal beneficiario stesso e, comunque, non superiore a 390 euro mensili e non inferiore a sei mensilità per metà dell'importo del Rdc. In caso di rinnovo ai sensi dell'articolo 3, comma 6, l'esonero è concesso nella misura fissa di sei mensilità per metà dell'importo del Rdc. L'importo massimo del beneficio mensile comunque non può eccedere l'ammontare totale dei contributi previdenziali e assistenziali a carico del datore di lavoro e del lavoratore assunto per le mensilità incentivate, con esclusione dei premi e contributi dovuti all'INAIL. La restante metà dell'importo mensile del Rdc percepito dal lavoratore all'atto dell'assunzione, per un massimo di 390 euro mensili e non inferiore a sei mensilità per metà dell'importo del Rdc, è riconosciuta all'ente di formazione accreditato che ha garantito al lavoratore assunto il predetto percorso formativo o di riqualificazione professionale, sotto forma di sgravio contributivo applicato ai contributi previdenziali e assistenziali dovuti per i propri dipendenti sulla base delle stesse regole valide per il datore di lavoro che assume il beneficiario del Rdc. Nel caso di licenziamento del beneficiario del Rdc, il datore di lavoro è tenuto alla restituzione dell'incentivo fruito maggiorato delle sanzioni civili di cui all'[articolo 116, comma 8, lettera a\), della legge 23 dicembre 2000, n. 388](#), salvo che il licenziamento avvenga per giusta causa o per giustificato motivo. Il Ministero del lavoro e delle politiche sociali, di concerto con il Ministero dell'economia e delle finanze, può stipulare convenzioni con la Guardia di finanza per le attività di controllo nei confronti dei beneficiari del Rdc e per il monitoraggio delle attività degli enti di formazione di cui al presente comma.

3. Le agevolazioni previste ai commi 1 e 2 si applicano a condizione che il datore di lavoro realizzi un incremento occupazionale netto del numero di dipendenti nel rispetto dei criteri fissati dall'[articolo 31, comma 1, lettera f\), del decreto legislativo n. 150 del 2015](#), riferiti esclusivamente ai lavoratori a tempo indeterminato. Il diritto alle predette agevolazioni è subordinato al rispetto degli ulteriori principi generali di cui all'[articolo 31 del decreto legislativo n. 150 del 2015](#).

4. Ai beneficiari del Rdc che avviano un'attività lavorativa autonoma o di impresa individuale o una società cooperativa entro i primi dodici mesi di fruizione del Rdc è riconosciuto in un'unica soluzione un beneficio addizionale pari a sei mensilità del Rdc, nei limiti di 780 euro mensili. Le modalità di richiesta e di erogazione del beneficio addizionale sono stabilite con decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali, di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze e il Ministro dello sviluppo economico.

5. Il diritto alla fruizione degli incentivi di cui al presente articolo è subordinato al rispetto delle condizioni stabilite dall'[articolo 1, comma 1175, della legge 27 dicembre 2006, n. 296](#).

6. Le agevolazioni di cui al presente articolo sono concesse ai sensi e nei limiti del [regolamento \(UE\) n. 1407/2013 della Commissione, del 18 dicembre 2013](#), relativo all'applicazione degli [articoli 107 e 108 del Trattato sul funzionamento dell'Unione europea](#) agli aiuti «de minimis», del [regolamento \(UE\) n. 1408/2013 della Commissione, del 18 dicembre 2013](#), relativo all'applicazione degli [articoli 107 e 108 del Trattato sul funzionamento dell'Unione europea](#) agli aiuti «de minimis» nel settore agricolo e del [regolamento \(UE\) n. 717/2014 della Commissione, del 27 giugno 2014](#), relativo all'applicazione degli [articoli 107 e 108 del Trattato sul funzionamento dell'Unione europea](#) agli aiuti «de minimis» nel settore della pesca e dell'acquacoltura.

7. Le agevolazioni di cui al presente articolo sono compatibili e aggiuntive rispetto a quelle stabilite dall'[articolo 1, comma 247, della legge 30 dicembre 2018, n. 145](#). Nel caso in cui il datore di lavoro abbia esaurito gli oneri contributivi in forza della predetta [legge n. 145 del 2018](#), gli sgravi contributivi di cui ai commi 1 e 2 del presente articolo, sono fruiti sotto forma di credito di imposta per il datore di lavoro. Con decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali, di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze, entro sessanta giorni dalla data di entrata in vigore del presente decreto, sono stabilite le modalità di accesso al predetto credito di imposta.

---

## **Art. 9. Assegno di ricollocazione**

1. Nella fase di prima applicazione del presente decreto, e comunque non oltre il 31 dicembre 2021, al fine di ottenere un servizio di assistenza intensiva nella ricerca del lavoro, il beneficiario del Rdc tenuto, ai sensi dell'articolo 4, comma 7, a stipulare il Patto per il lavoro con il centro per l'impiego, decorsi trenta giorni dalla data di liquidazione della prestazione, riceve dall'ANPAL l'assegno di ricollocazione (AdR) di cui all'[articolo 23 del decreto legislativo n. 150 del 2015](#), graduato in funzione del profilo personale di occupabilità, da spendere presso i centri per l'impiego o presso i soggetti accreditati ai sensi dell'[articolo 12 del medesimo decreto legislativo](#).

2. A pena di decadenza dal beneficio del Rdc, i soggetti di cui al comma 1 devono scegliere, entro trenta giorni dal riconoscimento dell'AdR, il soggetto erogatore del servizio di assistenza intensiva, prendendo appuntamento sul portale messo a disposizione dall'ANPAL, anche per il tramite dei centri per l'impiego o degli istituti di patronato convenzionati. Il servizio ha una durata di sei mesi, prorogabile di ulteriori sei mesi qualora residui parte dell'importo dell'assegno; nel caso in cui, entro trenta giorni dalla richiesta, il soggetto erogatore scelto non si sia attivato nella ricollocazione del beneficiario, quest'ultimo è tenuto a rivolgersi a un altro soggetto erogatore.

3. Il servizio di assistenza alla ricollocazione deve prevedere:

- a) l'affiancamento di un tutor al soggetto di cui al comma 1;
- b) il programma di ricerca intensiva della nuova occupazione e la relativa area, con eventuale percorso di riqualificazione professionale mirata a sbocchi occupazionali esistenti nell'area stessa;
- c) l'assunzione dell'onere del soggetto di cui al comma 1 di svolgere le attività individuate dal tutor;
- d) l'assunzione dell'onere del soggetto di cui al comma 1 di accettare l'offerta di lavoro congrua ai sensi dell'articolo 4;
- e) l'obbligo per il soggetto erogatore del servizio di comunicare al centro per l'impiego e all'ANPAL il rifiuto ingiustificato, da parte della persona interessata, di svolgere una delle attività di cui alla lettera c), o di una offerta di lavoro congrua, a norma della lettera d), al fine dell'irrogazione delle sanzioni di cui all'articolo 7;
- f) la sospensione del servizio nel caso di assunzione in prova, o a termine, con eventuale ripresa del servizio stesso dopo l'eventuale conclusione del rapporto entro il termine di sei mesi.

4. In caso di utilizzo dell'assegno di ricollocazione presso un soggetto accreditato, il SIUPL fornisce immediata comunicazione al centro per l'impiego con cui è stato stipulato il Patto per il lavoro o, nei casi di cui all'articolo 4, comma 9, a quello nel cui territorio risiede il beneficiario.

5. Le modalità operative e l'ammontare dell'assegno di ricollocazione sono definite con delibera del Consiglio di amministrazione dell'ANPAL, previa approvazione del Ministero del lavoro e delle politiche sociali, sulla base dei principi di cui all'[articolo 23, comma 7, del decreto legislativo n. 150 del 2015](#). Gli esiti della ricollocazione sono oggetto dell'attività di monitoraggio e valutazione comparativa dei soggetti erogatori del servizio, di cui all'[articolo 23, comma 8, del predetto decreto legislativo n. 150 del 2015](#).

6. Il finanziamento dell'assegno di ricollocazione è a valere sul Fondo per le politiche attive del lavoro, di cui all'[articolo 1, comma 215, della legge 27 dicembre 2013, n. 147](#). L'ANPAL provvede a monitorare l'andamento delle risorse, fornendo relazioni mensili al Ministero del lavoro e delle politiche sociali ed al Ministero dell'economia e delle finanze. Sulla base delle relazioni mensili, ed in base a previsioni statistiche effettuate tenendo conto della percentuale di successi occupazionali, l'ANPAL sospende l'erogazione di nuovi assegni quando si manifesti un rischio anche prospettico di esaurimento delle risorse.

7. Fino alla data del 31 dicembre 2021 l'erogazione dell'assegno di ricollocazione ai soggetti di cui all'[articolo 23, comma 1, del decreto legislativo 14 settembre 2015, n. 150](#), è sospesa.

**Art. 10.** *Monitoraggio del Rdc*

1. Il Ministero del lavoro e delle politiche sociali è responsabile del monitoraggio dell'attuazione del Rdc e predispone, sulla base delle informazioni rilevate sulle piattaforme di cui all'articolo 6, di quelle fornite dall'INPS e dall'ANPAL, nonché delle altre informazioni disponibili in materia, il Rapporto annuale sull'attuazione del Rdc, pubblicato sul sito internet istituzionale.
  2. Ai compiti di cui al comma 1, il Ministero del lavoro e delle politiche sociali provvede nel limite delle risorse finanziarie, umane e strumentali già previste a legislazione vigente e senza nuovi o maggiori oneri per la finanza pubblica.
- 

**Art. 11.** *Modificazioni al decreto legislativo 15 settembre 2017, n. 147*

1. A decorrere dal 1° aprile 2019, fatto salvo quanto previsto all'articolo 13, comma 1, del presente decreto, è abrogato il CAPO II del [decreto legislativo 15 settembre 2017, n. 147, ad eccezione degli articoli 5, 6, 7 e 10](#).
2. Al [decreto legislativo 15 settembre 2017, n. 147](#) sono apportate le seguenti modificazioni:
  - a) all'[articolo 5](#):
    - 1) la rubrica è sostituita dalla seguente: «Valutazione multidimensionale»;
    - 2) il comma 1 è abrogato;
    - 3) al comma 2, le parole: «Agli interventi di cui al presente decreto» sono sostituite dalle seguenti: «Agli interventi di cui al Patto per l'inclusione sociale per i beneficiari del Reddito di cittadinanza (Rdc)»;
    - 4) al comma 3, le parole: «, rivolta a tutti i nuclei beneficiari del ReI,» sono soppresse;
    - 5) al comma 4, primo periodo, le parole «In caso di esito positivo delle verifiche sul possesso dei requisiti, ai sensi dell'articolo 9, commi 3 e 4, è programmata l'analisi preliminare, entro il termine di venticinque giorni lavorativi dalla richiesta del ReI, presso i punti per l'accesso o altra struttura all'uopo identificata, al fine di» sono sostituite dalle seguenti: «L'analisi preliminare è finalizzata ad»;
    - 6) al comma 5, le parole «il progetto personalizzato è sostituito dal patto di servizio, di cui all'[articolo 20 del decreto legislativo n. 150 del 2015](#), ovvero dal programma di ricerca intensiva di occupazione, di cui all'[articolo 23 del medesimo decreto legislativo](#), qualora il patto di servizio sia sospeso ai sensi dello stesso [articolo 23](#), comma 5, redatti per ciascun membro del nucleo familiare abile al lavoro non occupato.» sono sostituite dalle seguenti: «i beneficiari sono indirizzati al competente centro per

l'impiego per la sottoscrizione dei Patti per il lavoro connessi al Rdc, entro trenta giorni dall'analisi preliminare.»;

7) il comma 6 è abrogato;

8) al comma 10, le parole «l'informazione e l'accesso al ReI e» sono soppresse;

b) all'[articolo 6](#):

1) al comma 1, il secondo e il terzo periodo sono soppressi;

2) al comma 2, lettera b), le parole «connesso al ReI» sono soppresse;

3) al comma 4, le parole: «I beneficiari del ReI» sono sostituite dalle seguenti: «I beneficiari del Rdc»;

4) al comma 6, le parole «facilitare l'accesso al ReI» sono sostituite dalle seguenti: «facilitare l'accesso al Rdc»;

c) all'[articolo 7](#):

1) al comma 1, lettera a), le parole: «, inclusi i servizi per l'informazione e l'accesso al ReI di cui all'articolo 5, comma 1» sono soppresse;

2) al comma 3, il secondo periodo è soppresso; nel terzo periodo, le parole: «nell'atto di programmazione ovvero nel Piano regionale di cui all'articolo 14, comma 1,» sono sostituite dalle seguenti: «in un atto di programmazione regionale»; nel quarto periodo, le parole: «dell'atto di programmazione ovvero nel Piano regionale» sono sostituite dalle seguenti: «dell'atto di programmazione regionale»;

3) al comma 7, le parole «i beneficiari del ReI» sono sostituite dalle seguenti: «i beneficiari del Rdc»;

d) all'[articolo 10](#):

1) al comma 2, quarto periodo, le parole: «sentito il Garante per la protezione dei dati personali» sono sostituite dalle seguenti: «sentito il Ministero del lavoro e delle politiche sociali e il Garante per la protezione dei dati personali»;

2) dopo il comma 2, sono inseriti i seguenti:

«2-bis. Ai fini della precompilazione dell'ISEE, i componenti maggiorenni il nucleo familiare esprimono preventivamente il consenso al trattamento dei dati personali, reddituali e patrimoniali, ivi inclusi i dati di cui al comma 1, ai sensi della disciplina vigente in materia di protezione dei dati personali. All'atto della manifestazione del consenso, il componente maggiorenne deve indicare i soggetti dichiaranti autorizzati ad accedere alla DSU precompilata. Il consenso può essere manifestato rendendo apposita dichiarazione presso le strutture territoriali dell'INPS ovvero presso i centri di assistenza fiscale di cui all'[articolo 32 del decreto legislativo 9 luglio 1997, n. 241](#), nonché in maniera telematica mediante accesso al portale dell'INPS e dell'Agenzia delle entrate. Il consenso al trattamento dei propri dati personali, reddituali e patrimoniali, espresso secondo le modalità indicate, è comunicato e registrato su una base dati unica gestita dall'INPS e accessibile ai soggetti abilitati all'acquisizione del consenso. Resta ferma la facoltà, da esercitare con le medesime modalità di cui al terzo periodo, da parte di ciascun componente maggiorenne il nucleo familiare di inibire in ogni momento all'INPS, all'Agenzia delle entrate ed ai centri di assistenza fiscale l'utilizzo dei dati personali ai fini della elaborazione della DSU precompilata.

2-ter. Nel caso il consenso di cui al comma 2-bis non sia stato espresso nelle modalità ivi previste ovvero sia stato inibito l'utilizzo dei dati personali ai fini della elaborazione della DSU precompilata, resta ferma la possibilità di presentare la DSU nella modalità non precompilata. In tal caso, in sede di attestazione dell'ISEE, sono riportate analiticamente le eventuali omissioni o difformità riscontrate nei dati dichiarati rispetto alle informazioni disponibili di cui al comma 1, incluse eventuali difformità su saldi e giacenze medie del patrimonio mobiliare.»;

3) al comma 4, le parole: «A decorrere dal 1° gennaio 2019» sono sostituite dalle seguenti: «A decorrere dal 1° settembre 2019» e, in fine, è aggiunto il seguente periodo: «Le DSU in corso di validità alla data della decorrenza di cui al primo periodo, restano valide fino al 31 dicembre 2019.»;

e) all'[articolo 24](#):

1) al comma 3, lettera a), dopo il numero 2), è inserito il seguente: «2-bis. Piattaforma digitale del Reddito di cittadinanza per il Patto di inclusione sociale;

2) il comma 9 del [decreto legislativo n. 147 del 2017](#) è abrogato.

---

## **Art. 12.** *Disposizioni finanziarie per l'attuazione del programma del Rdc*

1. Ai fini dell'erogazione del beneficio economico del Rdc e della Pensione di cittadinanza, di cui agli articoli 1, 2 e 3, degli incentivi, di cui all'articolo 8, nonché dell'erogazione del Reddito di inclusione, ai sensi dell'articolo 13, comma 1, sono autorizzati limiti di spesa nella misura di 5.894 milioni di euro nel 2019, di 7.131 milioni di euro nel 2020, di 7.355 milioni di euro nel 2021 e di 7.210 milioni di euro annui a decorrere dal 2022 da iscriverne su apposito capitolo dello stato di previsione del Ministero del lavoro e delle politiche sociali denominato «Fondo per il reddito di cittadinanza».

2. Per le finalità di cui al comma 1 e per consentire le attività di cui ai commi 9 e 10, le risorse del Fondo di cui al comma 1, ad eccezione delle risorse necessarie per le finalità di cui all'articolo 13, comma 1, sono trasferite annualmente all'INPS su apposito conto corrente di tesoreria centrale ad esso intestato, dal quale sono prelevate le risorse necessarie per l'erogazione del beneficio da trasferire sul conto acceso presso il soggetto incaricato del Servizio integrato di gestione della carta acquisti e dei relativi rapporti amministrativi di cui all'[articolo 81, comma 35, lettera b\), del decreto-legge 25 giugno 2008, n. 112](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 6 agosto 2008, n. 133](#). L'Istituto stipula apposita convenzione con il soggetto incaricato del servizio integrato di gestione della carta di cui al primo periodo.

3. Per consentire la stipulazione, previa procedura selettiva pubblica, di contratti con le professionalità necessarie ad organizzare l'avvio del Rdc,



nelle forme del conferimento di incarichi di collaborazione, nonché per la selezione, la formazione e l'equipaggiamento, anche con il compito di seguire personalmente il beneficiario nella ricerca di lavoro, nella formazione e nel reinserimento professionale, è autorizzata la spesa nel limite di 200 milioni di euro per l'anno 2019, 250 milioni di euro per l'anno 2020 e di 50 milioni di euro per l'anno 2021 a favore di ANPAL servizi S.p.A. che adegua i propri regolamenti a quanto disposto dal presente comma.

4. Al fine di stabilizzare il personale a tempo determinato, ANPAL servizi S.p.A. è autorizzata ad assumere, mediante l'espletamento di procedure concorsuali riservate per titoli ed esami, entro i limiti di spesa di 1 milione di euro annui a decorrere dall'anno 2019, il personale già dipendente di ANPAL servizi S.p.A in forza di contratti di lavoro a tempo determinato.

5. Anche al fine di consentire ai beneficiari di presentare domanda di Rdc e di pensione di cittadinanza anche attraverso l'assistenza dei centri di assistenza fiscale in convenzione con l'INPS ai sensi dell'articolo 5 comma 1, nonché per le attività legate all'assistenza nella presentazione della DSU a fini ISEE affidate ai predetti centri di assistenza fiscale, sono stanziati 20 milioni di euro per l'anno 2019.

6. In deroga a quanto disposto dall'[articolo 1, comma 399, della legge 30 dicembre 2018, n. 145](#) e nei limiti della dotazione organica dell'INPS a decorrere dall'anno 2019, è autorizzata una spesa di 50 milioni di euro annui per l'assunzione di personale da assegnare alle strutture dell'INPS al fine di dare piena attuazione alle disposizioni contenute nel presente decreto.

7. Al fine dell'adeguamento e della manutenzione dei sistemi informativi del Ministero del lavoro e delle politiche sociali per le attività di competenza di cui all'articolo 6, nonché per attività di comunicazione istituzionale sul programma Rdc, è autorizzata la spesa di 2 milioni di euro annui a decorrere dall'anno 2019.

8. All'[articolo 1 della legge 30 dicembre 2018, n. 145](#), sono apportate le seguenti modifiche:

a) al [comma 255](#), le parole «Fondo per il reddito di cittadinanza» sono sostituite dalle seguenti: «Fondo da ripartire per l'introduzione del reddito di cittadinanza»;

b) al [comma 258](#):

1) al primo periodo, le parole «fino a 1 miliardo di euro per ciascuno degli anni 2019 e 2020» sono sostituite dalle seguenti: «fino a 480 milioni di euro per l'anno 2019 e a 420 milioni di euro per l'anno 2020»;

2) al primo periodo sostituire le parole «e un importo fino a 10 milioni di euro» fino alla fine del periodo con le seguenti: «. Per il funzionamento dell'ANPAL Servizi Spa è destinato un contributo pari a 10 milioni di euro per l'anno 2019»;

3) al terzo periodo le parole: «, quanto a 120 milioni di euro per l'anno 2019 e a 160 milioni di euro per l'anno 2020, a valere sulle risorse

destinate dal primo periodo al potenziamento dei centri per l'impiego e, quanto a 160 milioni di euro annui a decorrere dall'anno 2021,» sono soppresse.

9. Ai fini del rispetto dei limiti di spesa annuali di cui al comma 1, l'INPS accantona, a valere sulle disponibilità del conto di tesoreria di cui al comma 2, alla concessione di ogni beneficio economico del Rdc, un ammontare di risorse pari alle mensilità spettanti nell'anno, per ciascuna annualità in cui il beneficio è erogato. All'inizio di ciascuna annualità è altresì accantonata una quota pari alla metà di una mensilità aggiuntiva per ciascun nucleo beneficiario nel programma da oltre sei mesi, al fine di tener conto degli incentivi di cui all'articolo 8. In caso di esaurimento delle risorse disponibili per l'esercizio di riferimento ai sensi del comma 1, con decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze, da adottarsi entro trenta giorni dall'esaurimento di dette risorse, è ristabilita la compatibilità finanziaria mediante rimodulazione dell'ammontare del beneficio. Nelle more dell'adozione del decreto di cui al secondo periodo, l'acquisizione di nuove domande e le erogazioni sono sospese. La rimodulazione dell'ammontare del beneficio opera esclusivamente nei confronti delle erogazioni del beneficio successive all'esaurimento delle risorse non accantonate.

10. Fermo restando il monitoraggio di cui all'[articolo 1, comma 257, della legge 30 dicembre 2018, n. 145](#), l'INPS provvede al monitoraggio delle erogazioni del beneficio economico del Rdc, della Pensione di cittadinanza e degli incentivi di cui all'articolo 8, inviando entro il 10 di ciascun mese la rendicontazione con riferimento alla mensilità precedente delle domande accolte, dei relativi oneri, nonché delle risorse accantonate ai sensi del comma 9, al Ministero del lavoro e delle politiche sociali e al Ministero dell'economia e delle finanze, secondo le indicazioni fornite dai medesimi Ministeri. L'INPS comunica tempestivamente al Ministero del lavoro e delle politiche sociali e al Ministero dell'economia e delle finanze, il raggiungimento, da parte dell'ammontare di accantonamenti disposti ai sensi del comma 9, del novanta per cento delle risorse disponibili ai sensi del comma 1.

11. Qualora nell'ambito del monitoraggio di cui al primo periodo del comma 10 siano accertati, rispetto agli oneri previsti, eventuali minori oneri, aventi anche carattere pluriennale, le correlate risorse confluiscono nel fondo di cui all'[articolo 1, comma 255 della legge 30 dicembre 2018, n. 145](#), per essere destinate anche ai centri per l'impiego di cui all'[articolo 18 del decreto legislativo 14 settembre 2015, n. 150](#), al fine del loro potenziamento. In tal caso sono conseguentemente rideterminati i limiti di spesa di cui al comma 1. L'accertamento avviene quadrimestralmente tramite la procedura di cui all'[articolo 14 della legge 7 agosto 1990, n. 241](#). Il Ministro dell'economia e delle finanze è autorizzato ad apportare con propri decreti, su proposta del Ministro del lavoro e delle politiche sociali, le occorrenti variazioni di bilancio.

12. Al finanziamento dei livelli essenziali delle prestazioni sociali, di cui all'articolo 4, comma 13, ivi inclusi eventuali costi per l'adeguamento dei



sistemi informativi dei comuni, in forma singola o associata, per effetto di quanto previsto dal presente decreto, si provvede mediante l'utilizzo delle risorse residue della quota del Fondo per la lotta alla povertà e alla esclusione sociale di cui all'[articolo 1, comma 386, della legge 28 dicembre 2015, n. 208](#), destinata al rafforzamento degli interventi e dei servizi sociali ai sensi dell'[articolo 7 del decreto legislativo n. 147 del 2017](#).

---

---

### **Art. 13.** *Disposizioni transitorie e finali*

1. A decorrere dal 1° marzo 2019, il Reddito di inclusione non può essere più richiesto e a decorrere dal successivo mese di aprile non è più riconosciuto, né rinnovato. Per coloro ai quali il Reddito di inclusione sia stato riconosciuto in data anteriore al mese di aprile 2019, il beneficio continua ad essere erogato per la durata inizialmente prevista, fatta salva la possibilità di presentare domanda per il Rdc, nonché il progetto personalizzato definito ai sensi dell'[articolo 6 del decreto legislativo n. 147 del 2017](#). Il Reddito di inclusione continua ad essere erogato con le procedure di cui all'[articolo 9 del decreto legislativo n. 147 del 2017](#) e non è in alcun modo compatibile con la contemporanea fruizione del Rdc da parte di alcun componente il nucleo familiare.

2. Sono in ogni caso fatte salve le potestà attribuite alle regioni a statuto speciale e alle province autonome di Trento e Bolzano dai rispettivi statuti speciali e dalle relative norme di attuazione.

---

---

## **Capo II**

### **Trattamento di pensione anticipata «quota 100» e altre disposizioni pensionistiche**

**Art. 14.** *Disposizioni in materia di accesso al trattamento di pensione con almeno 62 anni di età e 38 anni di contributi*

1. In via sperimentale per il triennio 2019-2021, gli iscritti all'assicurazione generale obbligatoria e alle forme esclusive e sostitutive della medesima, gestite dall'INPS, nonché alla gestione separata di cui all'[articolo 2, comma 26, della legge 8 agosto 1995, n. 335](#), possono conseguire il diritto alla pensione anticipata al raggiungimento di un'età anagrafica di almeno 62 anni e di un'anzianità contributiva minima di 38 anni, di seguito definita «pensione quota 100». Il diritto conseguito entro il 31 dicembre 2021 può essere esercitato anche successivamente alla predetta data, ferme restando le disposizioni del presente articolo. Il

requisito di età anagrafica di cui al presente comma, non è adeguato agli incrementi alla speranza di vita di cui all'[articolo 12 del decreto-legge 31 maggio 2010, n. 78](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 30 luglio 2010, n. 122](#).

2. Ai fini del conseguimento del diritto alla pensione quota 100, gli iscritti a due o più gestioni previdenziali di cui al comma 1, che non siano già titolari di trattamento pensionistico a carico di una delle predette gestioni, hanno facoltà di cumulare i periodi assicurativi non coincidenti nelle stesse gestioni amministrate dall'INPS, in base alle disposizioni di cui all'[articolo 1, commi 243, 245 e 246, della legge 24 dicembre 2012, n. 228](#). Ai fini della decorrenza della pensione di cui al presente comma trovano applicazione le disposizioni previste dai commi 4, 5, 6 e 7. Per i lavoratori dipendenti dalle pubbliche amministrazioni di cui all'[articolo 1, comma 2, del decreto legislativo 30 marzo 2001, n. 165](#), in caso di contestuale iscrizione presso più gestioni pensionistiche, ai fini della decorrenza della pensione trovano applicazione le disposizioni previste dai commi 6 e 7.

3. La pensione quota 100 non è cumulabile, a far data dal primo giorno di decorrenza della pensione e fino alla maturazione dei requisiti per l'accesso alla pensione di vecchiaia, con i redditi da lavoro dipendente o autonomo, ad eccezione di quelli derivanti da lavoro autonomo occasionale, nel limite di 5.000 euro lordi annui.

4. Gli iscritti alle gestioni pensionistiche di cui al comma 1 che maturano entro il 31 dicembre 2018 i requisiti previsti al medesimo comma, conseguono il diritto alla decorrenza del trattamento pensionistico dal 1° aprile 2019.

5. Gli iscritti alle gestioni pensionistiche di cui al comma 1 che maturano dal 1° gennaio 2019 i requisiti previsti al medesimo comma, conseguono il diritto alla decorrenza del trattamento pensionistico trascorsi tre mesi dalla data di maturazione dei requisiti stessi.

6. Tenuto conto della specificità del rapporto di impiego nella pubblica amministrazione e dell'esigenza di garantire la continuità e il buon andamento dell'azione amministrativa e fermo restando quanto previsto dal comma 7, le disposizioni di cui ai commi 1, 2 e 3 si applicano ai lavoratori dipendenti delle pubbliche amministrazioni di cui all'[articolo 1, comma 2, del decreto legislativo n. 165 del 2001](#), nel rispetto della seguente disciplina:

a) i dipendenti pubblici che maturano entro la data di entrata in vigore del presente decreto i requisiti previsti dal comma 1, conseguono il diritto alla decorrenza del trattamento pensionistico dal 1° agosto 2019;

b) i dipendenti pubblici che maturano dal giorno successivo alla data di entrata in vigore del presente decreto i requisiti previsti dal comma 1, conseguono il diritto alla decorrenza del trattamento pensionistico trascorsi sei mesi dalla data di maturazione dei requisiti stessi e comunque non prima della data di cui alla lettera a) del presente comma;

c) la domanda di collocamento a riposo deve essere presentata all'amministrazione di appartenenza con un preavviso di sei mesi;

d) limitatamente al diritto alla pensione quota 100, non trova applicazione l'[articolo 2, comma 5, del decreto-legge 31 agosto 2013, n. 101](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 30 ottobre 2013, n. 125](#).

7. Ai fini del conseguimento della pensione quota 100 per il personale del comparto scuola ed AFAM si applicano le disposizioni di cui all'[articolo 59, comma 9, della legge 27 dicembre 1997, n. 449](#). In sede di prima applicazione, entro il 28 febbraio 2019, il relativo personale a tempo indeterminato può presentare domanda di cessazione dal servizio con effetti dall'inizio rispettivamente dell'anno scolastico o accademico.

8. Sono fatte salve le disposizioni che prevedono requisiti più favorevoli in materia di accesso al pensionamento.

9. Le disposizioni di cui ai commi 1 e 2 non si applicano per il conseguimento della prestazione di cui all'[articolo 4, commi 1 e 2, della legge 28 giugno 2012, n. 92](#), nonché alle prestazioni erogate ai sensi dell'[articolo 26, comma 9, lettera b\)](#), e dell'[articolo 27, comma 5, lettera f\)](#), del [decreto legislativo 14 settembre 2015, n. 148](#).

10. Le disposizioni dei commi 1 e 2 non si applicano altresì al personale militare delle Forze armate, soggetto alla specifica disciplina recata dal [decreto legislativo 30 aprile 1997, n. 165](#), e al personale delle Forze di polizia e di polizia penitenziaria, nonché al personale operativo del Corpo nazionale dei vigili del fuoco e al personale della Guardia di finanza.

---

**Art. 15.** *Riduzione anzianità contributiva per accesso al pensionamento anticipato indipendente dall'età anagrafica. Decorrenza con finestre trimestrali*

1. Il comma 10 dell'[articolo 24 del decreto-legge 6 dicembre 2011, n. 201](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 22 dicembre 2011, n. 214](#), è sostituito dal seguente: «10. A decorrere dal 1° gennaio 2019 e con riferimento ai soggetti la cui pensione è liquidata a carico dell'AGO e delle forme sostitutive ed esclusive della medesima, nonché della gestione separata di cui all'[articolo 2, comma 26, della legge 8 agosto 1995, n. 335](#), l'accesso alla pensione anticipata è consentito se risulta maturata un'anzianità contributiva di 42 anni e 10 mesi per gli uomini e 41 anni e 10 mesi per le donne. Il trattamento pensionistico decorre trascorsi tre mesi dalla data di maturazione dei predetti requisiti».

2. Al requisito contributivo di cui all'[articolo 24, comma 10, del decreto-legge 6 dicembre 2011, n. 201](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 22 dicembre 2011, n. 214](#), non trovano applicazione, dal 1° gennaio 2019 e fino al 31 dicembre 2026, gli adeguamenti alla speranza di vita di cui

all'[articolo 12 del decreto-legge 31 maggio 2010, n. 78](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 30 luglio 2010, n. 122](#).

3. In sede di prima applicazione i soggetti che hanno maturato i requisiti dal 1° gennaio 2019 alla data di entrata in vigore del presente decreto conseguono il diritto al trattamento pensionistico dal 1° aprile 2019.

4. Per le finalità di cui al presente articolo, al personale del comparto scuola e AFAM si applicano le disposizioni di cui all'[articolo 59, comma 9, della legge 27 dicembre 1997, n. 449](#). In sede di prima applicazione, entro il 28 febbraio 2019, il relativo personale a tempo indeterminato può presentare domanda di cessazione dal servizio con effetti dall'inizio rispettivamente dell'anno scolastico o accademico.

---

#### **Art. 16.** *Opzione donna*

1. Il diritto al trattamento pensionistico anticipato è riconosciuto, secondo le regole di calcolo del sistema contributivo previste dal [decreto legislativo 30 aprile 1997, n. 180](#), nei confronti delle lavoratrici che entro il 31 dicembre 2018 hanno maturato un'anzianità contributiva pari o superiore a trentacinque anni e un'età pari o superiore a 58 anni per le lavoratrici dipendenti e a 59 anni per le lavoratrici autonome. Il predetto requisito di età anagrafica non è adeguato agli incrementi alla speranza di vita di cui all'[articolo 12 del decreto-legge 31 maggio 2010, n. 78](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 30 luglio 2010, n. 122](#).

2. Al trattamento pensionistico di cui al comma 1 si applicano le disposizioni in materia di decorrenza di cui all'[articolo 12 del decreto-legge 31 maggio 2010, n. 78](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 30 luglio 2010, n. 122](#).

3. Per le finalità di cui al presente articolo, al personale del comparto scuola e AFAM si applicano le disposizioni di cui all'[articolo 59, comma 9, della legge 27 dicembre 1997, n. 449](#). In sede di prima applicazione, entro il 28 febbraio 2019, il relativo personale a tempo indeterminato può presentare domanda di cessazione dal servizio con effetti dall'inizio rispettivamente dell'anno scolastico o accademico.

---

#### **Art. 17.** *Abrogazione incrementi età pensionabile per effetto dell'aumento della speranza di vita per i lavoratori precoci*

1. Per i soggetti che maturano i requisiti di cui all'[articolo 1, comma 199, della legge 11 dicembre 2016, n. 232](#), non trovano applicazione dal 1°

gennaio 2019 e fino al 31 dicembre 2026 gli adeguamenti di cui all'[articolo 1, comma 200, della medesima legge n. 232 del 2016](#) e di cui all'[articolo 1, comma 149, della legge 27 dicembre 2017, n. 205](#), e gli stessi soggetti, a decorrere dal 1° gennaio 2019, conseguono il diritto alla decorrenza del trattamento pensionistico trascorsi tre mesi dalla data di maturazione dei requisiti stessi. Conseguentemente, l'autorizzazione di spesa di cui all'[articolo 1, comma 203, della legge n. 232 del 2016](#), è incrementata di 31 milioni di euro per l'anno 2019, 54,4 milioni di euro per l'anno 2020, 49,5 milioni di euro per l'anno 2021, 55,3 milioni di euro per l'anno 2022, 100 milioni di euro per l'anno 2023, 118,1 milioni di euro per l'anno 2024, 164,5 milioni di euro per l'anno 2025, 203,7 milioni di euro per l'anno 2026, 215,3 milioni di euro per l'anno 2027 e 219,5 milioni di euro annui a decorrere dall'anno 2028.

---

#### **Art. 18.** *Ape sociale*

1. All'[articolo 1, comma 179, della legge 11 dicembre 2016, n. 232](#), le parole «31 dicembre 2018» sono sostituite dalle seguenti: «31 dicembre 2019». Conseguentemente, l'autorizzazione di spesa di cui al [comma 186 del medesimo articolo 1 della citata legge n. 232 del 2016](#) è incrementata di 16,2 milioni di euro per l'anno 2019, 131,8 milioni di euro per l'anno 2020, 142,8 milioni di euro per l'anno 2021, 104,1 milioni di euro per l'anno 2022, 51,0 milioni di euro per l'anno 2023 e 2 milioni di euro per l'anno 2024 e l'[articolo 1, comma 167, della legge 27 dicembre 2017, n. 205](#) è soppresso. Le disposizioni di cui al secondo e terzo periodo del [comma 165, dell'articolo 1 della legge n. 205 del 2017](#) si applicano anche con riferimento ai soggetti che verranno a trovarsi nelle condizioni indicate nel corso dell'anno 2019.

---

#### **Art. 19.** *Termine di prescrizione dei contributi di previdenza e di assistenza sociale per le amministrazioni pubbliche*

1. All'[articolo 3 della legge 8 agosto 1995, n. 335](#), dopo il comma 10 è inserito il seguente:  
«10-bis. Per le gestioni previdenziali esclusive amministrate dall'INPS cui sono iscritti i lavoratori dipendenti delle amministrazioni pubbliche di cui al [decreto legislativo 30 marzo 2001, n. 165](#), i termini di prescrizione di cui ai commi 9 e 10, riferiti agli obblighi relativi alle contribuzioni di previdenza e di assistenza sociale obbligatoria afferenti ai periodi di competenza fino al 31 dicembre 2014, non si applicano fino al 31 dicembre 2021, fatti salvi gli effetti di provvedimenti giurisdizionali

passati in giudicato nonché il diritto all'integrale trattamento pensionistico del lavoratore.».

---

**Art. 20.** *Facoltà di riscatto periodi non coperti da contribuzione*

1. In via sperimentale, per il triennio 2019-2021, gli iscritti all'assicurazione generale obbligatoria per l'invalidità, la vecchiaia e i superstiti dei lavoratori dipendenti e alle forme sostitutive ed esclusive della medesima, nonché alle gestioni speciali dei lavoratori autonomi, e alla gestione separata di cui all'[articolo 2, comma 26, della legge 8 agosto 1995, n. 335](#), privi di anzianità contributiva al 31 dicembre 1995 e non già titolari di pensione, hanno facoltà di riscattare, in tutto o in parte, i periodi antecedenti alla data di entrata in vigore del presente decreto compresi tra la data del primo e quella dell'ultimo contributo comunque accreditato nelle suddette forme assicurative, non soggetti a obbligo contributivo e che non siano già coperti da contribuzione, comunque versata e accreditata, presso forme di previdenza obbligatoria. Detti periodi possono essere riscattati nella misura massima di cinque anni, anche non continuativi.

2. L'eventuale successiva acquisizione di anzianità assicurativa antecedente al 1° gennaio 1996 determina l'annullamento d'ufficio del riscatto già effettuato ai sensi del presente articolo, con conseguente restituzione dei contributi.

3. La facoltà di cui al comma 1 è esercitata a domanda dell'assicurato o dei suoi superstiti o dei suoi parenti ed affini entro il secondo grado, e l'onere è determinato in base ai criteri fissati dal comma 5 dell'[articolo 2 del decreto legislativo 30 aprile 1997, n. 184](#). L'onere così determinato è detraibile dall'imposta lorda nella misura del 50 per cento con una ripartizione in cinque quote annuali costanti e di pari importo nell'anno di sostenimento e in quelli successivi.

4. Per i lavoratori del settore privato l'onere per il riscatto di cui al comma 1 può essere sostenuto dal datore di lavoro dell'assicurato destinando, a tal fine, i premi di produzione spettanti al lavoratore stesso. In tal caso, è deducibile dal reddito di impresa e da lavoro autonomo e, ai fini della determinazione dei redditi da lavoro dipendente, rientra nell'ipotesi di cui all'[articolo 51, comma 2, lettera a\), del decreto del Presidente della Repubblica 22 dicembre 1986, n. 917](#).

5. Il versamento dell'onere può essere effettuato ai regimi previdenziali di appartenenza in unica soluzione ovvero in massimo 60 rate mensili, ciascuna di importo non inferiore a euro 30, senza applicazione di interessi per la rateizzazione. La rateizzazione dell'onere non può essere concessa nei casi in cui i contributi da riscatto debbano essere utilizzati per la immediata liquidazione della pensione diretta o indiretta o nel caso



in cui gli stessi siano determinanti per l'accoglimento di una domanda di autorizzazione ai versamenti volontari; qualora ciò avvenga nel corso della dilazione già concessa, la somma ancora dovuta sarà versata in unica soluzione.

6. All'[articolo 2 del decreto legislativo 30 aprile 1997, n. 184](#), dopo il comma 5-ter, è aggiunto, in fine, il seguente:

«5-quater. La facoltà di riscatto di cui al presente articolo, dei periodi da valutare con il sistema contributivo, è consentita, fino al compimento del quarantacinquesimo anno di età. In tal caso, l'onere dei periodi di riscatto è costituito dal versamento di un contributo, per ogni anno da riscattare, pari al livello minimo imponibile annuo di cui all'[articolo 1, comma 3, della legge 2 agosto 1990, n. 233](#), moltiplicato per l'aliquota di computo delle prestazioni pensionistiche dell'assicurazione generale obbligatoria per i lavoratori dipendenti, vigenti alla data di presentazione della domanda.».

---

---

**Art. 21.** *Esclusione opzionale dal massimale contributivo dei lavoratori che prestano servizio in settori in cui non sono attive forme di previdenza complementare partecipate dal datore di lavoro*

1. In deroga al secondo periodo del comma 18 dell'[articolo 2 della legge 8 agosto 1995, n. 335](#) <sup>(2)</sup>, i lavoratori delle pubbliche amministrazioni di cui all'[articolo 1](#), comma 2, e all'[articolo 3 del decreto legislativo 30 marzo 2001, n. 165](#), che prestano servizio in settori in cui non risultano attivate forme pensionistiche complementari partecipate dal datore di lavoro e che siano iscritti a far data dal 1° gennaio 1996 a forme pensionistiche obbligatorie possono, su domanda, essere esclusi dal meccanismo del massimale contributivo di cui al medesimo comma 18. La domanda di cui al primo periodo deve essere proposta entro il termine di sei mesi dalla data di entrata in vigore del presente decreto o dalla data di superamento del massimale contributivo oppure dalla data di assunzione.

---

(2) NDR: In G.U. è riportato il seguente riferimento normativo non corretto: «articolo 2 della legge 18 agosto 1995, n. 335».

---

**Art. 22.** *Fondi di solidarietà bilaterali*

1. Fermo restando quanto previsto al comma 9 dell'articolo 14, e in attesa della riforma dei Fondi di solidarietà bilaterali di settore con l'obiettivo di risolvere esigenze di innovazione delle organizzazioni aziendali e favorire percorsi di ricambio generazionale, anche mediante l'erogazione di prestazioni previdenziali integrative finanziate con i fondi interprofessionali, a decorrere dalla data di entrata in vigore del presente

decreto, i fondi di cui al [decreto legislativo 14 settembre 2015, n. 148](#), oltre le finalità previste dall'[articolo 26, comma 9, del medesimo decreto legislativo n. 148 del 2015](#), possono altresì erogare un assegno straordinario per il sostegno al reddito a lavoratori che raggiungano i requisiti previsti per l'opzione per l'accesso alla pensione quota 100 di cui al presente decreto entro il 31 dicembre 2021 e ferma restando la modalità di finanziamento di cui all'[articolo 33, comma 3, del citato decreto legislativo n. 148 del 2015](#).

2. L'assegno di cui al comma 1 può essere erogato solo in presenza di accordi collettivi di livello aziendale o territoriale sottoscritti con le organizzazioni sindacali comparativamente più rappresentative a livello nazionale nei quali è stabilito a garanzia dei livelli occupazionali il numero di lavoratori da assumere in sostituzione dei lavoratori che accedono a tale prestazione.

3. Nell'ambito delle ulteriori prestazioni di cui all'[articolo 32 del decreto legislativo n. 148 del 2015](#), i Fondi di solidarietà provvedono, a loro carico e previo il versamento agli stessi Fondi della relativa provvista finanziaria da parte dei datori di lavoro, anche al versamento della contribuzione correlata a periodi utili per il conseguimento di qualunque diritto alla pensione anticipata o di vecchiaia, riscattabili o ricongiungibili precedenti all'accesso ai Fondi di solidarietà. Le disposizioni di cui al presente comma si applicano ai lavoratori che maturano i requisiti per fruire della prestazione straordinaria senza ricorrere ad operazioni di riscatto o ricongiunzione, ovvero a coloro che raggiungono i requisiti di accesso alla prestazione straordinaria per effetto del riscatto o della ricongiunzione. Le relative risorse sono versate ai Fondi di solidarietà dal datore di lavoro interessato e costituiscono specifica fonte di finanziamento riservata alle finalità di cui al presente comma. I predetti versamenti sono deducibili ai sensi della normativa vigente.

4. Per le prestazioni di cui all'[articolo 4, commi 1 e 2, della legge 28 giugno 2012, n. 92](#), e all'[articolo 26, comma 9, lettera b\)](#), e all'[articolo 27, comma 5, lettera f\), del decreto legislativo n. 148 del 2015](#), con decorrenze successive al 1° gennaio 2019, il datore di lavoro interessato ha l'obbligo di provvedere al pagamento della prestazione ai lavoratori fino alla prima decorrenza utile del trattamento pensionistico e, ove prevista dagli accordi istitutivi, al versamento della contribuzione correlata fino al raggiungimento dei requisiti minimi previsti.

5. Gli accordi previsti dal presente articolo, ai fini della loro efficacia, devono essere depositati entro trenta giorni dalla sottoscrizione con le modalità individuate in attuazione dell'[articolo 14 del decreto legislativo 14 settembre 2015, n. 151](#). Le disposizioni del presente articolo si applicano anche ai fondi bilaterali già costituiti o in corso di costituzione.

6. Il Fondo di solidarietà per il lavoro in somministrazione, di cui all'[articolo 27 del decreto legislativo n. 148 del 2015](#), istituito presso il Fondo di cui all'[articolo 12 del decreto legislativo 10 settembre 2003, n. 276](#), è autorizzato a versare all'INPS, per periodi non coperti da



contribuzione obbligatoria o figurativa, contributi pari all'aliquota di finanziamento prevista per il Fondo lavoratori dipendenti, secondo quanto stabilito dal contratto collettivo nazionale delle imprese di somministrazione di lavoro. Le modalità di determinazione della contribuzione e di versamento del contributo sono stabilite con decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali sentito il Ministro dell'economia e delle finanze. Rientrano altresì tra le competenze del Fondo di cui al presente comma, a valere sulle risorse appositamente previste dalla contrattazione collettiva di settore, i programmi formativi di riconversione o riqualificazione professionale, nonché le altre misure di politica attiva stabilite dalla contrattazione collettiva stessa.

---

### **Art. 23.** *Anticipo del TFS*

1. Ferma restando la normativa vigente in materia di liquidazione dell'indennità di fine servizio comunque denominata, di cui all'[articolo 12 del decreto-legge 31 maggio 2010, n. 78](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 30 luglio 2010, n. 122](#), i lavoratori di cui all'[articolo 1, comma 2, del decreto legislativo 30 marzo 2001, n. 165](#), nonché il personale degli enti pubblici di ricerca, cui è liquidata la pensione quota 100 ai sensi dell'articolo 14, conseguono il riconoscimento dell'indennità di fine servizio comunque denominata al momento in cui tale diritto maturerebbe a seguito del raggiungimento dei requisiti di accesso al sistema pensionistico, ai sensi dell'[articolo 24 del decreto-legge 6 dicembre 2011, n. 201](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 22 dicembre 2011, n. 214](#), tenuto anche conto di quanto disposto dal comma 12 del medesimo articolo relativamente agli adeguamenti dei requisiti pensionistici alla speranza di vita.

2. Sulla base di apposite certificazioni rilasciate dall'INPS, i soggetti di cui al comma 1 nonché i soggetti che accedono al trattamento di pensione ai sensi dell'[articolo 24 del decreto-legge 6 dicembre 2011, n. 201](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 22 dicembre 2011, n. 214](#), possono presentare richiesta di finanziamento di una somma pari all'importo, definito nella misura massima nel successivo comma 5, dell'indennità di fine servizio maturata, alle banche o agli intermediari finanziari che aderiscono a un apposito accordo quadro da stipulare, entro 60 giorni dalla data di conversione in legge del presente decreto, tra il Ministro del lavoro e delle politiche sociali, il Ministro dell'economia e delle finanze, il Ministro per la pubblica amministrazione e l'Associazione bancaria italiana, sentito l'INPS. Ai fini del rimborso del finanziamento e dei relativi interessi, l'INPS trattiene il relativo importo dall'indennità di fine servizio comunque denominata, fino a concorrenza dello stesso. Gli importi trattenuti dall'INPS, fermo restando quanto stabilito dall'articolo 545 del codice di procedura civile, non sono soggetti a procedure di sequestro o pignoramento e, in ogni caso, a esecuzione forzata in virtù di

qualsivoglia azione esecutiva o cautelare. Il finanziamento è garantito dalla cessione pro solvendo, automatica e nel limite dell'importo finanziato, senza alcuna formalità, dei crediti derivanti dal trattamento di fine servizio maturato, che i soggetti di cui al primo periodo del presente comma vantano nei confronti dell'INPS.

3. E' istituito nello stato di previsione del Ministero dell'economia e delle finanze un Fondo di garanzia per l'accesso ai finanziamenti di cui al comma 2, con una dotazione iniziale pari a 50 milioni di euro per l'anno 2019. Ai relativi oneri si provvede mediante corrispondente riduzione dell'autorizzazione di spesa di cui all'[articolo 37, comma 6, del decreto-legge 24 aprile 2014, n. 66](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 23 giugno 2014, n. 89](#). La garanzia del Fondo copre l'80 per cento del finanziamento di cui al comma 2 e dei relativi interessi. Il Fondo è ulteriormente alimentato con le commissioni, orientate a criteri di mercato, di accesso al Fondo stesso, che a tal fine sono versate sul conto corrente presso la tesoreria dello Stato istituito ai sensi del comma 8. La garanzia del Fondo è a prima richiesta, esplicita, incondizionata, irrevocabile. Gli interventi del Fondo sono assistiti dalla garanzia dello Stato, avente le medesime caratteristiche di quella del Fondo, quale garanzia di ultima istanza. La garanzia dello Stato è elencata nell'allegato allo stato di previsione del Ministero dell'economia e delle finanze, di cui all'[articolo 31 della legge 31 dicembre 2009, n. 196](#). Il finanziamento è altresì assistito automaticamente dal privilegio di cui all'articolo 2751-bis, primo comma, numero 1), del codice civile. Il Fondo è surrogato di diritto alla banca o all'intermediario finanziario, per l'importo pagato, nonché nel privilegio di cui al citato articolo 2751-bis, primo comma, numero 1), del codice civile.

4. Il finanziamento di cui al comma 2 e le formalità a esso connesse nell'intero svolgimento del rapporto sono esenti dall'imposta di registro, dall'imposta di bollo e da ogni altra imposta indiretta, nonché da ogni altro tributo o diritto. Per le finalità di cui al [decreto legislativo 21 novembre 2007, n. 231](#), l'operazione di finanziamento è sottoposta a obblighi semplificati di adeguata verifica della clientela.

5. L'importo finanziabile è pari a 30.000 euro ovvero all'importo spettante ai soggetti di cui al comma 2 nel caso in cui l'indennità di fine servizio comunque denominata sia di importo inferiore. Alle operazioni di finanziamento di cui al comma 2 si applica il tasso di interesse indicato nell'accordo quadro di cui al medesimo comma.

6. Gli interessi vengono liquidati contestualmente al rimborso della quota capitale.

7. Le modalità di attuazione delle disposizioni di cui al presente articolo e gli ulteriori criteri, condizioni e adempimenti, anche in termini di trasparenza ai sensi del Titolo VI del [decreto legislativo 1° settembre 1993, n. 385](#), per l'accesso al finanziamento, nonché i criteri, le condizioni e le modalità di funzionamento del Fondo di garanzia di cui al comma 3 e della garanzia di ultima istanza dello Stato sono disciplinati con decreto

del Presidente del Consiglio dei ministri, di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze, il Ministro del lavoro e delle politiche sociali e il Ministro per la pubblica amministrazione, da emanare entro sessanta giorni dalla data di conversione in legge del presente decreto, sentiti l'INPS, il Garante per la protezione dei dati personali e l'Autorità garante della concorrenza e del mercato.

8. La gestione del Fondo di garanzia di cui al comma 3 è affidata all'INPS sulla base di un'apposita convenzione da stipulare tra lo stesso Istituto e il Ministro dell'economia e delle finanze, il Ministro del lavoro e delle politiche sociali e il Ministro per la pubblica amministrazione. Per la predetta gestione è autorizzata l'istituzione di un apposito conto corrente presso la tesoreria dello Stato intestato al gestore.

---

#### **Art. 24.** *Detassazione TFS*

1. L'aliquota dell'imposta sul reddito delle persone fisiche determinata ai sensi dell'[articolo 19, comma 2-bis, del Testo unico delle imposte sui redditi approvato con decreto del Presidente della Repubblica 22 dicembre 1986, n. 917](#), sull'indennità di fine servizio comunque denominata è ridotta in misura pari a:

a) 1,5 punti percentuali per le indennità corrisposte decorsi dodici mesi dalla cessazione del rapporto di lavoro o, se la cessazione sia anteriore al 1° gennaio 2019, a decorrere da tale data;

b) 3 punti percentuali per le indennità corrisposte decorsi ventiquattro mesi dalla cessazione del rapporto di lavoro o, se la cessazione sia anteriore al 1° gennaio 2019, a decorrere da tale data;

c) 4,5 punti percentuali per le indennità corrisposte decorsi trentasei mesi dalla cessazione del rapporto di lavoro o, se la cessazione sia anteriore al 1° gennaio 2019, a decorrere da tale data;

d) 6 punti percentuali per le indennità corrisposte decorsi quarantotto mesi dalla cessazione del rapporto di lavoro o, se la cessazione sia anteriore al 1° gennaio 2019, a decorrere da tale data;

e) 7,5 punti percentuali per le indennità corrisposte decorsi sessanta mesi o più dalla cessazione del rapporto di lavoro o, se la cessazione sia anteriore al 1° gennaio 2019, a decorrere da tale data.

2. La disposizione di cui al presente articolo non si applica sull'imponibile dell'indennità di fine servizio di importo superiore a 50.000 euro.

---

#### **Art. 25.** *Ordinamento degli Enti previdenziali pubblici*

1. All'[articolo 3 del decreto legislativo 30 giugno 1994, n. 479](#), sono apportate le seguenti modificazioni:

a) al comma 2 dopo la lettera a) è aggiunta la seguente: «a-bis) il consiglio di amministrazione»;

b) il comma 3 è sostituito dal seguente: «3. Il Presidente ha la rappresentanza legale dell'Istituto; convoca e presiede il consiglio di amministrazione; può assistere alle sedute del consiglio di indirizzo e vigilanza. Il Presidente è nominato ai sensi della [legge 24 gennaio 1978, n. 14](#), con la procedura di cui all'[articolo 3 della legge 23 agosto 1988, n. 400](#); la deliberazione del Consiglio dei ministri è adottata su proposta del Ministro del lavoro e delle politiche sociali di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze.»;

c) al comma 4:

1) al secondo periodo dopo la parola «cessazione» sono inserite le seguenti: «o decadenza»;

2) dopo il secondo periodo è aggiunto il seguente: «Il Ministro del lavoro e delle politiche sociali provvede alla proposta di nomina di cui al comma 3.»;

d) il comma 5 è sostituito dal seguente: «5. Il consiglio di amministrazione predispone i piani pluriennali, i criteri generali dei piani di investimento e disinvestimento, il bilancio preventivo ed il conto consuntivo; approva i piani annuali nell'ambito della programmazione; delibera i piani d'impiego dei fondi disponibili e gli atti individuati nel regolamento interno di organizzazione e funzionamento; delibera il regolamento organico del personale, sentite le organizzazioni sindacali maggiormente rappresentative del personale, nonché l'ordinamento dei servizi, la dotazione organica e i regolamenti concernenti l'amministrazione e la contabilità, e i regolamenti di cui all'[articolo 10 del decreto-legge 30 dicembre 1987, n. 536](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 29 febbraio 1988, n. 48](#); trasmette trimestralmente al consiglio di indirizzo e vigilanza una relazione sull'attività svolta con particolare riferimento al processo produttivo e al profilo finanziario, nonché qualsiasi altra relazione che venga richiesta dal consiglio di indirizzo e vigilanza. Il consiglio esercita inoltre ogni altra funzione che non sia compresa nella sfera di competenza degli altri organi dell'ente. Il consiglio è composto dal presidente dell'Istituto, che lo presiede, e da quattro membri scelti tra persone dotate di comprovata competenza e professionalità nonché di indiscussa moralità e indipendenza. Si applicano, riguardo ai requisiti, le disposizioni di cui al [decreto legislativo 14 marzo 2013, n. 33](#) e al [decreto legislativo 8 aprile 2013, n. 39](#). La carica di consigliere di amministrazione è incompatibile con quella di componente del consiglio di indirizzo e vigilanza.»;

e) al comma 8 è aggiunto, in fine, il seguente periodo: «Il consiglio di amministrazione è nominato con decreto del Presidente del Consiglio dei ministri su proposta del Ministro del lavoro e delle politiche sociali di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze.»;

f) il comma 11 è sostituito dal seguente: «11. Gli emolumenti rispettivamente del Presidente e dei componenti del consiglio di amministrazione di INPS e INAIL sono definiti senza nuovi o maggiori

oneri a carico della finanza pubblica, con decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze. Ai predetti fini, ferme restando le misure di contenimento della medesima spesa già previste dalla legislazione vigente, ciascun Istituto definisce entro il 30 aprile 2019, ulteriori interventi di riduzione strutturale delle proprie spese di funzionamento. Le predette misure sono sottoposte alla verifica del collegio dei sindaci dei rispettivi enti previdenziali e comunicate ai Ministeri vigilanti.».

2. In fase di prima attuazione, al momento della scadenza, della decadenza o della cessazione del mandato del Presidente dell'INPS e dell'INAIL, nelle more del perfezionamento della procedura di nomina del nuovo Presidente e del consiglio di amministrazione, per consentire il corretto dispiegarsi dell'azione amministrativa degli Istituti, con apposito decreto del Ministro del lavoro e delle politiche sociali, di concerto con il Ministro dell'economia e delle finanze, possono essere nominati i soggetti cui sono attribuiti i poteri, rispettivamente, del Presidente e del consiglio di amministrazione, come individuati nelle disposizioni del presente decreto. Al riguardo, sempre in fase di prima attuazione, non trova applicazione l'[articolo 3, comma 1, del decreto-legge 16 maggio 1994, n. 293](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 15 luglio 1994, n. 444](#).

3. Il comma 8 dell'[articolo 7 del decreto-legge 31 maggio 2010, n. 78](#) convertito, con modificazioni, dalla [legge 30 luglio 2010, n. 122](#) è abrogato.

---

## **Art. 26.** Fondo di solidarietà trasporto aereo

1. All'[articolo 2 della legge 28 giugno 2012, n. 92](#), il comma 47 è sostituito dal seguente: «47. A decorrere dal 1° gennaio 2020 le maggiori somme derivanti dall'incremento dell'addizionale di cui all'[articolo 6-quater, comma 2, del decreto-legge 31 gennaio 2005, n. 7](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 31 marzo 2005, n. 43](#), come modificato dal comma 48 del presente articolo, sono riversate alla gestione degli interventi assistenziali e di sostegno alle gestioni previdenziali dell'INPS, di cui all'[articolo 37 della legge 9 marzo 1989, n. 88](#), e per l'anno 2019 le stesse somme sono riversate alla medesima gestione nella misura del 50 per cento.».

2. All'[articolo 6-quater del decreto-legge 31 gennaio 2005, n. 7](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 31 marzo 2005, n. 43](#), il comma 2 è sostituito dal seguente: «2. L'addizionale comunale sui diritti di imbarco è altresì incrementata di tre euro a passeggero. L'incremento dell'addizionale di cui al presente comma è destinato fino al 31 dicembre 2018 ad alimentare il Fondo speciale per il sostegno del reddito e dell'occupazione e della riconversione e riqualificazione del personale del settore del trasporto aereo, costituito ai sensi dell'[articolo 1-ter del](#)

*decreto-legge 5 ottobre 2004, n. 249*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 3 dicembre 2004, n. 291* e, per l'anno 2019, all'alimentazione del predetto Fondo nella misura del cinquanta per cento».

3. Sono abrogati i commi 5 e 6 dell'*articolo 13-ter del decreto-legge 24 giugno 2016, n. 113*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 7 agosto 2016, n. 160*.

---

### Capo III

#### Disposizioni finali

##### **Art. 27.** *Disposizioni in materia di giochi*

1. La ritenuta sulle vincite del gioco numerico a quota fissa denominato «10&lotto» e dei relativi giochi opzionali e complementari è fissata all'11 per cento a decorrere dal 1° luglio 2019. Resta ferma la ritenuta dell'8 per cento per tutti gli altri giochi numerici a quota fissa.

2. Al *comma 1051 dell'articolo 1 della legge 30 dicembre 2018, n. 145*, le parole «di 1,35 per gli apparecchi di cui alla lettera a)» sono sostituite dalle seguenti: «di 2,00 per gli apparecchi di cui alla lettera a)».

3. Il rilascio dei nulla osta di distribuzione previsti dall'*articolo 38, comma 4, della legge 23 dicembre 2000, n. 388*, ai produttori e agli importatori degli apparecchi e congegni da intrattenimento di cui all'*articolo 110, comma 6, lettera a), del Testo unico delle leggi di pubblica sicurezza, di cui al regio decreto 18 giugno 1931, n. 773*, è subordinato al versamento di un corrispettivo una tantum di 100 euro per ogni singolo apparecchio. Per il solo anno 2019, il corrispettivo una tantum previsto dall'*articolo 24, comma 36, del decreto-legge 6 luglio 2011, n. 98*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 15 luglio 2011, n. 111*, è fissato in euro 200 per ogni singolo apparecchio.

4. In considerazione della previsione di cui all'*articolo 1, comma 569, lettera b), e articolo 1, comma 1098, di cui alla legge 30 dicembre 2018, n. 145*, l'introduzione della tessera sanitaria prevista dall'*articolo 9-quater del decreto-legge 12 luglio 2018, n. 87*, convertito, con modificazioni, dalla *legge 9 agosto 2018, n. 96*, sugli apparecchi di cui all'*articolo 110, comma 6, lettera a), del Testo unico delle leggi di pubblica sicurezza, di cui al regio decreto 18 giugno 1931, n. 773*, deve intendersi riferita agli apparecchi che consentono il gioco pubblico da ambiente remoto.

5. Per il solo anno 2019, i versamenti a titolo di prelievo erariale unico degli apparecchi e congegni da intrattenimento di cui all'*articolo 110, comma 6, del Testo unico delle leggi di pubblica sicurezza, di cui al regio decreto 18 giugno 1931, n. 773*, dovuti a titolo di primo, secondo e terzo



acconto relativi al sesto bimestre ai sensi dell'[articolo 39, comma 13-bis, del decreto-legge 30 settembre 2003, n. 269](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 24 novembre 2003, n. 326](#) e dell'[articolo 6 del decreto direttoriale 1 luglio 2010](#), pubblicato nella Gazzetta Ufficiale 22 luglio 2010, n. 169, sono maggiorati nella misura del 10 per cento ciascuno; il quarto versamento, dovuto a titolo di saldo, è ridotto dei versamenti effettuati a titolo di acconto, comprensivi delle dette maggiorazioni.

6. Al fine di contrastare più efficacemente l'esercizio abusivo di giochi e scommesse offerti al pubblico e i fenomeni di disturbo da gioco d'azzardo patologico, all'[articolo 4 della legge 13 dicembre 1989, n. 401](#), sono apportate le seguenti modifiche:

a) al comma 1, le parole «con la reclusione da sei mesi a tre anni» ovunque ricorrono sono sostituite dalle seguenti: «con la reclusione da tre a sei anni e con la multa da venti a cinquanta mila euro»;

b) le parole «Amministrazione autonoma dei monopoli di Stato» dovunque compaiono sono sostituite dalle seguenti: «Agenzia delle dogane e dei monopoli»;

c) è aggiunto il seguente comma: «4-quater). L'Agenzia delle dogane e dei monopoli è tenuta alla realizzazione, in collaborazione con la Guardia di finanza e le altre forze di polizia, di un piano straordinario di controllo e contrasto all'attività illegale di cui ai precedenti commi con l'obiettivo di determinare l'emersione della raccolta di gioco illegale.».

7. All'[articolo 110, comma 9, del testo unico delle leggi di pubblica sicurezza di cui al regio decreto 18 giugno 1931, n. 773](#), dopo la lettera f-ter) è aggiunta la seguente: «f-quater) chiunque, sul territorio nazionale, produce, distribuisce o installa o comunque mette a disposizione, in luoghi pubblici o aperti al pubblico o in circoli o associazioni di qualunque specie, apparecchi destinati, anche indirettamente, a qualunque forma di gioco, anche di natura promozionale, non rispondenti alle caratteristiche di cui ai commi 6 e 7, è punito con la sanzione amministrativa pecuniaria da 5.000 a 50.000 euro per ciascun apparecchio e con la chiusura dell'esercizio da trenta a sessanta giorni.».

---

## **Art. 28. Disposizioni finanziarie**

1. Il Fondo per interventi strutturali di politica economica, di cui all'[articolo 10, comma 5, del decreto-legge 29 novembre 2004, n. 282](#), convertito, con modificazioni, dalla [legge 27 dicembre 2004, n. 307](#), è incrementato di 116,8 milioni per l'anno 2020 e di 356 milioni di euro annui a decorrere dall'anno 2022.

2. Agli oneri derivanti dagli articoli 12, commi 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, lettera b), numeri 2) e 3), e dal comma 1 del presente articolo, pari a 6.297 milioni di euro per l'anno 2019, a 7.710,8 milioni di euro per l'anno 2020, a 7.458 milioni di euro per l'anno 2021 e a 7.619 milioni di euro annui a decorrere dall'anno 2022, e dagli articoli 14, 15, 16, 17, 18, 20, 21, 23, 24, 26 e 27, comma 5, valutati in 4.719,1 milioni di euro per l'anno 2019, in 8.717,1 milioni di euro per l'anno 2020, in 9.266,5 milioni di euro per l'anno 2021, in 8.437,2 milioni di euro per l'anno 2022, in 6.646,7 milioni di euro per l'anno 2023, in 4.202,5 milioni di euro per l'anno 2024, in 3.279,5 milioni di euro per l'anno 2025, in 2.315,3 milioni di euro per l'anno 2026, in 2.685,8 milioni di euro per l'anno 2027 e in 2.214,2 milioni di euro annui decorrere dall'anno 2028, si provvede:

a) quanto a 6.527,9 milioni di euro per l'anno 2019, a 7.594 milioni di euro per l'anno 2020, a 7.535,2 milioni di euro per l'anno 2021 e 7.263 milioni di euro annui a decorrere dall'anno 2022, mediante corrispondente riduzione del Fondo di cui all'[articolo 1, comma 255, della legge 30 dicembre 2018, n. 145](#);

b) quanto a 3.968 milioni di euro per l'anno 2019, a 8.336 milioni di euro per l'anno 2020, a 8.684,0 milioni di euro per l'anno 2021, a 8.143,8 milioni di euro per l'anno 2022, a 6.394,1 milioni di euro per l'anno 2023, a 3.687,8 milioni di euro per l'anno 2024, a 3.027,9 milioni di euro per l'anno 2025, a 1.961,9 milioni di euro per l'anno 2026, a 2.439,6 milioni di euro per l'anno 2027 e a 1.936,6 milioni di euro annui decorrere dall'anno 2028, mediante corrispondente riduzione del Fondo di cui all'[articolo 1, comma 256, della legge 30 dicembre 2018, n. 145](#);

c) quanto a 520,2 milioni di euro per l'anno 2019, a 497,9 milioni di euro per l'anno 2020, a 505,3 milioni di euro per l'anno 2021, a 649,4 milioni di euro per l'anno 2022, a 608,6 milioni di euro per l'anno 2023, a 870,7 milioni di euro per l'anno 2024, a 607,6 milioni di euro per l'anno 2025, a 709,4 milioni di euro per l'anno 2026, a 602,2 milioni di euro per l'anno 2027 e a 633,6 milioni di euro annui decorrere dall'anno 2028, mediante corrispondente utilizzo delle maggiori entrate e delle minori spese derivanti dal presente decreto.

3. Fermo restando il monitoraggio di cui all'[articolo 1, comma 257, della legge 30 dicembre 2018, n. 145](#), l'INPS provvede, con cadenza mensile per il 2019 e trimestrale per gli anni seguenti, al monitoraggio del numero di domande per pensionamento relative alle misure di cui agli articoli 14, 15 e 16, inviando entro il 10 del mese successivo al periodo di monitoraggio, la rendicontazione dei relativi oneri anche a carattere prospettico al Ministero del lavoro e delle politiche sociali e al Ministero dell'economia e delle finanze relativi alle domande accolte.

4. Ai sensi di quanto previsto all'[articolo 1, comma 257, della legge 30 dicembre 2018, n. 145](#), nel caso in cui emerga il verificarsi di scostamenti, anche in via prospettica, rispetto alle previsioni complessive di spesa del presente decreto, il Ministero dell'economia e delle finanze assume tempestivamente le conseguenti iniziative ai sensi dell'[articolo 17](#),



*commi 12, 12-bis, 12-ter, 12-quater e 13 della legge 31 dicembre 2009, n. 196.*

5. Ai fini dell'immediata attuazione del presente decreto, il Ministro dell'economia e delle finanze è autorizzato ad apportare con propri decreti le occorrenti variazioni di bilancio.

6. Alle attività previste dal presente decreto, con esclusione di quanto stabilito ai sensi dell'articolo 12, le amministrazioni pubbliche interessate provvedono nei limiti delle risorse finanziarie, umane e strumentali disponibili a legislazione vigente e senza nuovi o maggiori oneri per la finanza pubblica.

---

---

### **Art. 29.** *Entrata in vigore*

1. Il presente decreto entra in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana e sarà presentato alle Camere per la conversione in legge.

Il presente decreto, munito del sigillo dello Stato, sarà inserito nella Raccolta ufficiale degli atti normativi della Repubblica italiana. E' fatto obbligo a chiunque spetti di osservarlo e di farlo osservare.

---